

Sitzung der Nationalversammlung vom 26. Juli.

Es fehlten entschuldigt:

Böhmert, Wilh., Dr.
Brasch, Hermann
Buchholz, Wilhelm
Cordes, Johannes
Deichmann, Karl
Gerberding, Eduard

Hagemeyer, J. F.
Heinelen, Agnes
Hente, Alfred
Hercksen, Wilh.
Hobelmann, Gustav
Kartmeyer, Carsten

Leymann, Wilhelm
Madrian, Georg
Peine, Friedr.
Schauerte, Heinrich
Schelb, Heinr., Dr. med.
Schlüter, Ludwig

Stallmann, Louis
Strube, Dr. jur.
Thiele, Minna
Vinnen, Adolf
Wagner, Wilhelm
Wellmann, Joh.

Es fehlten unentschuldigt:

Böse, Hermann
Both, Georg
Bullwinkel, Wilhelm
Chrappowski, Max

Cordes, B.
Eizen, Hermann
Hagedorn, Berta
Herz, Wilhelm
Heuer, Georg
Kesselbeck, Elise

Klima, Johann
Meier, Hermann
Mester, Hermann
Miller, Josef
Otto, Heinrich
Schab, Heinrich

Sommer, Emil
Stiegler, Anna
Stockhinger, Alfred
Wahl, Hugo

Präsident Rich. Dunkel.

Präsident: Die Sitzung der Nationalversammlung ist wieder eröffnet.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Kunkler (U. S.): Ich möchte bitten, die Sitzung noch weiter um eine Viertelstunde zu vertagen. Es hat wirklich keinen Zweck, bei der Leere im Saale jetzt zu beginnen.

Präsident: Um eine Viertelstunde? Wir können ja die Zählung vornehmen.

Hormann (D.): Die Herren sind im Augenblick da.

Präsident: Ich vertage die Sitzung um fünf Minuten.

Dr. Kunkler (U. S.): Dürfte ich bitten, die Vertagung auf etwas länger zu beschließen? Wir hätten gern noch eine Besprechung vorher gehabt.

Präsident: Gut, ich vertage die Sitzung bis 10,10 Uhr.

Wiedereröffnung der Sitzung 10 Uhr 16 Minuten.

Präsident: Ich habe noch mitzuteilen, daß zum Senatskommissar für die Mitteilung des Senats, betreffend Bewilligung von weiteren 10 ordentlichen Lehrerstellen an den gewerblichen Schulen, Herr Senator Rossmann bestellt ist und ihm Herr Schulrat Prof. Pöppe beigeordnet ist,

betreffend die Anstellung eines Schulrates für das Fortbildungs- und Fachschulwesen und eines Schulinspektors für die höheren Schulen

Herr Bürgermeister Hildebrand und Herr Senator Dr. Rossmann.

Wir treten nunmehr in die Verhandlung ein.

VIII. Vermischte Ausgaben.

10. Städtisches Museum.

Dazu liegt ein Antrag des Herrn Lindau vor:

Zu beschließen, daß als Präparatoren nur Fachmänner, nicht Händler, anzustellen seien.

Der Antrag wird zurückgestellt.

12. Gewerbemuseum.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Faust vor:

Für die Kunstsammlungen des Gewerbemuseums die Errichtung der Stelle eines selbständigen Direktors statt des Ersten Assistenten mit einem Gehalt von 6000—10 000 M. zu beschließen.

Wer wünscht von den Herren den Antrag zu begründen? Ich sehe Herrn Faust nicht.

Dr. Künzler (U. S.): Herr Präsident! Darf ich in Abwesenheit meines Genossen Faust den Antrag begründen. Es handelt sich darum, das Gewerbemuseum, dem sowohl die Aufgabe des Unterrichts als der Bewahrung der Sammlungen zufällt, diese Sammlungen unter eine besondere Leitung zu stellen und sie infolgedessen den höheren Zwecken dienstbar zu machen, die nach Meinung des Einbringers des Antrages und meiner Fraktion diese Sammlungen verdienen und die auch erreicht werden können. Die technischen Bedingungen freilich sind mir nicht so gegenwärtig. Es kommt aber darauf an, die Sammlung, wie es auch bei der Position Kunstverein ausgeführt worden ist, den großen Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Diese Absicht wollen wir dadurch erreichen, daß wir sie unter eine besondere Leitung stellen, die gleichmäßige Versorgung sowohl des kunstgewerblichen Unterrichts wie die Aufbewahrung und Förderung der Sammlung nicht mehr einer und derselben Hand überlassen. Die Ausgestaltung dieser Sammlung war ein besonderes Motiv des Einbringers dieses Antrages. Es soll besonders das Heranwachsen des Kunstgewerbes als auch des einzelnen Produktes, beispielsweise die Herstellung der Teppiche, ähnlich wie bei Erzeugnissen der Industrie und des Handels in unserem Handelsmuseum, so auch im Kunstgewerbemuseum weiteren Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Ebenso ist daran gedacht, diese Sammlungen und insbesondere die für die weiten Kreise interessanten Stücke nicht lediglich auf die Stätte der Sammlung, das Kunstgewerbemuseum, zu beschränken, das nur wenigen zugänglich ist, sondern sie auch an anderen Plätzen, die von den großen Kreisen des Publikums besucht werden, durch Ausstellung geeigneter Stücke zugänglich zu machen. Alle diese Ziele glauben wir nicht bei dieser Personalunion, die zwischen der Leitung des gewerblichen Unterrichts mit der Bewahrung der Sammlungen besteht, erreichen zu können, sondern bitten, die Stelle eines Assistenten in die eines selbständigen Direktors mit dem gleichen Gehalt umzuwandeln.

Hormann: Herr Präsident! Das hat die Nationalversammlung, vielmehr die alte Bürgerschaft längst beschlossen. In das Budget ist auf Antrag der Budgetkommission das Gehalt für den Direktor der Sammlungen bereits eingestellt worden. Wir haben also tatsächlich die Leitung der kunstgewerblichen Schule und die Leitung der

Sammlungen getrennt und beide unter je einen Direktor gestellt. In dem Bericht der Budgetkommission heißt es: Neu einzustellen ist als Posten 2 Direktor der Sammlungen, Gehaltsklasse 28 für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1920 4500 M. usw. Es ist also erledigt.

Dr. Künzler: Ich habe bereits bemerkt, daß ich persönlich nicht mit der Angelegenheit befaßt bin. Ich habe nur den Assistenten gefunden neben Professor Kleinhempel.

Hormann: Es ist bereits im Bericht der Budgetkommission endgültig eingestellt, wie eben vom Herrn Syndikus angeregt.

Dr. Künzler: Dann bitte ich sehr um Entschuldigung, das ist mir leider entgangen. Dann ziehe ich den Antrag zurück.

Präsident: Ich darf annehmen, daß auch die übrigen Wortmeldungen erledigt sind.

15. Kammer für Kleinhandel.

Hormann: Herr Präsident! Die Budgetkommission hatte Anstoß daran genommen, daß der zweite Syndikus im Gehalt über den ersten Syndikus kommen sollte. Sie war deshalb der Meinung, daß der zweite Syndikus nur mit einem Gehalt von 6200 M. eingestellt werden könne, weil auch der erste Syndikus nur diesen Gehalt bezieht. Die Kammer für Kleinhandel hat sich indes erneut an die Budgetkommission gewendet und dargetan, daß Herr Dr. Schellhaß, der für diesen zweiten Posten in Frage kommt, in einem Alter steht, welches das Gehalt von 8000 M. rechtfertigt. Wenn Herr Dr. Schellhaß, so wird ausgeführt, zum Richter gewählt worden wäre, dann wären ihm die Jahre seiner Rechtsanwaltsstätigkeit zum Teil angerechnet worden und er würde ein Gehalt von 8000 M. beziehen. Außerdem kommen noch andere persönliche Fragen dabei in Betracht, die die Budgetkommission dann auch veranlaßt haben, dem Antrage der Kammer zuzustimmen, insbesondere, daß Herr Dr. Schellhaß die ganze Zeit des Krieges über in vorderster Linie tätig war. 4 1/2 Jahre durch, und daß er auf Grund seiner Kenntnisse, die er in der Anwaltspraxis sich erworben hat, der Kammer für Kleinhandel für diesen Posten besonders befähigt erscheint. Der bisherige erste Syndikus hat sich übrigens auch gern damit einverstanden erklärt, daß für den zweiten Syndikus, der ihm nebengeordnet sein soll, das Höchstgehalt sofort ausgeworfen wird. Die Budgetkommission hat sich aus diesen Gründen veranlaßt gesehen, zu beantragen, das Höchstgehalt von 8000 M. für den zweiten Syndikus einzustellen.

18. Kammer für Landwirtschaft.

Mester (M. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kammer für Landwirtschaft ist eine Behörde zur Förderung der Interessen der Landwirtschaft.

Nach den bestehenden Gesetzen sind darin aber nur größere Landwirte, die früher in der ersten Klasse ausschlaggebend waren. Nur solche Landwirte des bremischen Staatsgebiets werden zur Wahl zugelassen, welche die Eigenschaft zur Wahl für die alte Bürgererschaft haben und wenigstens 12 Morgen selbst bewirtschaften. Das entspricht nicht der jetzigen Zeit, besonders da auch die kleinen Landwirte die Sorge für unsere Ernährung tragen. Es muß auch diesen Kreisen Gelegenheit gegeben werden, sich an den Arbeiten der Kammer beteiligen zu können. Ich halte es deshalb für notwendig, daß das Gesetz der Kammer für Landwirtschaft baldmöglichst nach den jetzigen Verhältnissen geändert wird.

Köhler (L.-B.): Meine Damen und Herren! Die Fragen, die Herr Meister angeschnitten hat, müssen wahrscheinlich in kürzester Zeit behandelt werden. Auch ich bin der Ansicht, daß das Wahlrecht zur Kammer geändert werden muß. Es wird wahrscheinlich schon die Verfassungsdeputation beschäftigt haben. Wenn aber Herr Meister sagt, daß nur die Inhaber der ersten Klasse nach dem alten System wahlberechtigt zur Kammer waren, so ist das nicht ganz richtig. Es handelt sich nicht nur um Besitzer, die wählen können, sondern Pächter, die über 3 ha Land bewirtschaften, können auch zur Kammer für Landwirtschaft wählen mit der Einschränkung aber, daß sie den Bürgereid geleistet haben. Ich bin auch dafür, daß das Wahlrecht zur Kammer für Landwirtschaft geändert wird dahin, daß jeder, der im Hauptberuf Landwirt ist oder wenigstens soviel Verdienst aus der Landwirtschaft zieht, daß er mit seiner Familie davon leben kann, auch wahlberechtigt sein soll zur Kammer für Landwirtschaft.

Meister: Zur Richtigestellung auf die Ausführungen des Herrn Köhler. Ich habe eben gesagt, daß es in dem § 3 des Gesetzes heißt: Wähler zur Kammer für Landwirtschaft sind solche Landwirte, die im bremischen Staatsgebiet wohnen, die Eigenschaft für die Wahl zur alten Bürgererschaft besitzen und mindestens 12 Morgen Land selbst bewirtschaften, außerdem Pächter, die mindestens 3 ha Pacht abgeschlossen haben müssen. Ich habe nicht gesagt, daß nur Besitz in Frage kommt, sondern ausdrücklich betont, daß auch Pächter in Frage kommen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

19. Kreisverwaltung des Landgebiets.

Dazu liegt ein Antrag Rieke vor:

Die Nationalversammlung beschließt:

Der für die Kreisverwaltung des Landgebiets mit 25 000 M. eingestellte Betrag wird auf 50 000 M. erhöht.

Rieke (M.-S.): Zur Bestreitung des Haushaltsbedarfs der Landgemeinden leistet der Staat seit längerem schon einen Beitrag von 25 000 M. Demgegenüber hatten die Steuerpflichtigen durch eine Kreisabgabe rund 45 000 M.

aufzubringen. Während der Kriegsjahre sind die notwendigsten Unterhaltungsarbeiten an den Kreisstraßen nur notdürftig ausgeführt worden. Infolge der gesteigerten Materialpreise und der gesteigerten Löhne als einer Folge der Geldentwertung sind die Mehrkosten ins Ungeheure gestiegen. Dementsprechend mußte auch das Budget für 1919 erhöht werden, welches zur Folge hatte, daß die Kreisabgaben für die Steuerpflichtigen um das Dreifache, von 45 000 auf 135 000 M., erhöht wurden. Wenn nun seinerzeit die Beihilfepflicht des Staates mit 25 000 M. anerkannt wurde, so ist es nicht recht zu verstehen, daß lediglich der andere Kontrahent, der Steuerzahler, um das Dreifache gesteigert wird und die Beihilfe des Staates lediglich mit 25 000 M., dem alten Satz, bemessen wird. Eine diesbezügliche Anregung gaben wir in der Budgetberatung der Landgemeindeverwaltung in der Sitzung des Kreistages am 19. Mai. Ich hatte das Empfinden, daß die Verwaltungsbehörden des Landgebiets, der Kreis- auschuß, hier etwas vergessen hatte, bei Aufstellung des Budgets die Erhöhung bei der Finanzdeputation zu beantragen. Herr Senator Spitta hat in entgegenkommendster Weise das Versprechen gegeben, diese Anregung im Senat zu vertreten. In der Sitzung vom 13. Juli ist die Sache zur Verhandlung gekommen, aber abgelehnt worden mit dem Bescheid nach den Ausführungen des Herrn Senator Donandt, daß Bremen seinem finanziellen Zusammenbruch entgegenstrebe. Wenn man die Beitragspflicht des Staates nicht erhöht, die in normalen Zeiten 25 000 M. betragen hat, so müssen wir 300 % aufschlagen, und wenn wir eine Verdoppelung des Betrages fordern, also 50 000 M., so bleibt immer noch eine Erhöhung um 245 % bestehen. Und wenn man bedenkt, daß überhaupt das Landgebiet mit Steuern nicht verschont ist, so entspricht es wohl der Gerechtigkeit, diese Summe zu erhöhen.

Senatskommissar Senator Dr. Donandt: Mir ist die Sache nicht mehr erinnerlich. Sie ist im Senat zur Sprache gekommen, aber ich habe keine Erinnerung mehr daran. Jedenfalls sollte die Nationalversammlung nicht ohne weiteres einen Beschluß fassen, sondern zunächst einen Bericht einfordern. Soviel ich weiß, ist der Betrag von 25 000 M. als Zuschuß zu den Kosten des Kreises im Gesetz festgelegt, und es würde einer Gesetzesänderung bedürfen, wenn die Gründe für die Erhöhung des Betrages durchschlagend sind. Mehr kann ich im Augenblick darüber nicht sagen.

Hormann: Den Ausführungen des Herrn Senatskommissars kann ich mich anschließen. Ich möchte Herrn Rieke bitten, den Antrag umzuändern, damit er zurückgestellt werde. Ein Votum der betreffenden Behörde muß zunächst eingeholt werden. In der Tat sind die 25 000 M. eine Summe, die für die Kreisverwaltung gezahlt wird und nichts mit den Straßenbauten zu tun hat. Dann bitte ich auch, hierbei zu berücksichtigen, daß die Nationalversammlung nicht, wie ich schon gesagt habe, aus dem Handgelenk Ausgaben bewilligen darf. Es kommt hinzu, daß auch ein zurückgestellter Antrag Köhler vorliegt, für

das Landgebiet die Einkommensteuer um eine halbe Einheit zu erniedrigen, wahrscheinlich aus denselben Gründen. Wir sollten also abwarten, bis uns Material vorliegt. Mit der Zurückstellung des Antrages ist nichts verloren. Ich möchte Herrn Rieke bitten, seinen Antrag in dieser Richtung abzuändern.

Präsident: Herr Rieke, sind Sie damit einverstanden, wenn Ihr Antrag folgende Fassung erhält:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständige Behörde zu einem Bericht darüber zu beauftragen, ob der für die Kreisverwaltung des Landgebiets mit 25 000 M. eingestellte Betrag auf 50 000 M. erhöht werden kann.

Rieke (M.-S.): Die Sache liegt aber so, wenn ich recht unterrichtet bin, daß die Steuerrechnungen bereits ausgeschrieben werden. Ich meine daher, der Antrag müßte heute schon erledigt werden, damit der Beschluß noch Wirkung auf die Höhe der Sätze in diesem Jahre hätte. Wenn das nicht geschähe, müßte wenigstens beim Landherrn Einfluß dahin ausgeübt werden, daß die Steuerrechnungen noch nicht ausgeschrieben werden.

Köhler (L.-B.): Zur Aufklärung möchte ich sagen: die Sache liegt so, daß die 25 000 M. als Beitrag für die Chausseebaukosten verwendet werden. Bei unseren Chausseen hat die Gemeinde ein Viertel zu tragen, der Kreis die Hälfte und das letzte Viertel der Staat. Im übrigen bin ich der Meinung, wir sollten den Antrag gleich erledigen. Ich empfehle den Antrag Rieke.

Hormann: Das ist unmöglich, daß die 25 000 M. für Straßenbaukosten dienen sollen. Durch Gesetz ist bestimmt, daß die 25 000 M. für die Verwaltung, lediglich für die Verwaltung des Kreises ausgegeben werden sollen. Nicht ist bestimmt, daß die 25 000 M. für Straßenbauten bewilligt worden sind, wie Herr Köhler behauptet. Dadurch ist aber die Sache noch unklarer geworden, und Herr Rieke hätte umsomehr Grund, den Antrag umzuwandeln und abzuwarten, was für Material wir von der Behörde erhalten. Die Kreisverwaltung wird dadurch nicht in Verlegenheit kommen, denn wenn sie mit den 25 000 M. nicht auskommt, so kann sie mit einer Nachforderung an die Nationalversammlung herankommen. Ich glaube nicht, daß die Nationalversammlung dann versagen wird, sie wird die Nachforderung nötigenfalls bewilligen.

Präsident: Herr Rieke, sind Sie damit einverstanden, daß Ihr Antrag noch folgenden Zusatz erhält:

Bis dahin sind die Steuerrechnungen über die Kreisabgabe zurückzuhalten. (Zuruf: Das geht nicht!)

Rieke: Meist sind sie schon herumgeschickt!

Präsident: Dann brauchen sie nicht bezahlt zu werden, oder die betreffende Summe kann rückvergütet werden.

Rieke: Dann bin ich einverstanden.

Präsident: Der Antrag wird dann zurückgestellt.

Hormann: Wie von Herrn Senator Spitta mitgeteilt worden ist, werden die 25 000 M. für die allgemeine Verwaltung verwendet, auch für Neubauten. Dazu kommen 135 000 M., die die Steuerzahler aufzubringen haben.

Groll: Es ist notwendig, schon jetzt einen Beschluß herbeizuführen, da zum 1. August die Steuerzettel herumgebracht sein werden. Es müßte jedenfalls ein Beschluß herbeigeführt werden, daß die Bezahlung der Steuer zurückgestellt wird.

Präsident: Das ist Sache der Kreisbehörde.

Knief (Dem.): Ich glaube, die Steuererhebung kann in diesem Falle nicht inhibiert werden. Das hat damit nichts zu tun. Wenn wirklich 25 000 M. nachträglich bewilligt werden, kann die zweite Rate ermäßigt werden.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Donandt: Da die Steuerrechnungen schon ausgeschrieben sind, würde auch ein heutiger Beschluß nichts ändern können, die Steuern würden doch eingezogen werden. Die Kreisverwaltung wird aber von selbst abwarten, was aus dem Antrage wird.

Präsident: Herr Rieke, sind Sie dann damit einverstanden, daß der Zusatz:

„Bis dahin sind die Steuerrechnungen über die Kreisabgabe zurückzuhalten“
wieder gestrichen wird?

Rieke: Ja, ich bin damit einverstanden.

Präsident: Der Antrag wird also zurückgestellt.

20. Versicherungsbehörden.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Hagedorn vor:

Zu beschließen, daß die Verhandlungen Seite 127 beantragte Einstellung von drei Kanzlisten wieder herzustellen sei.

Es handelt sich um den Nachtragsbericht der Polizeidirektion, Mitteilung des Senats vom 6. Juni 1919, Seite 127. Die Budgetkommission hat beantragt, die drei Kanzlistenstellen abzulehnen.

A. Hagedorn (U. S.): Der Senat hat die drei Kanzlistenstellen beantragt, während die Budgetkommission diese gestrichen hat. Wir ist nicht bekannt, aus welchen Gründen die Budgetkommission die Ablehnung befür-

wortet. Wenn man den Bericht der Polizeidirektion ansieht, so spricht der Antrag m. E. für sich selbst, und ich brauche ihn eigentlich nicht weiter zu begründen. Im Bericht wird gesagt, daß die Anstellung der Kanzlisten im Interesse der Entlastung der Polizeibeamten notwendig sei, und die gestrigen Ausführungen des Herrn Becker haben auch bewiesen, daß die Polizeibeamten mit Arbeiten überlastet sind. Auf der anderen Seite bedingen die Arbeiten, daß sie eine sachgemäße Erledigung finden. Es scheint nicht, daß hier die Interessen der Versicherten genügend gewahrt werden. Sie sind teilweise nicht in der Lage, zum Polizeibureau zu gehen und müssen in Sachen der Invaliden-, Unfallrenten usw. in ihren Wohnungen aufgesucht werden. Sie müssen auch auf ihre Rechte aufmerksam gemacht werden. Das kann nicht durch die Polizeibeamten geschehen, weil diese mit der Materie nicht genügend vertraut sind, sondern das muß geschehen durch Leute, die sich in jahrelanger Arbeit mit der Materie eingehend beschäftigt haben. Aus diesem Grunde heraus, namentlich weil die Sachen ihre ordnungsmäßige Erledigung finden müssen, bitte ich, meinen Antrag anzunehmen.

Degenhardt (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Budgetkommission hat sich mit der Angelegenheit eingehend befaßt. Sie ist einstimmig zur Ablehnung der beantragten drei neuen Stellen gekommen. Es handelt sich um die Ermittlungen aus Anlaß solcher Betriebsunfälle, wegen deren Ansprüche auf Unfall- oder andere Renten zu gewärtigen sind. Die erforderlichen Feststellungen können nicht im Polizeihause getroffen werden, wo die jetzt geforderten drei neuen Kanzlisten sitzen sollen. Sie müssen vielmehr, wenigstens in den meisten Fällen, am Orte des Betriebsunfalls selbst und in der Wohnung des Verletzten oder, falls er in eine Krankenanstalt gebracht ist, dort vorgenommen werden. Der Verletzte ist infolge des Unfalls sehr oft außerstande, ins Polizeihaus zu gehen, und die Zeugen des Unfalls werden auch besser als am Bureau, schon um möglichst wenig Arbeitszeit zu versäumen, am Orte des Betriebsunfalls, der gemeinschaftlichen Arbeitsstätte, vernommen, zumal dort am besten die örtlichen Einrichtungen klargestellt werden können. Früher sind diese Ermittlungen in der Hauptsache durch Polizeiwachmeister (Schuppleute) besorgt worden, und da mag das richtig sein, was Herr Hagedorn sagte, daß bei vielen dieser Beamten nicht die nötige Sachkenntnis vorhanden ist. Wir sind in der Budgetkommission übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß diese sehr wichtigen Dienstgeschäfte am besten durch die Polizeikommissäre selbst oder doch mindestens durch die Oberwachmeister erledigt würden. Jedenfalls müßten sie aus den von mir bereits angeführten Gründen den Distriktsbureaus überlassen bleiben und dürften nicht an Beamte übertragen werden, die im Polizeihause beschäftigt sind. Für die Budgetkommission bitte ich also um Ablehnung der beantragten Stellen.

Knief (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ein Antrag von mir vorliegt. Ich habe zu dieser Sache einen Antrag gestellt.

Präsident: Nein!

Knief: Sonst will ich ihn einreichen. Die Sache liegt so, daß die Exekutivbeamten, wo es sich um Unfalluntersuchungen handelt, nicht sachverständig genug sind, diese Unfallsachen zu bearbeiten. Die Beamten im Bureau betrachten es als ihre Lebensaufgabe, die Versicherungssachen zu bearbeiten, die sind erfahren, und es ist Tatsache, daß bei der Versicherungsabteilung seit Jahren immer geklagt wird über die mangelhafte Bearbeitung durch die Distrikte. Um diese Tatsache kommen wir nicht herum, und das hat auch Herr Degenhardt als Referent der Budgetkommission nicht aus der Welt schaffen können. Es ist also im Interesse der Unfallverletzten notwendig, daß die Kanzlistenstellen wieder hergestellt werden, und ich hoffe, daß auch die Budgetkommission das einsehen wird. Außerdem, meine Damen und Herren, habe ich einen Antrag eingebracht, daß die ganze Leitung des Versicherungsamtes neu aufgezogen wird. Wie Sie aus dem Bericht ersehen, ist eine Assessorstelle gestrichen. Ein Jurist hatte früher die Leitung des Versicherungsamtes. Während des Krieges ist diese Stelle nicht besetzt gewesen, und die drei vorhandenen Sekretäre haben den drei Abteilungen, Unfallversicherung, Invalidenversicherung und Krankenversicherung, selbständig vorgestanden. Die drei haben während der Kriegsjahre die Arbeit selbständig ohne Juristen gemacht, der Jurist ist also weggefallen. Nun stehen wir also vor der Frage: Wie soll es in Zukunft gemacht werden? Ein Leiter muß doch da sein. Das geht nicht anders, als daß wir vielleicht den ältesten dieser Sekretäre zum Leiter bestimmen. Da müssen wir aber eine Vorlage haben. Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu beauftragen, baldigst darüber zu berichten, wie die Organisation und die Leitung des Versicherungsamtes nach Fortfall der Assessorstelle zu gestalten sind.

Präsident: Sie dürfen diesen Antrag jetzt nicht begründen, es ist gegen unsere Geschäftsordnung.

Knief: Der Herr Präsident hat Recht. Also, ich bitte vorläufig, diese Kanzlistenstellen einzustellen.

Dr. Künzler (M. S.): Herr Präsident! Wenn man einerseits die Aufgaben der Versicherungsbehörden und andererseits den ungeheuren Geschäftsumfang, den die Polizeidirektion gegenwärtig hat, vergleicht, so muß es einem klar sein, daß es durchaus zweckmäßig ist, diese besondere technische Sachkunde erfordernden Erhebungen, wenn sie wirklich sachverständig durchgeführt werden sollen, auch besonderen Beamten zu übertragen. Ich halte den Antrag Knief für durchaus begründet und

kann es nicht für gerechtfertigt halten, daß die Budgetkommission die Stellen gestrichen hat. Es hilft auch nichts, einen Oberwachtmeister oder gar Distriktskommissar mit der Aufgabe zu betrauen, sondern es muß ein mit den Versicherungsgelegenheiten vertrauter Beamter sein; ein Distriktskommissar würde womöglich bei seinen vielen Amtsgeschäften diesen Aufgaben noch weniger gewachsen sein als ein Wachtmeister oder Oberwachtmeister. Wir meinen dabei, daß man die Versicherten nicht immer zu nötigen braucht, zum Polizeihaus zu kommen, und daß der Beamte nötigenfalls auch einmal in die Wohnung des Versicherten zu gehen hat. Andererseits glaube ich, daß es sich um Fälle handelt, die für die Zukunft des betreffenden so wichtig sind, daß ein Gang zum Polizeihause von ihnen nicht als eine besondere Last empfunden werden wird. Es ist tatsächlich so, daß sich einer, der sich nicht gerade technisch mit der Versicherungsgelegenheit befaßt hat, kaum in der Lage ist, diese laufenden Vernehmungen sachgemäß auszuführen, es ist deshalb nötig, besondere Beamte dafür zu bestellen.

Prof. Dr. Tjaden (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die spätere Beurteilung eines Unfalls ist es außerordentlich wichtig, daß die ersten Feststellungen sachgemäß erfolgen. Die ersten Feststellungen bieten vielfach für das ärztliche Urteil den einzig vorhandenen Anhaltspunkt. Deshalb stehe ich auch auf dem Standpunkt, speziell eingearbeitete Beamte für die erste Untersuchung heranzuziehen. Polizeibeamte können es unmöglich machen. Es gehört auch eine gewisse ärztliche Sachkunde dazu, die diese Herren sich aneignen werden.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich erkläre, daß meine Fraktion für den Antrag stimmen wird, die drei Kanzlistenstellen wieder herzustellen.

Der Antrag Hagedorn auf Wiedereinstellung der drei Kanzlistenstellen wird angenommen.

Präsident: Der Antrag Knief wird zurückgestellt.

22. Prozeßkosten.

Präsident: Antrag Karfmeier:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, einen Bericht über eine dahingehende Trennung der Geschäfte des Regierungsanwaltes zu erstatten, daß verschiedene bremische Anwälte für die einzelnen von den Deputationen behandelten Rechtsgebiete als zuständige Regierungsanwälte bestellt werden, um die mit dem wachsenden Umfang der Staatsgeschäfte notwendige Spezialisierung in der Bearbeitung und Führung der Rechtsachen zu gewährleisten.

Der Antrag wird zurückgestellt.

24. Ehrensold Droste.

Präsident: Antrag Warnke:

Die Nationalversammlung wird ersucht, den für den heimatischen Schriftsteller Georg Droste ausgeworfenen Ehrensold den Zeitverhältnissen entsprechend von 1000 Mk. jährlich auf 3000 Mk. zu erhöhen.

Warnke (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Antrag ergibt sich aus den Zeitverhältnissen. Die Einnahmen des erblindeten Heimatdichters Georg Droste bauen sich lediglich auf seiner schriftstellerischen Tätigkeit auf. Und gerade diese Einnahmen sind während des Krieges, wo alles teuer geworden ist, sehr niedrig gewesen. Das erklärt sich daraus, daß die meisten seiner Bücher vergriffen sind, daß aber die Verleger während der Kriegszeit nicht in der Lage waren, neue Auflagen herauszugeben mit Rücksicht auf die Papiernot. Es kommt noch hinzu, daß Droste in den letzten Jahren leidend gewesen ist und für seinen Gesundheitszustand größere Aufwendungen hat machen müssen. Wenn wir nun berücksichtigen, daß die Entwertung des Geldes so groß geworden ist, so entsprechen die 1000 M., die die Bürgerschaft seinerzeit eingelegt hat, den Zeitverhältnissen nicht mehr, und es ist gerechtfertigt, daß wir 3000 M. bewilligen. Droste ist weit über die Grenzen Bremens bekannt. Er hat vielen einen Sonnenschein gegeben. Geben Sie ihm auch etwas Sonnenschein, damit er Kraft zu neuer schöner Arbeit schöpft.

Dr. Kunkler (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann im Namen meiner Fraktion erklären, daß auch wir dem Antrage zustimmen in Würdigung der Verdienste dieses Mannes, dem ja mit dieser Erhöhung der Zuwendung, die ihm vom Staat zugestanden wird, nur das gewährt wird, was den veränderten Lebensverhältnissen nach erforderlich ist.

Hormann (D.): Die Budgetkommission hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und empfiehlt ihn zur Annahme.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion stimmt dem Antrage zu, weil wir wünschen, daß solche Männer, die dem Volke noch vieles leisten, nicht so schlecht gestellt werden dürfen, wie das früher der Fall gewesen ist.

Der Antrag wird angenommen.

Stadttheater.

Antrag Schindelbauer:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Deputation für das Stadttheater zu beauftragen, sofort Erhebungen anzustellen, inwieweit es möglich ist, durch Einlegung von Sondervorstellungen für die minder-

bemittelte Bevölkerung das Stadttheater in den Dienst der allgemeinen Volksbildung zu stellen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Faust (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einigen Wochen haben wir uns ziemlich ausführlich über die Stellung des Stadttheaters unterhalten. Ich glaube auch, daß die Arbeiten zur Ausführung der damals gemachten Vorschläge im Gange sind. In der Zwischenzeit aber haben sich die Verhältnisse so entwickelt, daß für die diesjährige Saison irgend welche Rücksichten auf die arbeitende, minderbemittelte Bevölkerung in keiner Weise mehr genommen worden sind. Als der Rat für Arbeiterbildung, der es in die Hand genommen hat, auch die arbeitenden Schichten an den Bildungsbestrebungen zu beteiligen, versuchte, dieses Bildungsinstitut für seine Zwecke zu erwärmen, da hat das Stadttheater vollständig versagt, und zwar aus rein geldlichen Gründen. Als mit der Stadttheaterdirektion darüber verhandelt wurde, einige Vorstellungen für die Arbeiterschaft im Laufe des Winters freizugeben, da wurde geantwortet: Das Stadttheater ist so gut wie ausabonniert bis auf ganz wenige Plätze! Das bedeutet, daß das Stadttheater zur alleinigen Verfügung einiger kapitalkräftiger Leute steht, die Gelegenheit haben, eine gewisse Summe im voraus zu entrichten. Die ganze übrige Bevölkerung ist davon ausgeschlossen, insbesondere diejenigen Leute, die nicht dauernd an einem bestimmten Tage sich einem Kunstgenuß hingeben können, sondern die Gelegenheit abpassen müssen, sich an der Abendkasse Plätze zu erwerben. Das sind Zustände, die man bei einem Stadttheater, das doch sogar kommunalisiert werden soll, nicht billigen kann. In Konsequenz dieser Ausführungen müßten wir eigentlich für dieses Jahr den geforderten Zuschuß glatt ablehnen, denn außer den ca. 8000 kapitalkräftigen Abonnenten hat kein Mensch sonst Anteil und besonders nicht die arbeitende Bevölkerung an der Stadttheaterkunst. Wenn wir uns nun trotzdem entschließen, diesen Posten zu bewilligen, so mit Rücksicht darauf, daß er ja nicht nur für ein Jahr bestimmt ist, sondern daß die Anschaffungen, die insbesondere für den Fundus zu machen sind, für die Dauer gelten, so daß auch die Arbeiterschaft später Vorteil davon haben wird. Wir müssen aber trotzdem an die Deputation die Bitte richten, zu versuchen, ob nicht noch in diesem Jahre eine Möglichkeit besteht, 10 bis 15, vielleicht 20 Opernvorstellungen freizugeben für die Arbeiterschaft. Ein geeigneter Tag dafür wäre der Sonntag nachmittag. Es wurde uns aber gesagt, daß gerade der Sonntag nachmittag die rentabelsten Vorstellungen liefere, daß es also mit Rücksicht darauf nicht möglich sein würde, diesen Tag der Arbeiterschaft freizugeben. Es zeigt sich also auch hier wieder, daß unser Stadttheater ein reines Geldtheater ist. Der Rat für Arbeiterbildung würde aber auch mit jedem anderen Tag vorlieb nehmen. Aus diesem Grunde glaube ich, daß die Deputation noch für die jetzige Saison

eingreifen wird und bei der Stadttheaterdirektion durchsetzen wird, daß die Wünsche des Rates für Arbeiterbildung in möglichstem Maße berücksichtigt werden.

Hormann: Herr Präsident! Die Beschwerden des Herrn Faust sind durchweg berechtigt. Es ist richtig, daß Theater ist fast ganz ausabonniert, es bleibt herzlich wenig Platz für derartige Bestrebungen, die Herr Faust eben gekennzeichnet hat. Ich will Herrn Faust gerne versprechen, in der Deputation für das Stadttheater dafür einzutreten, daß nach Möglichkeit Raum für derartige Bestrebungen noch in diesem Jahre geschaffen wird.

Runoth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe schon vorher mit Herrn Faust über die Sache gesprochen. Es ist von einer Arbeiterorganisation ein Antrag eingelaufen, für diese verbilligte Vorstellungen einzuführen. Nun ist schon gesagt, daß das Theater fast ausverkauft ist. Das ist natürlich an und für sich zu begrüßen, da wir sonst ein sehr großes Defizit haben würden, aber wir müssen andererseits der Arbeiterschaft entgegenkommen, aber nicht nur dieser, sondern auch den kleinen Bürgern, die keine Arbeiter sind und oft weniger verdienen als diese. Da habe ich Herrn Faust gesagt, ich beabsichtige, in der Deputation den Antrag zu stellen, daß die Spielzeit hinausgeschoben wird, damit eine Reihe von Vorstellungen für die Arbeiter und andere Organisationen zwischen den Abonnementsvorstellungen eingeschoben werden können. Das ist der einzige Ausweg, um der betreffenden Organisation gerecht werden zu können. Im übrigen stehen ich und die demokratische Fraktion auf dem Standpunkt, daß wir den kleinen Leuten entgegenkommen wollen, damit auch sie Vorteil vom Theater haben.

Waigand (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beschwerden, die Herr Faust vorgebracht hat, sind berechtigt. Nur ist es mir ein Rätsel, aus was sich der Rat für Arbeiterbildung zusammensetzt. (Zuruf der M. S.: Sehr richtig! — U. S.: Gewerkschaftskartell!) Es steht hier auf der Tagesordnung der Deputation für Stadttheater usw. ein Antrag des Bildungsausschusses der Gewerkschaften. Mir ist aber schon zur Kenntnis gekommen, daß die Gewerkschaften in der Gesamtheit da auch nicht unterrichtet sind, sondern daß sich da ein Rat zusammengesetzt hat, den man nicht kennt (Zuruf: 21er Ausschuß!) und es wäre daher richtiger gewesen, da die Kunst doch neutral ist, da es doch keinen Unabhängigen Goethe und keinen Unabhängigen Schiller gibt, (Heiterkeit) daß man sich mit der Gesamtheit der Arbeiter in Verbindung gesetzt hätte. Das ist nicht geschehen. Infolgedessen ist es erklärlich, daß auf eine Minderheit der Arbeiterschaft nicht die Rücksicht genommen werden kann, als wenn die Gesamtheit der Arbeiterschaft Anträge stellt. Das soll uns nicht hindern, zu verlangen, daß für die Arbeiter noch Nachmittage freigemacht werden. Wir wünschen aber, daß in Zukunft bei der Neugestaltung nicht nur die Sonntag-Nachmittage

für die Arbeiter freigegeben werden, sondern daß die Abonnenten eben auf Vorstellungen verzichten müssen, damit der übrigen Bevölkerung, nicht bloß der Arbeiterschaft, sondern Angestellten, Kleinbürgern und Beamten, die ebenfalls der Kunst zugänglich sind, Gelegenheit gegeben wird, das Theater zu besuchen. Man nennt sich Rat für Arbeiterbildung, dann soll man dieses neutrale Gebiet aber auch so benutzen, daß alle davon unterrichtet sind und nicht bloß einige wenige. Man könnte annehmen, daß der 21er-Rat sich rühmens machen will, aber man ist nicht darüber orientiert.

F a u s t (U. S.): Da Herr Waigand die Frage des Rates für Arbeiterbildung angeschnitten hat, will ich einige Ausführungen darüber machen und von vornherein betonen, daß Herr Waigand sich irrt, wenn er annimmt, daß dieser Rat nicht über die Unabhängige Partei hinauskommt. Wenn er den Artikel gelesen hätte, der im Volksblatt ebenfalls gestanden hat, so wäre er vielleicht nicht so einseitig orientiert. Ich fürchte, daß er und viele andere Herren sich durch die drei Buchstaben des Wortes „Rat“ wieder haben ins Bockshorn jagen lassen. Daß das Wort Rat mit dem „Rats“feller in einträchtiger Verbindung steht, hat Sie scheinbar auch nicht wohlwollender gestimmt! Es versteckt sich dahinter wirklich keinerlei politische Absicht. Der Rat für Arbeiterbildung ist gestützt auf das Gewerkschaftsstatut und auf sämtliche drei Parteien. Herrn Waigand kann ich verraten, daß in der Gründungsversammlung auch Mitglieder der M.-S.-Partei zugegen waren. Es ist keine Sache, die von oben aufoktroiert ist, sondern es ist eine Wiederbelebung des durch den Krieg abgetöteten Bildungsausschusses. Die großen und kleinen Betriebe haben zu dieser Gründungsversammlung Vertreter delegiert, darunter auch Mitglieder der M.-S. Es hat sich in dieser Delegiertenversammlung das Programm herauskristallisiert, das dann veröffentlicht worden ist. Wenn betont wird, daß er sich auf das Gewerkschaftsstatut stützt, wird Herr Waigand wohl alle geäußerten Bedenken fallen lassen. Es wird auch an die Arbeiter der größeren Betriebe herangetreten werden. Es sollte gestern die erste größere Versammlung im Gewerkschaftshause stattfinden, leider mußte sie ausfallen wegen einer anderen Versammlung.

Präsident: Ich habe Ihnen Gelegenheit gegeben, auf die Ausführungen des Herrn Waigand, die auch zu weit über das Thema hinausgingen, zu antworten. Ich möchte bitten, nur zum Stadttheater zu reden.

F a u s t: Ich verzichte.

Präsident: Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Schulze, Hormann, Professor Dieß.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Professor Dr. Dieß (L. V.): Ich möchte bitten, den Schluß noch nicht zu belieben, um meinen Freunden Gelegenheit zu geben, zu erklären, daß auch wir die Erklärung von Herrn Faust durchaus unterstützen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

30. Jugendamt.

Präsident: Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Pastor Bode vor.

Hormann: Zum Jugendamt ist eine besondere Mitteilung da, die Mitteilung vom 10. Juni. Darin wird beantragt, in den Haushaltsplan Jugendamt für 1919 nachträglich die Stelle eines Reisebeamten mit der Amtsbezeichnung Inspektor, Gehaltsklasse 15, 3600 bis 4400 M., einzustellen. Die Budgetkommission hat sich mit der Angelegenheit des längeren beschäftigt und stimmt dem Antrage zu. Ich bitte die Nationalversammlung, entsprechend zu beschließen.

Präsident: Ich nehme an, daß die Nationalversammlung dementsprechend beschließt. Herr Pastor Bode, Sie haben Gelegenheit, bei dem späteren Punkt der Tagesordnung zu dieser Frage zu sprechen.

33. Bremer Kunstverein.

Dazu liegt ein Antrag des Herrn Faust vor:

Den Senat zu ersuchen, bei dem Bremer Kunstverein zu veranlassen,

1. daß von den Kunstwerken der Kunsthalle geeignete Stücke durch wechselnde Ausstellung in öffentlichen Gebäuden weiteren Bevölkerungskreisen zugänglich gemacht werden,
2. die Besuchszeiten der Kunsthalle so zu legen, daß der Besuch in möglichst weitem Umfange außerhalb der Arbeitszeit ermöglicht wird.

Der Antrag wird zurückgestellt.

IX. Reich und Auswärtiges.

2. Missionen.

Dazu ein Antrag des Herrn Pastor Bode:

Die Nationalversammlung ist der Ansicht, daß sich der Bremische Staat in Zukunft nicht mehr gemeinsam mit den beiden anderen Hansestädten bei der Reichsregierung und bei der preussischen Regierung vertreten läßt, sondern sich eine selbständige Vertretung schafft. Sie ersucht daher den Senat um eine entsprechende Vorlage.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Außerordentliche Ausgaben.

I. Bauten und Anlagen.

1. Neubau einer Kunstgewerbeschule, I. Rate.

Ein Antrag des Herrn Fanger:

Die Nationalversammlung beschließt Herabsetzung der Position von 750 000 M. auf 115 000 M.

Fanger (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diesen vorliegenden Antrag bitte ich noch weiter zu reduzieren und zwar auf 100 000 M. Dieser Betrag von 100 000 M. entspricht den nunmehr geleisteten Arbeiten dieser Kunstgewerbeschule. Die Baudeputation hat noch keine endgültige Stellung genommen, ob es zweckmäßig erscheint, den Bau zur Zeit noch weiter zu führen. Die Gründe hierfür liegen in der außerordentlich großen Materialknappheit. Es ist bisher nicht immer möglich gewesen, zunächst für Reparaturen den nötigen Zement bereitzustellen und auch ferner den Zement in derartigen Mengen bereitzustellen, daß der Baufortschritt ein schnellerer gewesen wäre. Ich bitte daher, für die Kunstgewerbeschule erst diesen Betrag zu genehmigen, da ja nicht zu übersehen ist, ob sich die Materialfrage besser gestalten wird. Wenn das der Fall sein sollte, dann wäre immer noch Gelegenheit, den Bau weiter fortzuführen, und dann würde dementsprechend auch die Baudeputation mit einem entsprechenden Antrag wieder an die Nationalversammlung herantreten.

Präsident: Also Herr Fanger hat seinen Antrag dahin geändert, von 750 000 M. auf 100 000 M. zu ermäßigen.

Senator Dr. Donandt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bisher bei derartigen baulichen Angelegenheiten immer so verfahren worden, daß, wenn Berichte und Projekte über den Bau noch nicht vorlagen, die Summe nicht endgültig bewilligt wurde, sondern nur unter Vorbehalt eingestellt wurde. Auch in diesem Fall ist ein Bericht noch gar nicht erstattet. Ein Antrag der Behörde liegt noch nicht vor. Das Bauprojekt ist noch nicht fertig. Auch jetzt wird die Nationalversammlung in der Sache selbst gar nicht entscheiden können, sondern sie wird, wie das auch früher geschehen ist, die 750 000 M. einstellen unter dem Vorbehalt, daß bei Eingang des Berichts und nach Prüfung des Projekts die Summe endgültig bewilligt wird. Ich glaube, so sollte auch in diesem Falle verfahren werden.

Präsident: Herr Fanger, darf ich annehmen, daß sie Ihren Antrag nach dieser Erklärung zurückziehen? (Fanger: Ja.) Herr Fanger zieht seinen Antrag zurück. Damit ist der Antrag erledigt.

Hormann: Es muß der Antrag auf Vorbehalt gestellt werden. Das geschieht hiermit seitens der Budgetkommission.

Präsident: Seitens der Budgetkommission wird dieser Betrag unter Vorbehalt eingestellt.

2. Erweiterungsbau der Fortbildungsschule an der Weserbahn, I. Rate.

Auch dieser Posten von 100 000 M. ist unter Vorbehalt einzustellen.

II. Vermischte Ausgaben.

2. Deutscher Schulschiffverein, bis 1919.

Dazu liegt ein Antrag des Herrn Ruckstuhl vor, die Position mit 5000 M. zu streichen.

Wollen Sie bitte den Antrag begründen?

Ruckstuhl (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion beantragt, den Posten von 5000 M. zu streichen. Der Deutsche Schulschiffverein ist ein Privatunternehmen unter dem Protektorat einiger hoher Persönlichkeiten. Er ist seinerzeit gegründet im Interesse der großen Reedereien, um einen standesgemäßen Offizierstand heranzubilden. Wir haben kein Interesse für solche Institutionen, die nur im Interesse einzelner Privatunternehmungen liegen, irgendwelche Staatsgelder auszugeben.

Man wollte durch Heranbildung eines Offizierstandes für die großen Reedereien proletarische Elemente unter den Seeleuten ausschalten. Wenn aber die größeren Reedereien ein wesentliches Interesse daran haben, für die Handelschiffe Offiziere heranzubilden, dann müssen sie nach unserer Auffassung selbst dafür das Geld aufbringen. Andererseits herrscht unter den Seeleuten und auch unter den Offizieren der Handelschiffahrt jetzt eine kolossale Arbeitslosigkeit, und wir haben gar kein Interesse daran, durch eine Massenzüchtung von Offizieren die Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern. Deshalb beantragen wir die Streichung der 5000 M.

Kirchmeyer (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte den Ausführungen des Vorredners nicht zu folgen, und möchte Sie dringend ersuchen, die 5000 M. zu bewilligen. Infolge der Wegnahme sovieler Schiffe hat die Schifffahrt bei uns fast völlig aufgehört, und wir müssen daran gehen, sie wieder zu beleben. Dafür brauchen wir eine sorgfältige Ausbildung von Offizieren, aber nicht nur von Offizieren, sondern auch von Schiffsjungen. Auch diese werden auf Schulschiffen ausgebildet. Es ist daher dringend nötig, diese 5000 M. zu bewilligen zu Gunsten der deutschen Schifffahrt. Für die Ausbildung von Seeleuten liefert nicht nur der bremische Staat einen Beitrag, sondern auch die deutschen Reeder und gewisse Industrielle.

Senatskommissar Senator Dr. Donandt: Bremen hat für längere Zeit für den Schulschiffverein einen Be-

trag von jährlich 5000 M. bewilligt, und die letzte Rate von 5000 M. ist in diesem Jahre zu bezahlen. Der Betrag kann deshalb nicht gestrichen werden, denn wir sind verpflichtet, ihn zu bezahlen. Erst im nächsten Jahre werden wir der Frage näher treten können, ob eine weitere Bewilligung stattfinden soll. Ich glaube, bis dahin sollten die Bedenken zurückgestellt werden.

Präsident: Herr Ruckstuhl, wollen Sie unter diesen Umständen Ihren Antrag zurückziehen?

Kruse (M.-S.): Nachdem wir darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß die 5000 M., die jetzt von uns gefordert werden, schon bewilligt sind, will ich weitere Ausführungen nicht machen.

Matthias (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Freunde stehen auf dem Standpunkt, daß Bremen im Interesse, der Entwicklung des deutschen Seehandels verpflichtet ist, für einen guten Nachwuchs in der Handelsmarine zu sorgen, und das kann nur durch eine gute Ausbildung auf den Schulschiffen geschehen. Ich bitte Sie, dem Antrage nicht zuzustimmen.

Ruckstuhl (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Senator Donandt können uns in keiner Weise veranlassen, von unseren Ansichten abzugehen. Wenn auch die alte Bürgerschaft den Betrag für längere Jahre bewilligt hat, so kann man doch den Betrag streichen, denn die Bürgerschaft existiert nicht mehr, wir können uns durch das, was die Bürgerschaft beschlossen hat, in keinerlei Weise festlegen lassen. Wie ich schon vorhin ausgeführt habe, haben wir heute keinen Mangel an Schiffs-offizieren, so daß kein Bedürfnis vorliegt, noch mehr Offiziere zu beschaffen. Wenn weiter gesagt wird, daß der Schulschiffsverein auch Schiffsjungen heranbildet, so ist das richtig, das geschieht aber zu dem Zweck, durch den Schulschiffsverein die besseren bürgerlichen Kreise zur Seeschifffahrt heranzuziehen. (Zuruf: Sie haben keine Ahnung!) Im wesentlichen kommt es aber darauf an, einen besseren Offizierstand zu bekommen. Was die Ausbildung der Schiffsjungen anlangt, so wird für die nur Volksschulbildung verlangt. Sie sollen dann später auch zum Steueremannsexamen zugelassen werden. Die Sache liegt aber so, soweit die Schiffsjungen ausgebildet werden — ich will die Ausbildung nicht weiter kritisieren, aber die Schiffsjungen werden zu allen möglichen Arbeiten herangezogen, und um die Ausbildung, damit sie später das Steueremannsexamen machen können, wird sich nicht gekümmert. In der letzten Zeit haben wir es ja nur mit kleinen Schiffen zu tun, um die Schifffahrt noch einigermaßen aufrecht zu erhalten, von den großen Schiffen der großen Reedereien, des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg Amerikanische Linie ist ja nichts mehr da, und für die Ausbildung von Seeleuten auf den Luxusdampfern des Norddeutschen Lloyd, wo sie als Salonmenschen tätig

waren, brauchen wir die Ausbildung auf den Schulschiffen nicht. Man will, wie gesagt, nur die proletarischen Elemente ausschalten. Ich bitte Sie, den Antrag auf Streichung anzunehmen.

Wenholt: Ich kann mich kurz fassen. Die Ausführungen des Antragstellers waren die beste Begründung für die Ablehnung des Antrages, es waren Phantasiegebilde, und ich möchte ihm empfehlen, die Ausführungen im Feuilleton der Arbeiter-Zeitung zu veröffentlichen, das ja in der letzten Zeit ziemlich trocken gewesen ist. Was von seinen Darlegungen zu halten ist, wonach durch den Schulschiffsverein bessere bürgerliche Kreise zur Schifffahrt herangezogen werden sollten, das brauche ich nicht näher darzulegen. Ich will auf all dieses nicht besonders eingehen, sondern möchte nur darauf hinweisen, daß der Bremische Staat dem Schulschiffsverein gegenüber für eine Reihe von Jahren zur Zahlung von 5000 M. durch früheren Beschluß von Senat und Bürgerschaft verpflichtet ist. Wir sind diese Verpflichtungen eingegangen und können an der Zahlung jetzt nichts ändern. Diese Verpflichtung besteht laut Vertrag, und an der Heiligkeit von Verträgen kann auch in jetziger Zeit nicht gerüttelt werden, ihre Gültigkeit kann nicht einfach durch einseitigen Beschluß außer Kraft gesetzt werden, das ist ganz unmöglich. Dem Antragsteller möchte ich empfehlen, sich von Herrn Dr. Künzler ein Privatissimum in dieser Frage lesen zu lassen. Wenn solche Anträge gestellt werden, so haben wir die Lächer auf unserer Seite (Beifall).

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Kruse, Rösing.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Syndikus Rösing (D.): Ich habe nur eine Aufklärung über einen tatsächlichen Irrtum des Antragstellers zu geben.

Präsident: Dazu kann ich Ihnen das Wort jetzt geben.

Rösing: Der Antragsteller ist falsch unterrichtet. Der Schulschiffsverein bildet Schiffsjungen nicht nur aus bürgerlichen, sondern auch aus anderen Kreisen aus. Ich selbst habe eine Reihe von Freistellen vermittelt. Ferner möchte ich feststellen, daß der Verein nicht nur Schiffsjungen für den Offizierstand ausbildet, sondern auf einem Schiff ausschließlich Deckmannschaften.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen

Kruse (M.-S.): Es ist tatsächlich so, daß es auf den Schulschiffen nicht möglich ist, Jungen aus jedem Stande unterzubringen, und zwar schon deshalb, weil die Ausrüstungskosten so hohe sind, daß nicht jeder in der Lage ist, sie aufbringen zu können. Außerdem ist es auch so, daß in den letzten Jahren fast nur Schüler aus höheren Schulen eingestellt sind, nicht aus Volksschulen. (Hört!)

Hört!) Wichtig ist, daß unsere Fraktion bei der ersten Forderung zugestimmt hat mit der ausdrücklichen Erklärung, daß es jedem Volksgenossen möglich sein müsse, auf dem Schulschiff ausgebildet zu werden.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Kruse (M.-S.): Herr Präsident! Als der Schulschiffverein zum erstenmal an uns herangetreten ist in der alten Bürgerschaft, ist von meiner Fraktion die Summe bewilligt worden mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die Sache so gestaltet werden sollte, daß es jedem Volksgenossen möglich sei, Anstellung auf diesem Schulschiff zu erhalten. Ich muß sagen, daß in den ersten Jahren ja ziemlich so verfahren ist, daß Volksschüler mit herangezogen worden sind. Später, als eine größere Nachfrage für Anstellungen eintrat, wurde es anders, da hat man tatsächlich von der Volksschulbildung abgesehen und nur noch Schüler der höheren Schulen eingestellt. Außerdem haben sich die Ausstattungskosten so hoch gestellt — ich glaube, es sind über 750 M. —, daß es einer Arbeiterfamilie unmöglich ist, diese Ausstattungskosten zu bezahlen. Das ist der Grund, warum wir weitere Forderungen ablehnen müssen. Herr Präsident! Es ist ja nicht nur der Schulschiffverein, der Geld vom Staat erhält, auch der Norddeutsche Lloyd hat ein Schulschiff in Dienst gestellt, und auf dieses Schulschiff ist seitens des Staates, wenn ich nicht irre, ein akademischer Lehrer gegeben, und dieser akademische Lehrer stellt sich noch höher als 5000 M. Es ist aber nicht bekannt geworden, daß auf dem Schulschiff des Norddeutschen Lloyd auch Schüler aus Volksschulen untergebracht wurden. Es wäre auch sehr schwer gewesen, Volksschüler auf ein Schiff zu bringen, wo akademische Lehrer unterrichten. Daraus ist zu sehen, daß nur mit Schülern aus höheren Schulen gerechnet wurde. Das ist etwas, was wir nicht gutheißen können. Ich kann Sie daher nur bitten, den Posten abzulehnen.

Kirchmeyer (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kruse und auch der Redner der äußersten Linken scheinen die Sache zu verwechseln. Der Norddeutsche Lloyd hat Schulschiffe und der Schulschiffverein hat Schulschiffe. Der Norddeutsche Lloyd nimmt als Schiffsjungen allerdings nur solche mit höherer Schulbildung, er bekommt keine Unterstützung von uns, und die Ausgaben werden von den betreffenden Eltern getragen. Aber der Deutsche Schulschiffverein hat sehr viele Freistellen, er nimmt Jungen mit niedrigerer Schulbildung und stellt sie ständig ein. Wir Meeder sind immer bestrebt gewesen, diese Jungen nach ihrer Lehrzeit auf unsern Schiffen noch weiter auszubilden, und nicht allein auf Segelschiffen, sondern auch auf Dampfern. Auf Dampfern lernen sie natürlich nicht soviel wie auf Segelschiffen. Es ist unbedingt erforderlich, daß diese Unterstützung auch weiterhin gewährt wird. Denn die großen Segelschiffe sind uns genommen, und andere Möglichkeiten zur Ausbildung haben wir nicht.

Willig (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will auf die Einzelheiten des Schulschiffwesens des Norddeutschen Lloyd und des Deutschen Schulschiffvereins nicht weiter eingehen, sondern nur bemerken, daß der Schulschiffverein den Klassengegensatz in die Seemannschaft hineingebracht hat, den wir auf das äußerste bekämpfen und bekämpfen müssen. Er hat Kadetten und hat Schiffsjungen, und dadurch wird in der Seemannschaft der Klassengegensatz hervorgerufen. Der eine Teil der jungen Leute wird also angestellt mit der angenehmen Aussicht, Offizier zu werden, der andere Teil mit der angenehmen Aussicht, Decksmann oder Bootsmann bei der Handelsmarine zu werden. Nun liegt die Sache allerdings so, daß diese 5000 M. für 1919 bereits bewilligt sind, und daß wir auf diesen Posten also keinen Einfluß haben. Aber in Zukunft wird meine Fraktion keine Gelder für den Schulschiffverein bewilligen.

Der Antrag auf Streichung der 5000 M. wird abgelehnt.

Präsident: Bevor wir zur

Schlußabstimmung über das ganze Budget kommen, erteile ich Herrn Ludewig das Wort.

Ludewig (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir das Gesamtbudget ablehnen. Sie werden mir gestatten, meine Damen und Herren, daß ich einige Ausführungen dazu mache und die Ablehnung begründe.

Präsident: Ich bin mit mir im Zweifel, ob ich Ihnen große Erklärungen in dieser Beziehung jetzt noch gestatten darf. Das war Sache beim Generalbudget, wir sind jetzt in der Spezialdebatte. Aber ich will Ihnen eine kurze Ausführung gestatten.

Ludewig: Ich werde mich möglichst kurz fassen. Es war seit jeher der Gedanke der Sozialdemokratie, daß sie der jeweiligen Regierung die Mittel verweigert hat. Und wir stehen auf dem Standpunkt, daß die heutige Regierung genau so ist wie die Regierung vor dem Kriege. Meine Damen und Herren! Seit der Revolution hat sich nichts geändert in bezug auf wirkliche Freiheit und Volksrechte. Ich möchte Sie daran erinnern — — —

Präsident: Ich möchte Sie bitten, nur kurz zu erwähnen, warum Sie das Budget ablehnen.

Ludewig: Ich habe von meiner Fraktion den Auftrag, eine programmatische Erklärung abzugeben. Sie werden mir doch gestatten dürfen, diese Erklärung abzugeben. Ich möchte daran erinnern, daß im Laufe des gestrigen Tages Ausführungen gemacht worden sind, die alles andere waren als — — —

Präsident: Die Ausführungen waren bei der Generaldebatte gestattet.

Ludewig: Ich möchte daran erinnern, daß wir noch in Bremen den unwürdigen Zustand des Belagerungszustandes haben. Weiter möchte ich daran erinnern, daß die Gerstenberger damals am 4. Februar mit Hilfe der heutigen Regierung mitgewirkt haben, die Rechte der Arbeiter niederzuschlagen.

Präsident: Herr Ludewig, solche Ausführungen habe ich nicht erwartet, die kann ich nicht gestatten. Wir haben jetzt die Spezialdebatte. Ich bedaure sehr.

Ludewig: Ich muß auf das Wort verzichten!

Präsident: Es war nur möglich, solche Ausführungen anlässlich der Generaldebatte zu machen. Wir haben ja noch den Punkt „Belagerungszustand“ zu verhandeln, da können Sie derartige Ausführungen machen.

Bögeding (U. S.): Zur Geschäftsordnung: Es ist meiner Meinung nach, wenn der Herr Präsident nach der Geschäftsordnung verfährt, nicht richtig, daß er, wenn zum Schluß des Stats die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen dargelegt werden soll, solche Ausführungen unterbindet. Es können doch in der Spezialdebatte Momente eintreten, die die Fraktion schließlich noch bewegen, für das Budget zu stimmen.

Wenhold (D.): Die Ausführungen des Herrn Bögeding mögen vielleicht zum Teil richtig sein. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß der Herr Präsident nicht anders kann, als nach der Geschäftsordnung verfahren, die wir selbst anerkannt haben. Es würde also zweckmäßig sein, daß die Herren von der U. S. P. sich an den weiteren Verhandlungen in der Geschäftsordnungskommission wieder beteiligen, dann können sie dort ihre Wünsche vorbringen. (Zuruf links: Immer dieselbe Redensart!) Jawohl, das sage ich Ihnen immer wieder, bis Sie es kapieren! (Gelächter links.)

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch etwas Sachliches. Im Nachtragsbudget 54 sowie im Nachtragsbudget 56 ist gebeten worden, die neuen Gehalte schon vom 1. April an in Kraft zu setzen. Die Budgetkommission hat sich diesem Verlangen nicht anschließen können. Es ist bisher üblich gewesen, daß die neu beantragten Stellen und die neu getroffenen Gehaltserhöhungen in Kraft gesetzt wurden, wenn das Budget verabschiedet war. Das würde also frühestens am 1. August der Fall sein können. Mit Rücksicht darauf, daß dieses Budget uns mindestens zwei Monate später zugegangen ist als die früheren Budgets, hat die Budgetkommission beschlossen, der Nationalversammlung zu empfehlen, alle in dem diesjährigen Budget bewilligten neuen Stellen, soweit sie nicht schon früher besetzt sind, und alle Gehaltserhöhungen für Beamte und Angestellte, soweit sie nicht bereits zu einem früheren Termin erfolgt sind, auf den 1. Juli dieses Jahres zurück zu datieren. Ich bitte die Nationalversammlung, dem beizutreten.

Präsident: Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Nationalversammlung damit einverstanden ist.

Fauth (M. S.): Zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn von der linken Seite zum Budget am gestrigen Tage eine Rede gehalten werden sollte, dann hatte doch der betreffende Redner gestern schon Gelegenheit, seinen Standpunkt zu präzisieren. Das hat er nicht getan, weil er nicht zum Budget gesprochen hat, und darum haben wir auch keine Ursache, noch weitere Erklärungen zuzulassen. Gegen die Behauptung der äußersten Linken, daß sich seit der Revolution bei uns noch nichts geändert habe, möchte ich protestieren. Wir stimmen dem Budget zu.

Bögeding (U. S.): Ich denke, der Herr Präsident hatte, nachdem niemand mehr zum Budget gesprochen hat, die Debatte geschlossen. Mir ist es unerklärlich, wie mit einem Male Herr Hormann das Wort bekommt zu einer ganz neuen Sache, die doch während der Budgetberatung hätte verhandelt werden müssen.

Präsident: Ich kann Ihnen sagen, daß Herr Hormann diesen Antrag bereits vorhin bei mir angemeldet hatte. Da Herr Ludewig noch vorher reden wollte, hatte ich ihm das Wort gegeben.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Herr Wenhold hat uns auf die Geschäftsordnung verwiesen und Gelegenheit genommen, wieder auf unsere Passivität in den Kommissionen hinzuweisen. Ich möchte dem entgegenhalten, daß diese Passivität in der hier in Betracht kommenden Kommission, der Geschäftsordnungskommission, nicht obgewaltet hat; im Gegenteil, ich mich in dieser Kommission sogar in der Weise betätigt habe, daß ich einen ganzen Entwurf der neuen Geschäftsordnung verfaßt habe. Trotz dieser Beteiligung ist es mir aber nicht möglich gewesen, eine Bestimmung kennen zu lernen, wonach bei der Gesamtabstimmung über das Budget keine näheren Erklärungen zulässig sind. Ich bin gern der Belehrung zugänglich. Ehe Herr Wenhold uns unsere Unkenntnis vorhält, möge er uns doch selbst die Bestimmung zeigen.

Präsident: Ich möchte zunächst feststellen, daß es in der Tat so ist, wie Herr Dr. Künkler sagt: er arbeitet in der Geschäftsordnungskommission mit.

Wenhold (D.): Ich möchte nur feststellen, daß ich mit Freuden davon Kenntnis nehme, daß Herr Dr. Künkler sich in dieser Beziehung an den Kommissionsarbeiten beteiligt. Hoffentlich werden sich auch die übrigen Mitglieder der Fraktion auf diesen Weg zurückbegeben.

Ludewig (U. S.): Zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Fauth glaubt, darauf hinweisen zu müssen, daß wir in der Generaldebatte genügend Gelegenheit gehabt hätten, zum Budget zu sprechen, so wird er doch wissen, daß die Sozialdemokratie seit jeher sich immer das Recht vorbehalten hat, im Anschluß an die Beratungen ihre Stellungnahme zu präzisieren. Da Herr Fauth als Sozialdemokrat das vergessen zu haben scheint, möchte ich ihn doch darauf hinweisen.

Präsident: Ich habe bereits vorhin gesagt, ich wäre bereit, eine Erklärung Ihrerseits anzuhören, wie Sie sich zum Budget stellen. Ich kann aber nicht zulassen, daß hier eine politische Generaldebatte wieder eröffnet wird, wodurch Sie den andern Parteien wieder Angriffspunkte geben und dadurch eine vollständig neue Generaldebatte herbeiführen.

Zur tatsächlichen Aufklärung

Dr. Künzler (U. S.): Ich muß gegenüber den freundlichen Mitteilungen des Herrn Präsidenten doch feststellen, daß meine erwähnte Teilnahme an den Verhandlungen der Geschäftsordnungskommission, die bereits vor langer Zeit eingesetzt worden ist, vor dem Beschluß meiner Fraktion lag, sich nicht an den Kommissionen wie Deputationen zu beteiligen und ich nachher lediglich auf Grund der vorher stattgefundenen Verhandlungen den Entwurf der Geschäftsordnung verfaßt und der Kanzlei übermittelt habe. Ich möchte das nur erwähnen, um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, daß ich nicht entsprechend dem Fraktionsbeschluß verfahren hätte. Nun möchte ich noch den Herrn Präsidenten fragen, warum man nicht über die Frage der Gesamtabstimmung zum Budget überhaupt verhandeln kann. Daß die Erklärung auf gewisse programmatische Sätze beschränkt sein soll, ist mir nicht erfindlich. Es wird zur Abstimmung gestellt die Frage der Stellung der Fraktion zu dem ganzen Budget. Dazu muß man in der Lage sein, auch zu debattieren. Das ist eben etwas anderes als die Generaldebatte vor Eintritt in das Budget und es ist allenthalben Ufance, daß diese Erklärung erst nach Schluß der Spezialdebatte abgegeben wird, und dieses hat, wie geltend gemacht worden ist, seinen guten Grund. Wenn eine Fraktion der Meinung ist, daß sie sich gegen das ganze Budget erklären muß, so würde ich es höchst wunderbar finden, daß sie das von vornherein erklärt, und sich nachher noch an der Spezialdebatte beteiligt. Das kann man nur am Schluß der Debatte tun. Eine Verhandlung hat doch den Sinn, durch Gründe und Gegen Gründe die Erkenntnis zu fördern. Vielleicht wären die anderen Parteien in der Lage, uns nachzuweisen, daß wir irren, wenn wir gegen das Budget stimmen. Warum soll uns die Verhandlung abgeschnitten werden?

Präsident: Herr Dr. Künzler, es ist bei jeder Vorlage, die bisher verhandelt worden ist, Sitte gewesen, daß erst eine Generaldebatte stattfindet und daran anschließend eine Spezialdebatte. Es ist mir in meiner ganzen Praxis nicht erinnerlich, daß jemals nach Schluß der Spezialdebatte die Generaldebatte wieder eröffnet worden ist. Aus diesem Grunde glaube ich, daß ich richtig gehandelt habe, wenn ich auch in diesem Falle nach Schluß der Spezialdebatte die Wiedereröffnung einer Generaldebatte abgelehnt habe, denn die Ausführungen des Herrn Bögebing würden dazu führen.

Zur Geschäftsordnung

Waigand (M. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist üblich und auch wohl notwendig, daß eine kurze Erklärung, sich gegen das Budget zu wenden, abgegeben werden kann, aber es ist vollständig richtig, was der Herr Präsident gesagt hat, eine Erläuterung dazu würde eine neue Generaldebatte hervorgerufen. Wenn Herr Dr. Künzler glaubt, man könnte dadurch die betreffende Fraktion belehren und sie veranlassen, daß sie auch für das Budget stimmt, so ist das doch ein bißchen zu juristisch. Ich möchte bitten, das nicht einzuführen, sonst kämen wir gar nicht zum Schluß. Das wird auch nirgends existieren.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Ich nehme an, daß der Antrag Hörmann für die Budgetkommission angenommen ist, da sich kein Widerspruch erhebt, ebenso auch die übrigen Anträge.

Zur Schlußabstimmung über das Budget schlage ich vor, folgende Fassung zu wählen:

Im übrigen genehmigt die Nationalversammlung das Budget in allen Positionen der Einnahmen und Ausgaben, mit Einschluß der in den verschiedenen Spezialbudgets und in den Begleitberichten beantragten Anstellungen, Gehaltserhöhungen und Uebertragbeträgen. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Aenderungen würde sich nach der beifolgenden Zusammenstellung ein Fehlbetrag von 29 903 690,19 M ergeben, von dem die gestern und heute beantragten Abzüge oder Zuschläge abzusetzen bzw. hinzuzufügen sind, was in der endgültigen Aufstellung noch festgestellt wird.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die in dieser Fassung dem ganzen Budget zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschlecht mit Ausnahme der U. S.)

Ich erkläre das Budget hiermit für angenommen.

Es wird Sie interessieren: Es sind zu diesem Budget zirka 80 Anträge eingelaufen, davon sind zirka 15 bis 20 durch Abstimmung erledigt. Sie können also unbesorgt sein, für die Tagesordnung unserer kommenden Sitzungen ist genügend Stoff vorliegend.

Meine Damen und Herren! Zum nächsten Punkt der Tagesordnung möchte ich Sie bitten, damit einverstanden zu sein, daß wir zunächst nicht Punkt II nehmen, sondern Punkt II 5, Wahl der Schulleiter, weil die Herren Senatskommissare bereits seit 11 Uhr warten.

2. Gegenstand der Tagesordnung.

Mitteilungen des Senats vom 15. Juli 1919.

Wahl der Schulleiter.

Senatskommissare Herr Bürgermeister Hildebrand und Herr Senator Dr. Hoffmann.

Präsident: Meine Damen und Herren! Es ist folgende Eingabe eingegangen, unterzeichnet von den Herren Professor Dr. Braun und Schulvorsteher Budde:

Die Leiter der bremischen höheren Schulen und Volksschulen sehen in der vorgesehenen Wahl der Schulleiter eine schwere Schädigung der gedeihlichen Arbeit unserer Schulen, da sie die Unabhängigkeit des verantwortlichen Leiters der Schule gefährdet.

1. Als einziger Grund für die Maßregel wird angeführt, daß der Leiter das Vertrauen seines Kollegiums besitzen müsse. So notwendig das ist, so muß er doch nicht minder das Vertrauen der Elternschaft und, besonders an höheren Schulen, wo es sich um Schüler bis zu 19 und 20 Jahren handelt, auch das Vertrauen seiner Schüler besitzen. Das kann erschüttert werden, wenn Eltern und Schüler glauben können, daß der Schulleiter bei seinen Entscheidungen in Streitfällen zwischen Lehrern und Schülern oder deren Eltern Rücksicht zu nehmen hätte auf seine Wiederwahl.

2. Der Schulleiter hat nicht nur die äußere Verwaltung der Schule zu führen, er hat vor allem anregend und fördernd auf den gesamten Unterricht in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Lehrerkollegium einzuwirken. Das wird ihm sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, wenn er fürchten muß, nach drei Jahren nicht wiedergewählt zu werden. Denn dann kann er keine Erfahrung als Schulleiter sammeln und sie auch nicht für die Schule verwerten.

3. Endlich kommt für die höheren Schulen noch besonders in Betracht, daß es durch diese Maßnahmen in Zukunft fast unmöglich sein wird, tüchtige auswärtige Direktoren für Bremen zu gewinnen, obwohl das zum Wohle unserer Schulen sehr erwünscht sein kann. Auch auf die Besetzung der Oberlehrerstellen mit tüchtigen Bewerbern von auswärts wird die Wahl der Schulleiter, die sonst bis jetzt nur in Hamburg besteht, einen wenig erwünschten Einfluß ausüben.

Aus diesen wichtigsten Gründen ersuchen die Direktoren und Vorsteher der bremischen höheren Schulen und Volksschulen die Nationalversammlung, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Dazu liegt ein Antrag des Herrn Donath vor, als § 8 einzufügen:

Im Landgebiet findet das Gesetz auf die drei- und mehrklassigen Schulen Anwendung mit der Maßgabe, daß die mit mindestens zwölf Wochenstunden beschäftigten Handarbeitslehrerinnen in gleicher Weise an der Wahl beteiligt werden, wie es im § 3 für die vertretungsweise beschäftigten Lehrkräfte vorgesehen ist.

Ich eröffne die Debatte.

Zur Geschäftsordnung

Wenholt (D.): Herr Präsident! Es liegt uns heute vor die Mitteilung des Senats vom 15. Juli, die unter 5, 6 und 7 drei Punkte enthält, die sich mit der Neuorganisation einiger Fragen der Schule befaßt. Es ist uns diese Mitteilung des Senats am Dienstag vormittag zugegangen, und zwar gleichzeitig mit dem Bericht der Budgetkommission über ihre Tätigkeit. Trotz eifrigster Bemühung ist es meiner Fraktion nicht möglich gewesen, neben dem Staatshaushalt sich auch noch mit der Vorlage, Wahl der Schulleiter, so eingehend zu befassen, wie diese Vorlage es zweifellos verdient. Ich möchte deswegen bitten, daß wir Punkt 5, Wahl der Schulleiter, von der heutigen Tagesordnung absetzen, um uns Gelegenheit zu geben, die Frage eingehend zu prüfen und danach unsere Stellungnahme zu entscheiden.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob man in der Zeit nicht hat Stellung nehmen können. Meine Fraktion hat Stellung dazu genommen, obgleich wir für die Durchberatung des Budgets viel mehr Zeit nötig gehabt haben, weil in unserer Fraktion verhältnismäßig viel weniger Parlamentarier sitzen als in anderen Fraktionen. Wir sind damit auch durchgekommen, und wir sehen darum keinen Grund, daß man das heute von der Tagesordnung absetzen sollte.

Wenholt: Ich möchte gegenüber Herrn Fauth noch bemerken, daß doch nicht bestritten werden kann, daß diese Vorlage, Wahl der Schulleiter, eine erhebliche grundsätzliche Bedeutung hat und auch darüber hinaus auf andere Beamten-Kategorien noch Folgerungen aus ihr gezogen werden können. Es ist bislang nicht üblich gewesen, daß, wenn so wichtige Fragen des Staatshaushalts zur Verhandlung standen, und daneben für die Vorberatung wichtiger Vorlagen gleichzeitig nur 3 bis 4 Tage zur Verfügung waren, und wenn dann von einer Fraktion der Wunsch geäußert wurde, sich mit der

Verhandlung dieser Sache noch nicht zu befassen, die anderen Mitglieder des Hauses sich dagegen wandten. Ich möchte bitten, genau wie von unserer Fraktion auf andere Rücksicht genommen ist, auch Rücksicht nehmen zu wollen auf uns.

Präsident: Es ist bisher allgemein üblich gewesen, wenn eine Fraktion aus solchen Gründen um Vertagung gebeten hat, daß wir dem stillschweigend stattgegeben haben. Wenn dagegen kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind.

Mannier (M.-S.): Ich möchte Herrn Wenhold fragen, was das zu bedeuten hat. Wenn er meint, daß dadurch eine Verschleppung der Vorlage eintritt, müssen wir uns dagegen wenden. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Vorlage möglichst schnell verabschiedet wird. Wenn wir jetzt die Vorlage vertagen, vielleicht auf eine Ferien Sitzung, das könnte ich zugeben, vielleicht bis Dienstag.

Wenhold: Ich muß mich wundern, daß Herr Mannier annimmt, meine Fraktion habe die Absicht, die Sache zu verschleppen. Wir haben den Wunsch — dafür wird Verständnis bestehen — diese Vorlage eingehend durchzusprechen. Dazu haben wir trotz verschiedener außerordentlicher Fraktionsitzungen noch nicht Zeit gehabt. Ob wir bis Dienstag Zeit dazu finden werden, weiß ich noch nicht, zum mindesten bis zu einer Ferien Sitzung.

Gildemeister (L.-V.) zur Geschäftsordnung: Unsere Fraktion hat Gelegenheit gehabt, ihre Stellungnahme zu präzisieren. Ich möchte nur bemerken, daß gestern die juristische Kommission, für die ich auch spreche, getagt hat. In der juristischen Kommission bestehen sehr erhebliche Bedenken über die verfassungsmäßige Möglichkeit einer Abänderung des Beamtengesetzes, wie es hier vorgesehen ist. Die Kommission hat beschlossen, darüber ein Gutachten zu erstatten. Ich darf, da ich selbst von der juristischen Kommission damit beauftragt bin, die Zusicherung geben, daß ich mich mit dem Gutachten so beschleunigen werde, daß bei der nächsten Verhandlung das Gutachten vorliegt. Das wäre nicht Verschleppung, sondern Förderung der Sache.

Jahn (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schuldeputation hat ein wesentliches Interesse daran, die Vorlage sobald wie möglich zu verabschieden. (Zuruf von den Dem.: Wir auch!) Wenn die neue Einrichtung für das nächste Wintersemester in Kraft treten soll, muß die Vorlage mindestens am nächsten Dienstag zur Verhandlung kommen.

Donath (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte die Versamm-

lung bitten, wenn eine Vertagung eintreten soll, nicht länger als bis zum Dienstag zu vertagen. Die Vorlage muß sobald wie möglich verabschiedet werden.

Wenhold (D.): Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Gildemeister, der für die Juristische Kommission sprach, ist es unbedingt notwendig, daß eine Vertagung eintritt. Herr Dr. Gildemeister hat gesagt, daß die Juristische Kommission noch ein Gutachten abgeben müsse. Und was das heißt, ein erschöpfendes juristisches Gutachten abzugeben, wissen wir: das läßt sich nicht an einem Tage machen. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß das Gutachten gedruckt und den Mitgliedern der Nationalversammlung zugesandt werden muß. Ich bitte, die Sache darum bis zur Ferien Sitzung zu vertagen, mindestens aber um acht bis vierzehn Tage.

Dr. Gildemeister (L.-V.): Ich möchte bemerken: Wenn die Juristische Kommission ein schriftliches Gutachten geben soll, das doch gedruckt und den Mitgliedern der Nationalversammlung zugestellt werden müßte, so ist das bis Dienstag ausgeschlossen. Wir müßten mindestens weitere acht Tage dazu haben. Wenn wir Freitag über acht Tage die erste Ferien Sitzung hätten, würde das genügen? (Zurufe: Nein!)

Dr. Künzler (U. S.): Wir werden der Vertagung zustimmen, wenn die Demokraten sie wünschen, aber die Verabschiedung der Vorlage müßte doch baldmöglichst erfolgen. Das haben ja auch sowohl die Mehrheitssozialisten als auch die Schuldeputation gewünscht. Mit Rücksicht auf den Wiederbeginn der Schule sollte sie nicht weiter hinausgeschoben werden, als es unbedingt notwendig ist. Bis Dienstag wird aber doch die Möglichkeit gegeben sein, weiter zu verhandeln, und auch die Juristische Kommission wird in der Lage sein, bis dahin ihr Gutachten abzugeben.

Präsident: Ich habe aber doch Bedenken, daß es möglich ist, schon nächsten Dienstag über den Gegenstand zu verhandeln, da das Gutachten doch gedruckt und verteilt werden muß.

Dr. Künzler: Bisher ist es doch immer so gewesen, daß die Juristische Kommission 10 Minuten vor der betreffenden Sitzung zusammengetreten ist und beraten hat. Es handelt sich doch hier um eine Rechtsfrage, die jedenfalls keiner umfangreichen Erörterung bedarf. Da könnte die Juristische Kommission vielleicht den Tag vorher zusammentreten, einen kurzen Bericht machen, der gedruckt würde, und das Gutachten könnte dann in der Sitzung verteilt werden.

Waigand (M.-S.): Wir werden für Vertagung stimmen, um der demokratischen Fraktion Gelegenheit zu geben, die Vorlage durchzuberaten. Aber ich bin nicht der Meinung, daß der Juristischen Kommission

noch acht Tage Zeit gegeben werden müßte, die Vorlage juristisch durchzuarbeiten. Ich möchte von vornherein sagen, daß wir überhaupt nicht allzu sehr Wert darauf legen, daß die Juristen darüber gehört werden. (Weiterkeit.) Ich will mich kurz fassen und Sie bitten, daß schon nächsten Dienstag verhandelt wird, so daß eine Extraferiensitzung nicht notwendig wäre. Mancher hat sich schon zur Reise gerüstet und sich draußen schon eine Wohnung genommen, er würde sonst gezwungen sein, wieder hierherzukommen, um hier mitzuverhandeln.

Prof. Dr. Dieß: Herr Präsident! Wenn nicht am nächsten Dienstag schon verhandelt werden kann aus Gründen, denen ich mich anschließe, so möchte ich bitten, nicht etwa acht Tage später, sondern in einer Feriensitzung in der zweiten Hälfte des August zu verhandeln. Das dürfte gar keine Schwierigkeiten haben. Auch ist die Sache ja nicht so eilig. Denn wie auch die Dinge laufen mögen: wenn der Entwurf angenommen wird, so wäre es doch unzweckmäßig, die Wahlen unmittelbar nach den großen Ferien vorzunehmen, wo in den höheren Schulen wegen der Prüfungen von den bisherigen Direktoren Vorbereitungen getroffen werden müssen, und wenn der Entwurf nicht angenommen werden sollte, dann ist die Angelegenheit erledigt. Die Sache eilt also nicht, wir können darüber ruhig erst in der Feriensitzung verhandeln.

Dr. Gildemeister (L.-B.): Selbstverständlich wären wir in der Lage, schon nächsten Dienstag ein Gutachten zu erstatten, zu der Sitzung aber schon ein papiernes Gutachten auszuarbeiten und zu verbreiten, ist technisch nicht möglich.

Syndikus Rösing (D.): Herr Dr. Künzler irrt, wenn er meint, daß die juristischen Gutachten immer nur mündlich erstattet würden. Allerdings ist in diesem Sommer in der Nationalversammlung noch keine Gelegenheit gewesen, daß die Juristische Kommission ein schriftliches Gutachten hätte erstatten müssen, die Sachen, die sie zu prüfen hatte, waren derart, daß sie dazu nur kleine Bemerkungen zu machen hatte, die mündlich vorgetragen wurden. In der früheren Bürgerschaft ist aber mehrfach der Wunsch ausgesprochen, daß, wenn es sich um Gutachten von irgendwelcher Bedeutung handelt, schriftlich berichtet würde und die Gutachten vorher den Mitgliedern zugestellt würden, damit sie Gelegenheit hätten, Stellung dazu zu nehmen. Bis zum nächsten Dienstag aber einen schriftlichen Bericht zu erstatten, ist ganz unmöglich. Heute kann die Juristische Kommission nicht mehr zusammentreten, morgen ist Sonntag, Montag könnte beraten werden, aber dann noch den Bericht drucken und verteilen zu lassen, ist unmöglich.

Präsident: Ich möchte die Herren bitten, sich darüber zu äußern, wie sie darüber denken, wenn ich die nächste Sitzung auf Freitag, den 15., oder Freitag,

den 22. August festsetze. Ich würde mehr für den 22. August sein, weil dann die Schulferien zu Ende sind.

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gewiß können wir mit der Angelegenheit bis zum 22. August warten. Wenn die Vorlage dann verabschiedet wird, ist die Schuldeputation in der Lage, wenige Tage darauf die Schulen zu benachrichtigen, die Wahlen vorzunehmen. Bekanntlich sollen diese innerhalb der nächstfolgenden acht Tage stattfinden. Das würde dann zu Anfang September immerhin möglich sein. Das würde aber auch nicht anders sein, wenn wir uns heute oder am nächsten Dienstag mit der Sache befassen. Es handelt sich um eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Die Lehrer haben darüber sehr lange, eingehende Beratungen gepflogen. Nun soll sie schnell endgültig unter Dach und Fach gebracht werden, so habe ich Herrn Jahn verstanden. Jedenfalls wird aber auch Herr Jahn zugeben, daß die juristische Seite der Angelegenheit von außerordentlicher Bedeutung ist. Sie hat uns in jeder Beratung in der Schuldeputation lange beschäftigt, und wir sind nicht zu einer völligen Klarheit gekommen. Ob die Herren von der Juristischen Kommission uns nun auf die Beine bringen werden? Jedenfalls ist die Sache außerordentlich wichtig. Es handelt sich bei dem Gutachten nicht, wie Herr Dr. Künzler meinte, um eine Formfrage, sondern um eine prinzipielle Frage, die das ganze Beamtengezet berührt und deshalb sehr gründlich besehen werden muß. So liegen die Dinge. Es handelt sich um eine staatsrechtliche Frage von großer Bedeutung. Meine Damen und Herren! Hüten wir uns vor übereilter Hast, lassen Sie uns ruhig warten bis zum 22. August!

Präsident: Bevor ich Herrn Heinzler das Wort gebe, möchte ich bemerken, daß ich beabsichtige, die Feriensitzung auf Freitag, den 22. August anzusetzen. Ich erwarte von der Juristischen Kommission, daß sie ihr Gutachten vorher dem Geschäftsvorstand so zeitig zustellt, daß das Gutachten noch gedruckt und rechtzeitig an die Mitglieder der Nationalversammlung verteilt werden kann. Ich möchte bitten, nur noch zu dieser Frage zu sprechen.

Heinzler: Ich wollte Herrn Waigand erwidern. Die Aufgabe der Juristischen Kommission.

Präsident: Bitte nur zur Frage der Vertagung.

Dr. Künzler (U. S.): Ich möchte vorab erwähnen, daß nicht wir eine Hinausschiebung der Vorlage gewünscht haben, daß eine andere Fraktion noch Zeit zu einer Prüfung verlangt hat. Entgegen den Ausführungen des Herrn Prof. Dieß möchte ich darauf hinweisen, daß zwei Mitglieder der Schuldeputation auf Grund ihrer Sachkunde die Notwendigkeit betont haben, die Vorlage schon am nächsten Dienstag zu verabschieden.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Hildebrand: Ich kann meinerseits die Ausführungen des Herrn Karrenberg bestätigen, daß es praktisch auf daselbe hinausläuft, ob nächsten Dienstag oder am 22. August über die Vorlage verhandelt wird. Wenn das Gesetz angenommen wird, hat die Schuldeputation die Lehrerkollegien zur Wahl der Schulleiter aufzufordern. Die Wahlen können aber erst nach Schluß der Ferien vorgenommen werden.

Mannier (M.-S.): Meine Damen und Herren! Wir könnten doch ganz gut die Sache schon am Dienstag in Angriff nehmen. Montag ist verhandlungsfrei. Da könnte die demokratische Fraktion Stellung zur Vorlage nehmen. Ebenso könnte die Juristische Kommission am Montag morgen früh — ich weiß allerdings nicht, wann die Herren am Sonntag nach Hause kommen (Heiterkeit) — zusammentreten, um vielleicht in einer Stunde das Gutachten auszuarbeiten. Herr Dr. Künzler sagt ja, daß sie sonst nur 10 Minuten gebraucht habe. Wenn aber die Sache so ist, daß die Juristische Kommission erst am Dienstag beraten kann und dann stundenlang zu beraten hat und das Gutachten noch gedruckt werden muß, dann ist es etwas anderes. Ich will durchaus nicht der Demokratischen Partei Schwierigkeiten machen; das will ich nicht. Ich will nur gern, daß das Gesetz möglichst bald verabschiedet wird, und zwar aus Gründen, die innerpolitischer Natur sind. Ich möchte dringend bitten, wenn es irgend geht, daß es Dienstag verabschiedet wird.

Präsident: Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Hildebrand darf ich annehmen, daß es nicht möglich ist, die Sache am Dienstag zu verhandeln. Ich glaube aber, daß es unbedenklich ist, den Zeitpunkt auf den 22. August zu verlegen.

6. Anstellung eines Schulrats für das Fortbildungs- und Fachschulwesen und eines Schulinspektors für die höheren Schulen.

Senatskommissare Bürgermeister Hildebrand und Senator Dr. Rossmann:

Professor Dr. Diez (L.-B.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte bitten, auch diesen Gegenstand abzusehen und zusammen zu verhandeln mit dem Gesetz über die Wahl der Schulleiter. Zur Begründung möchte ich sagen, daß unsere Fraktion der Meinung ist, daß das Gesetz, betreffend die Wahl der Schulleiter, abzulehnen ist aus grundsätzlichen Bedenken, daß aber, wenn man die Wahl der Schulleiter beschließen sollte, es dann auch recht und billig ist, daß die Schulaufsichtsbeamten in irgendeiner Form gewählt werden. Sollte also die Wahl der Schulleiter beschlossen werden, so werden wir einen Antrag auf Wahl auch der Schulaufsichtsbeamten stellen. Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, daß die jetzige Vorlage heute nicht verhandelt werden kann.

Präsident: Nach diesen Ausführungen von Herrn Professor Diez nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir auch diese Vorlage bis zum 22. August zurückstellen.

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte dem eigentlich widersprechen. Die Begründung, die Herr Direktor Diez gibt, liegt auf einem ganz anderen Gebiet. Er sagt, die eine Vorlage hänge sachlich mit der anderen Vorlage zusammen, und deshalb könnten wir darüber nicht verhandeln. Aber über die Materie selbst sind wir uns alle ganz klar. M. E. ist die Notwendigkeit der Berufung weiterer Schulaufsichtsbeamten hier genügend begründet worden, so daß sie in der Tat geboten erscheint.

Waigand (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es Herrn Professor Diez nachfühlen, daß ihm die Wahl der Schulleiter nicht angenehm ist, und daß er nunmehr glaubt, Obstruktion treiben zu müssen.

Präsident: Ich möchte Sie doch bitten, Mitgliedern dieses Hauses derartige Motive nicht zu unterlegen.

Waigand: Ich denke also, wir könnten heute darüber verhandeln.

Frau Vardenhauer (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn sich die Schuldeputation auch mit der Vertagung der andern Vorlage einverstanden erklärt hat, so können wir doch diese Vorlage unmöglich vertagen, da die Anstellung der Beamten unbedingt nötig ist, um den Ausbau des Fortbildungsschulwesens in die Hand zu nehmen.

Kloß (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich bitte, dem Antrage des Herrn Professors Diez nicht zu entsprechen. Die Bürgerschaft hat mehrfach zum Ausdruck gebracht, wie wichtig es ihr erscheint, daß die Wünsche, die sie in bezug auf den weite werden. Insbesondere verweise ich auf die Verhandlungen der letzten Sitzung, wo Forderungen aufgestellt worden sind über das Fortbildungsschulwesen, denen nicht gedient wird, wenn wir jetzt die Sache wieder vertagen. Die Nationalversammlung muß die Sache konsequent in die Hand nehmen.

Der Antrag auf Absehung des Gegenstandes wird abgelehnt.

Präsident: Wir treten in die Verhandlungen ein.

Senator Rossmann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß alles, was zu dieser Sache gesagt werden mußte, in der Vorlage,

die Ihnen zugegangen ist, gesagt worden ist. Ich kann mich deshalb darauf beschränken, Ihnen einige kurze Erläuterungen zu geben. Wenn in der Vorlage auf den unbefriedigenden Zustand hingewiesen wird, der in der Schulverwaltung daraus resultiert, daß die Arbeit nicht in der fachmännisch wünschenswerten Weise unter den Schulaufsichtsbeamten verteilt ist, so fällt dieser Zustand natürlich nicht einer verflochtenen Schulregierung zur Last. Dieser Zustand erklärt sich aus dem Werdegang unseres Schulwesens einerseits und aus der verhältnismäßigen Kleinheit unserer Schulverhältnisse andererseits. Es ist eine Erfahrung, die jede Verwaltung machen kann, daß eine rationelle Ausgestaltung, die möglichst praktische Verwertung der vorhandenen Kräfte erst dann möglich ist, wenn der Betrieb eine gewisse Größe erreicht hat. Der Senat glaubt nun den Augenblick gekommen, den fachmännischen Organismus, der der Schulverwaltung zur Seite steht, erweitern zu müssen, und damit ist auch die Möglichkeit einer Umgestaltung des Schulaufsichtsapparates gegeben. Warum der Senat den Augenblick jetzt für gekommen erachtet, mehr Schulaufsichtsbeamte anzufordern, das sehen Sie aus dem Inhalt der Vorlage. Ich möchte mir die Mitteilung erlauben, daß Hamburg bereits seit längeren Jahren einen Gewerbe-Schulrat besitzt und in diesem Sommer dazu übergegangen ist, einen zweiten Schulaufsichtsbeamten für dieses Gebiet zu ernennen. Hinsichtlich der Aufgaben, die dem Schulrat für das Fortbildungsschulwesen zufallen würden, möchte ich besonders hinweisen darauf, daß ein Teil seiner Arbeiten sein würde, Kurse einzurichten für die Ausbildung gewerblicher Lehrer. Es wird Ihnen bekannt sein, daß an mehreren Orten des Reiches die Möglichkeit dafür vorhanden ist. Ich brauche nur auf das Charlottenburger Gewerbeschullehrerseminar hinzuweisen, auf die Fortbildungsschulkurse in Leipzig, Düsseldorf usw. Aber ich halte es für sehr wünschenswert, daß auch der bremische Staat sie einrichtet, damit den besonderen Bedürfnissen von Bremens Industrie und Gewerbe Rechnung getragen werden kann. Ich darf noch anfügen, daß die künftige Umgestaltung unserer Verwaltung doch wohl dazu führen wird, auch solche Schulveranstaltungen der Unterrichtsverwaltung zu unterstellen, die ihr bisher noch nicht unterstellt waren, so die Kunstgewerbeschule und die Seefahrtsschule. Beide würden in das Arbeitsgebiet des zu ernennenden Gewerbe-Schulrats fallen. Bei der Festsetzung des Gehalts des Schulinspektors der höheren Schulen haben wir uns von der Auffassung leiten lassen, daß die Arbeitslast, die ihm zugemutet wird, es erfordert, daß er im Gehalt den Direktoren der höheren Schulen gleichzusetzen ist. Bei der Besetzung dieser Stelle kann natürlich nur ein Akademiker in Frage kommen. Für die Stellung eines Gewerbe-Schulrats werden wir uns nach einem besonders auf organisatorischem Gebiet tüchtigen Manne umsehen, da dieser Teil des Schulwesens auf eine ganz neue Basis gestellt werden muß. Für die Besetzung der Schulratsstelle für das

Volksschulwesen und die Inspektorenstellen für die Volksschulen haben wir keine Bindung an eine bestimmte Vorbildung (ob akademisch oder seminaristisch) vorgesehen. Wir glauben, daß wir diese Stellen mit tüchtigen Männern seminaristischer Bildung besetzen können. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß wenigstens, was die Schulratsstelle für das Volksschulwesen angeht, es für den Inhaber dieser Stelle, der ja die Verwaltung der künftigen Grundschule in erster Linie zu führen haben wird, von Wichtigkeit sein wird, doch auch einen gewissen Einblick in das höhere Schulwesen zu haben, das sich auf der Grundschule aufbauen wird. Es wird den Beifall der Mehrheit des Hauses finden, daß die Möglichkeit offen gehalten ist, daß auch Frauen in die zu schaffenden Stellen einrücken können. Es entspricht dies nur der Bedeutung, die die Frauen jetzt schon und künftig noch mehr im öffentlichen Leben einnehmen werden, besonders auch im Schulwesen. Meine Damen und Herren! Gewiß wird den bremischen Steuerzahlern mit dieser Vorlage eine finanzielle Mehrbelastung zugemutet. Aber die Ausgabe, die ihnen zugemutet wird, geschieht für Schulzwecke, also für Kulturzwecke. Sie ist verbendes Kapital, und deshalb glaube ich, daß aus finanziellen Gründen keine Einwendungen gegen die Vorlage erhoben werden.

Präsident: Es ist ein Antrag Diez eingegangen:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Ernennung neuer Schulaufsichtsbeamten erst dann vorzunehmen, wenn das Gesetz betreffs Wahl der Schulleiter verabschiedet ist.

Die Fassung dieses Antrages ist mir nicht ganz klar. Wollen Sie damit sagen: Die Stelle soll heute beschloffen werden, aber die Herren sollen erst ernannt werden, nachdem das Gesetz über die Schulleiter verabschiedet ist?

Professor Dr. Diez (L.-B.): Ich weiß nicht, ob ich gleichzeitig das Wort habe. (Präsident: Ja wohl!) Dann gestatten Sie mir, Herr Präsident, daß ich diesen Antrag kurz begründe. Gegen die Vorlage selbst haben meine Freunde keine Bedenken. Wir werden der Schaffung dieser neuen Stellen zustimmen. Wir freuen uns besonders, daß eine Schulratsstelle auch für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen geschaffen werden soll, denn sie wird durchaus notwendig sein, da das gewerbliche Fortbildungsschulwesen in Zukunft vor bedeutende Aufgaben gestellt sein wird. Ein sehr tüchtiger Mann wird seine ganze Arbeitskraft in den Dienst dieser Sache stellen müssen. Wir werden also diese Stellen bewilligen, auch wenn wir einige Bedenken haben in der Richtung, daß unser Staatshaushalt mit neuen dauernden Ausgaben belastet wird. Denn wir sind uns alle klar darüber, daß ein großer Teil der Ausgaben, die wir zu leisten haben, für Beamtengehälter

verausgibt wird, und daß wir uns dazu sehr genau zu überlegen haben, einmal, ob nicht bestehende Beamtenstellen zu sparen sind, und zweitens, ob neu geforderte Beamtenstellen überhaupt notwendig sind. Aber gegen die Stelle eines Schulrats für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen und auch gegen die Stelle eines Schulrats für das Volksschulwesen haben wir nichts einzuwenden. Man kann zweifeln, ob die Stelle eines Schulinspektors für die höheren Schulen unbedingt nötig ist. Wenn aber die Schulbehörde der Ansicht ist, daß diese Stelle geschaffen werden muß, so bin ich der letzte, der dagegen Widerspruch erhebt. Der Antrag, den ich gestellt habe, geht dahin, daß diese Stellen von uns zwar bewilligt werden, daß aber der Senat ersucht wird, sie erst zu besetzen, wenn das Gesetz über die Wahl der Schulleiter verabschiedet ist. Denn, wie schon erwähnt, stehen meine Freunde auf dem Standpunkt, daß, wenn jenes Gesetz Gesetzeskraft erlangt, es dann auch nötig ist, die Schulaufsichtsbeamten in irgend einer Form zu wählen. Mein Antrag würde also den Zweck haben, daß zwar diese Stellen bewilligt werden, damit der Senat in der Lage ist, die nötigen Vorarbeiten zu treffen, sich z. B. umsehen kann, wer für diese Stellen in Betracht kommt, daß aber nach dem Vorgang des Gesetzes über die Wahl der Schulleiter auch die Schulaufsichtsbeamten dann zu wählen seien. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Präsident: Der Antrag ist also ein Amendement zu dem vorliegenden Antrag der Behörde.

Sonnemann (M.-S.): Ich glaube, daß die Begründung, die Herr Professor Dr. Diez seinem Antrag gegeben hat, uns nicht zu bestimmen braucht, die Sache hinauszuschieben. Es ist sonderbar: so weit, wie Herr Professor Diez in seinem Antrage geht, daß auch die Anstellung der Schulinspektoren durch Wahlen erfolgen soll, so weit geht selbst die Lehrerschaft nicht. Die Lehrerschaft hat für sich nur beansprucht, ein Vorschlagsrecht auszuüben bei der Wahl der Schulinspektoren. Ich kenne nicht die Gründe, die Herrn Professor Diez und seine Gesinnungsgenossen bewegen, auf diesem Wege noch einen bedeutenden Schritt weiter zu gehen, als die Mehrheit der bremischen Lehrerschaft. Jedenfalls liegen die Dinge für uns so, daß wir allerdings auch beanspruchen, daß der Lehrerschaft ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht bezüglich der Anstellung der Schulinspektoren eingeräumt werde. Bei den Verhandlungen, betreffend die Wahl der Schulleiter, ist gerade dieser Punkt immer sehr scharf in den Vordergrund gerückt worden. Man will die Wahl der Schulleiter, um zu Schulleitern nur Männer zu erhalten, die auch das Vertrauen der Kollegiums haben. Dieser selbe Gesichtspunkt wird von der Lehrerschaft auch geltend gemacht bezüglich des vorliegenden Gegenstandes. Man beansprucht, daß nur solche Männer an die Spitze des Schulwesens berufen werden, die das Vertrauen der Lehrer-

schaft besitzen. Der Rahmen könnte ja weit genug gespannt werden. Ich begreife es vom Standpunkt der Schulbehörde, daß sie einige Schwierigkeiten macht in dieser Richtung. Es scheint so, als ob sie allzusehr klebt an ihrem Recht der Ernennung. Aber dieses Recht der Ernennung wird ihr ja gar nicht genommen. Nur in der bisherigen Form soll sie es nicht behalten und da möchte ich hinweisen auf einen Ausspruch eines Beamten der Behörde, eines Mitgliedes der Schulbehörde, in einer Sitzung der Schuldeputation, der ausdrücklich zugab, daß das bisherige System der Ernennung — es handelte sich damals um die Schulleiter — es nicht habe verhindern können, daß ungeeignete Elemente in diese Stellung hineingekommen seien. Diese selbe Logik trifft auch wohl zu bei der Ernennung der Schulinspektoren. Das bisherige System der einfachen Ernennung durch die Behörden bietet uns nicht die Gewähr, daß Leute in diese Stellung hineinkommen, die das Vertrauen der Lehrerschaft besitzen und das selbe nicht missbrauchen, wie wir das bei dem verflochtenen Schulinspektorkörper zu unserem Leidwesen erfahren haben. Unter diesen Umständen verlangen wir, daß der Lehrerschaft ein Vorschlagsrecht eingeräumt werde. Ich deutete schon an, der Rahmen kann weit genug gespannt werden, ohne daß dem Ernennungsrecht der Behörde irgendwie Eintrag geschieht. Es könnten von der Vertretung der Lehrerschaft, dem Lehrerrat oder der Lehrerkammer, fünf bis sechs Männer oder Frauen vorgeschlagen werden, die das Vertrauen der Lehrerschaft besitzen, und aus dieser Zahl könnte die Behörde sich dann diejenigen auswählen, die sie für geeignet hält und sie ernennen. Dann wäre sowohl ihr Recht gewahrt wie auch der Lehrerschaft entgegengekommen und damit ein Zustand geschaffen, der sicherlich auch zum Segen der Schule gereichen würde.

Bürgermeister Hildebrand: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Professor Diez nicht anzunehmen und ruhig der weiteren Entwicklung zu vertrauen, aber auch sie abzuwarten. Herr Sonnemann hat ausgeführt, in welcher Weise er sich eine Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Wahl von Schulaufsichtsbeamten denkt. Ob diese Form die richtige ist, das zu prüfen sind wir noch nicht in der Lage gewesen. Es fehlen auch insofern dafür noch die Voraussetzungen, als wir ja ein allgemein anerkanntes und namentlich mit den Behörden bereits in Verbindung stehendes Organ der Lehrerschaft noch nicht haben. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß ein solches Organ im Laufe der Zeit geschaffen werden wird, und die Schulbehörde hat die feste Absicht und den ernststen Wunsch nach einem Zusammenarbeiten. Sie wird sich freuen, wenn bald ein Zusammenarbeiten erfolgen kann. Sie hat ihrem Wunsche und ihrer Stellung zur Sache auch schon vor längerer Zeit Ausdruck gegeben, und ich hoffe, daß etwas ersprießliches bei den Verhandlungen herauskommen wird.

Wie gesagt, ich kann mich nicht darüber äußern, ob in der Form, wie Herr Sonnemann es ausgeführt hat, bei der Wahl von Schulaufsichtsbeamten eine Mitwirkung der Lehrerschaft möglich ist. Daß aber auch die Schulbehörde anerkennt, daß in genügender Weise eine Mitwirkung zu erfolgen hat, kann ich erklären. Auch seither schon hat eine solche Mitwirkung nicht vollständig gefehlt, und sie würde künftig nicht fehlen, wenn selbst in Beziehung auf diesen Punkt alles beim gegenwärtigen Zustand bliebe. In der Schuldeputation befinden sich jetzt erheblich mehr als früher Vertreter der Lehrerschaft; alle diese Herren und Damen haben Fühlung mit ihren Kollegentreisen, deren Ansichten und Stellung bei Wahlen und Wahlvorschlägen daher indirekt schon jetzt in weitgehendem Maße zur Geltung kommen können. Es scheint auch mir richtig, daß ein Organ der gesamten Lehrerschaft geschaffen und auch mit diesem Fühlung gesucht wird. An die Schuldeputation ist schon der Gedanke herangetreten, daß Vertreter der Lehrerschaft, durch ein Organ der Lehrerschaft gewählt, in der Schuldeputation ihren Platz finden möchten. Auch das wird weiter zu erwägen sein. Näheres über die Form einer Vertretung der Lehrerschaft möchte ich im Augenblick nicht sagen. Wir müssen die weitere Entwicklung abwarten. Man sollte aber die Vorlage wegen der Schulaufsichtsbeamten nicht aussetzen, bis die Vorlage der Schulleiter verabschiedet ist. Das würde dazu führen, daß erst zu einem viel späteren Zeitpunkt an die wirkliche Wahl herangetreten werden könnte, während die Vorbereitungen dazu schon in der Zwischenzeit getroffen werden sollten. Wir haben ein dringendes Interesse, recht bald für die Schaffung und Besetzung dieser Stellen zu sorgen und ich möchte nochmals bitten, keine Verschiebung eintreten zu lassen.

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegen die Schaffung neuer Beamtenstellen lassen sich natürlich gute Gründe anführen, und wir müssen sehr vorsichtig sein, aber in diesem Falle läßt sich in der Tat kein Bedenken dagegen geltend machen, die Zahl der Schulaufsichtsbeamten zu vermehren. Die vorhandenen Herren sind derart überlastet mit Verwaltungsgeschäften, daß sie den höhern Aufgaben nicht gerecht werden können. Es ist bedauerlich, daß die Schulaufsichtsbeamten in keiner Weise sich beteiligen können an dem pädagogischen Leben in den Vereinen und Körperschaften. Das können sie gar nicht, sie sind vollständig erschöpft durch die Arbeiten, die sie zu erledigen haben. Es wäre auch sehr wünschenswert, wenn den Herren Zeit bliebe, einmal allgemeine pädagogische Fragen gründlich zu erörtern. Aber dazu fehlt den Herren Zeit und Kraft. Bei dieser Überlastung ist es durchaus notwendig, daß wir dafür sorgen, daß mehr Herren zur Verfügung gestellt werden.

Dem Antrage des Herrn Professor Dieß werden wir nicht zustimmen. Wir sehen nicht ein, weshalb wir auf einer etwas abschüssigen Bahn mit Gewalt weiter-

gehen sollen, die wir beschreiten werden mit der Einrichtung der Wahl der Schulleiter, oder wir müßten die ganze Sache ausdehnen auf das gesamte Beamtentum. Uns das gründlich anzusehen, dazu dürfte aller Anlaß vorliegen. Daß die Lehrerschaft bei der Wahl der Schulaufsichtsbeamten in irgendeiner Form mitwirkt, ist durchaus erwünscht. Wenn das nicht in der Form geschehen kann, wie es von der Lehrerkammer erwünscht wird, daß ihr ein Vorschlagsrecht zugestanden wird, dann vielleicht in der Weise, daß die Lehrerkammer, die demnächst konsolidiert wird und nach den Ferien sich neu konstituieren wird, ein Einspruchsrecht bekommt. Es liegt auf der Hand, daß die Lehrerkammer nicht in der Lage ist, z. B. einen geeigneten Mann vorzuschlagen, der mit den Schulaufsichtsgeschäften betraut werden könnte hinsichtlich der Fortbildungsschule. Dazu fehlen ihr die nötigen Kenntnisse. Das ist eine Sache, die weiter geprüft werden muß. Die Lehrerkammer hat vor kurzem ihre Verfassung beschlossen. Diese Verfassung wird demnächst an die Behörde und an die Nationalversammlung gebracht werden und hoffentlich dann Zustimmung finden. Dann haben wir eine gesetzlich anerkannte Vertretung der Lehrerschaft, mit der wir sehr gut arbeiten können.

Ich möchte bitten, der Vorlage der Schuldeputation zuzustimmen und die beantragten Stellen zu bewilligen.

Professor Dr. Dieß (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch wenige Worte. Ich danke Herrn Sonnemann für die Begründung, die er meinem Antrage gegeben hat, denn das, was er gesagt hat, läßt erkennen, daß er ganz und gar auf dem Boden meines Antrages steht. Ich habe nicht gemeint, daß ich mir die Sache so dachte, daß die Schulaufsichtsbeamten von der gesamten Lehrerschaft gewählt werden sollen, sondern wie es gemacht werden soll, wird sehr gründlich in der Schuldeputation überlegt werden müssen. Aber im ganzen glaube ich, daß Herr Sonnemann und seine Freunde auf dem Standpunkt stehen, daß gegen den Antrag, wie ich ihn gestellt habe, nichts einzuwenden ist. Ich glaube auch nicht, daß durch diesen Antrag eine Verzögerung der Angelegenheit eintritt, denn wir werden am 22. August das andere Gesetz verabschieden. Bis dahin können die Vorarbeiten für die Berufung der neuen Beamten ruhig weiter gefördert werden, so daß man weiß, wie etwa die Schulaufsichtsbeamten in Zukunft ernannt oder gewählt werden sollen. So ist bis dahin nichts versäumt.

Herr Karrenberg meinte, man solle auf der abschüssigen Bahn nicht weitergehen. Der Ansicht bin ich auch, aber man kann nun einmal nicht das eine tun und dann das andere lassen, denn es gilt in viel höherem Maße für die Schulaufsichtsbeamten, daß sie das Vertrauen derjenigen besitzen müssen, über die sie die Aufsicht zu führen haben, als für den Schulleiter, der nicht nur für die Lehrer, sondern auch für die Eltern Ver-

trauensmann sein muß. Ich bitte nochmals, meinem Antrag zuzustimmen.

Frau Bardenheuer (M.-S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Was ich zur Sache sagen wollte, ist durch die Ausführungen des Herrn Bürgermeister Hildebrand erledigt. Ich will nur noch erwähnen, daß es einigermaßen interessant war, zu hören, daß Herr Professor Diez den Antrag auf Wahl der Schulaufsichtsbeamten durch die Lehrer stellt, nachdem er sich gegen die Wahl der Schulleiter gestraut hatte. Es ist allerdings ein Unterschied, ob man Schulleiter oder Schulaufsichtsbeamte wählt. Die Schulleiter bilden mit den Kollegen an der Schule ein Ganzes, sie müssen Vertraute des Kollegiums sein, die Schulaufsichtsbeamten sind Vertrauensleute der Behörde, und sie sollen auch eine Garantie für die Elternschaft sein dafür, daß die Schule nicht eine Einrichtung für Lehrer ist, sondern daß die Interessen der Eltern wahrgenommen werden müssen. Man darf die beiden Dinge nicht nach einem Schema beurteilen. Wenn Herr Karrenberg die Annahme der Vorlage wegen der Wahl der Schulleiter eine Handlung nennt, die notwendig auf eine abschüssige Ebene führe, so muß ich dagegen entschieden protestieren. Meine Fraktion sieht darin einen Schritt vorwärts, aufwärts, nicht einen Schritt abwärts. Meine Fraktion wird der Vorlage, so wie sie ist, zustimmen. (Beifall.)

Senator Donath (M.-S.): Ueber die Wichtigkeit der Vorlage, Herr Präsident, meine Damen und Herren, will ich mich nicht äußern, das hat Herr Senator Rossmann bereits getan. Aber daß Herr Professor Diez diesen Antrag gestellt hat, den Schulinspektor durch das Lehrerkollegium wählen zu lassen, wundert mich, es berührt mich eigenartig, das gerade aus dem Munde des Herrn Professor Diez zu hören, der bisher doch immer gegen die Wahl der Leiter durch die Lehrer gewesen ist. (Faust: Er stellt sich auf den Boden der Revolution!) Wenn Herr Sonnemann sagt, die Lehrer verlangten das sogenannte Vorschlagsrecht auch bei der Anstellung von Schulinspektoren, so geht das zu weit. Herr Sonnemann hat da als Lehrer, nicht als Vertreter unserer Fraktion gesprochen. Die Fraktion hat in ihrer großen Mehrheit Bedenken gegen ein solches Ansinnen der Lehrerschaft. Die Schulinspektoren sind in erster Linie Vertrauensleute der Regierung, nicht der Lehrerschaft. Und wenn es gestattet wird, die kleinen Verhältnisse in Bremen auf die größeren in Preußen zu übertragen, so würde es dem Kultusminister Haenisch nie einfallen, seine Geheimräte, die Unterbeamten und Sekretäre, also seine Vertrauensbeamten, durch Beamte wählen zu lassen. Es ist auch nicht zu vergessen, daß die Regierung für die Handlungen dieser Beamten verantwortlich ist, und wenn sie im Namen der Regierung Maßnahmen treffen, die von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gebilligt werden, so kann jetzt die Regierung dafür zur Rechenschaft gezogen werden, so daß sie abzutreten hätte. Es dürfte sich aber wohl ein Weg

finden lassen, daß die Lehrerschaft oder die von ihr beauftragten Personen frühzeitig genug über die Personen, die zu Schulinspektoren in Aussicht genommen sind, unterrichtet werden, und daß sich die Lehrerschaft dann gutachtlich äußern kann. Nur muß die Lehrerschaft sorgen, daß die Satzungen der von ihr zu schaffenden Lehrerkammer bald die gesetzliche Sanktion erhalten. Ich bitte, die Vorlage anzunehmen.

Lüdekking (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist, wie es scheint, ein Streit darüber, in welcher Form der Lehrerschaft ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden soll. Grundsätzlich hat sich Herr Donath nicht dagegen erklärt, er hat aber gemeint, der Schulinspektor müsse ein Vertrauensmann der Regierung sein. Aber gerade in Bremen haben die Verhältnisse gezeigt, daß man dem Umstande, daß ein Schulinspektor ein Vertrauensmann der Behörde ist, nicht allzugroße Wichtigkeit beilegen sollte. (Sehr richtig!) Man muß doch sagen: Schulinspektor Köppe war ein Vertrauensmann der Behörde (Zuruf: Inzwischen haben wir aber eine andere Regierung erhalten!), er war von der Behörde ernannt, von ihr unter einer Reihe von Bewerbern ausgesucht, und jedenfalls hat die Regierung ihm das Vertrauen geschenkt, daß er sein Amt im Sinne der bremischen Regierung führen werde. Aber das Gegenteil ist eingetreten. Die Lehrerschaft wünscht, daß sie in solchen Fällen an amtlicher Stelle gehört wird, daß ihr also in gewissem Sinne ein Mitbestimmungsrecht verliehen wird. Wir denken dabei absolut nicht daran, irgendwie in die Rechte der Behörden einzugreifen. Ich glaube aber, wer sich die Sache richtig überlegt, muß zugeben, daß nur unter Beteiligung dieser beiden Faktoren eine gewisse Gewähr dafür gegeben werden kann, daß eine richtige Wahl getroffen wird. Wenn die Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit gefragt wird, und wenn die Organe, die sie sich selbst geschaffen hat, erklären: „Wir halten den oder den für den Posten für geeignet“, ist es ziemlich ausgeschlossen, daß solche Fehlgriiffe gemacht werden, wie sie unter dem alten System vorgekommen sind. Wenn die Lehrerschaft eine größere Anzahl von Vorschlägen macht und die Behörde aus diesen sich den ihr genehmen aussucht, so wird man beiden gerecht. Ich möchte deshalb beantragen, wenn es Herr Sonnemann nicht tut,

daß der Lehrerschaft ein Vorschlagsrecht eingeräumt werde.

(Präsident: Das hat Herr Sonnemann schon beantragt!) Dann bitte ich, dem zuzustimmen.

Präsident: Herr Sonnemann hat den Antrag gestellt:

Die Nationalversammlung stimmt der Vorlage unter der Bedingung zu, daß der Vertretung der Lehrerschaft bei der Anstellung der Schulinspektoren das Vorschlagsrecht eingeräumt wird.

Senatskommissar Bürgermeister Hildebrand: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es kommt mir vor, als ob die Person des früheren Schulinspektors Köppe reichlich viel in die Debatte hineingezogen würde. Ich glaube, man sollte diesen Mann ruhen lassen. Die Behörden haben sich Herrn Köppe anders gedacht, als er sich nachher gezeigt hat — aber irren ist menschlich, und niemand wird eine Garantie dafür übernehmen wollen, daß bei Wahlen nicht auch künftig Mißgriffe vorkommen können. Wenn demnächst die Schulleiter von den Lehrerkollegien gewählt werden, so wird damit zu rechnen sein, daß auch hier Mißgriffe erfolgen können. Die Frage ist nur, bei welchem Verfahren die meisten Garantien gegeben sind. Es ist begreiflich, daß die Lehrerschaft bei der Wahl der Schulaufsichtsbeamten eine Mitwirkung haben möchte, und ich zweifle nicht, daß sich dafür ein Modus finden lassen wird, der beide Teile zufriedenstellt. Aber ich möchte dringend bitten, die Verabschiedung der Vorlage nicht an eine Bedingung zu knüpfen, wie sie von den Herren Sonnemann und Lüdeking anscheinend gewünscht wird. Für eine Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Wahl von Schulaufsichtsbeamten sind sehr verschiedene Wege denkbar. Es könnte der Lehrerschaft ein Vorschlagsrecht eingeräumt werden, so daß die Behörde gebunden wäre, unter den vorgeschlagenen Personen zu wählen; es könnte aber auch erst die Behörde eine Auswahl treffen und über den oder die Kandidaten dann die Meinung der Lehrerschaft einholen. Bei dem ersten Wege würde es unter Umständen wenigstens nicht ausgeschlossen sein, das Wahlrecht der Behörde illusorisch zu machen, indem neben einem einzigen ernsthaften Kandidaten, den die Lehrerschaft wünscht, lauter Strohmannen präsentiert würden, so daß die Behörde wohl oder übel den ersteren wählen müßte. Mir scheint daher der andere Weg richtiger, wonach die Behörde diejenigen Beamten, die sie selbst für geeignet hält, dem Organ der Lehrerschaft namhaft macht und so Gelegenheit gibt, etwaige Einwendungen geltend zu machen. Auch mit diesem Verfahren könnte meines Erachtens die Lehrerschaft zufrieden sein, da er allen ihren berechtigten Interessen Rechnung trägt. Jedenfalls bitte ich dringend, nicht die Bedingung zu beschließen, die von den Herren Sonnemann und Lüdeking gestellt ist, sondern die Vorlage anzunehmen, wie sie vorliegt.

Fauth (M.-S.): Der von Herrn Sonnemann gestellte Antrag ist nicht im Auftrage unserer Fraktion gestellt worden. (Hört, hört!) Ich wende mich nicht gegen den Antrag an sich, sondern nur gegen den Antrag, weil er nicht von der Fraktion gestellt ist.

Lüdeking (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme Herrn Bürgermeister Hildebrand darin zu, daß keines der beiden Verfahren die sichere Gewähr dafür gibt, daß immer der geeignetste gewählt wird. Das von mir empfohlene Verfahren

bietet aber sicher die größere Gewähr. Wenn Köppe, der, soviel ich weiß, noch nicht ruht, von mir in die Debatte gezogen worden ist, so habe ich das nur getan, um ein Beispiel anzuführen, allerdings ein recht trasses. Ich glaube auch nicht, daß die Fachleute, wenn sie ein Vorschlagsrecht haben, nur einen geeigneten Kandidaten und im übrigen Nullen vorschlagen werden. Sicher scheint mir aber zu sein, wenn beide Faktoren zusammenwirken, man schließlich zu dem richtigen und besten Vertreter kommen wird. Ich sehe nicht ein, inwieweit das Vorschlagsrecht zu weitgehend sein soll. Im übrigen braucht die Behörde ja auch nicht daran gebunden zu werden. Die Vertreter der Lehrerschaft sollen ein Vorschlagsrecht haben, die Behörden könnten aber erklären: Uns scheint keiner von denen, die uns präsentiert sind, geeignet, wir können keinen von ihnen gebrauchen (Dr. Küller: Dann muß die Bestimmung aber anders gefaßt werden!), so daß Verhandlungen zwischen der Behörde und der Lehrerschaft stattzufinden hätten. An die vorgeschlagene Form werden wir uns nicht binden, es muß aber der Vorschlag der Lehrerschaft wohlwollende Berücksichtigung erfahren.

Dr. Küller (U. S.): Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen meines Parteifreundes Lüdeking würde es meines Erachtens richtig sein, wenn das Wort „Vorschlagsrecht“ nicht hineinkäme. Herr Lüdeking hat selbst gemeint, die Behörde soll nicht an die Vorschlagsliste gebunden sein. Auch in den Besprechungen, die ich mit Herrn Lüdeking hatte, war das nicht seine Meinung. Insbesondere nicht, daß die Wahl der Schulinspektoren ausschließlich durch die Lehrerschaft erfolgen solle, sondern nur unter ihrer Mitwirkung. Daß die Lehrerschaft, wenn sie Wahlvorschläge zu machen hätte, meinetwegen zehn Vorschläge, neun nennen würde, die gar nicht in Betracht kämen, um bei dem zehnten ihren Willen durchzusetzen, auch das ist nicht die Meinung des Herrn Lüdeking.

Bürgermeister Hildebrand: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann nur nochmals bitten, die Sache nicht mit einer solchen Bedingung zu belasten. In diesem Augenblick besteht noch gar kein Organ, das gefragt werden könnte. Ein solches muß doch erst einmal vorhanden sein und zwar so, daß auch die Behörde es hat anerkennen können. Man sollte doch nicht an dem guten Willen der Behörde zweifeln, mit der Lehrerschaft vertrauensvoll zusammenarbeiten zu wollen. Sobald ein solches Organ besteht, ist der Weg zur Erfüllung Ihrer Wünsche gegeben. Das ist auch der Lehrerschaft gegenüber in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht worden, und damit kann man sich wirklich beruhigen. Wir haben in der Schulbehörde keine Lust, alte Kämpfe wieder auferstehen zu lassen, sondern sind bereit, uns auf den Boden gegenseitigen Vertrauens zu stellen, aber wir können nicht zustimmen, daß Bedingungen gestellt werden, deren Erfüllung zurzeit gar nicht möglich ist.

Präsident: Ich möchte lediglich bemerken, daß der Antragsteller mir gesagt hat, gleich nach den Ferien würde die Lehrerkammer in gesetzlicher Form zustande kommen.

Bürgermeister Hildebrand: Um sich eine Verfassung zu geben, die auch die Behörde anerkennen soll, genügt doch nicht eine Beschlußfassung der Lehrerschaft, sondern es ist ebenso eine Verständigung im einzelnen mit der Behörde, vielleicht sogar eine Befragung der Nationalversammlung erforderlich. Es ist damit zu rechnen, daß bei manchen Punkten sich Bedenken ergeben, deren Erörterung oder Beseitigung Zeit erfordert. Es bleibt sodann die Frage, ob die gesamte Lehrerschaft sich über die Grundlagen einer einheitlichen Verfassung verständigt, oder ob eine Verschiedenheit der Auffassungen bleibt. Tatsache ist doch, soweit ich aus den Zeitungen weiß, daß seither keine allseitige Uebereinstimmung der Meinungen erzielt ist, obgleich Verhandlungen sich über einen langen Zeitraum erstreckt haben. Jetzt sind Ferien. Die Herren sind also augenblicklich gar nicht in der Lage, die Verhandlungen zu Ende zu führen. Weder Herr Sonnemann noch Herr Lüdekking werden eine Garantie dafür übernehmen können, daß in einigen Wochen ein allseitig gebilligter Entwurf der Lehrerschaft vorliegt. Im übrigen ist Herr Sonnemann in der Schuldeputation und hat dort Gelegenheit, bei der Wahl der Schulbeamten in der nachdrücklichsten Weise mitzuwirken, und nicht nur Herr Sonnemann, sondern auch Herr Mannier, Frau Bardenheuer, und verschiedene andere Damen und Herren, die dem Lehrerstande angehören oder angehört haben, sind als Mitglieder der Schuldeputation in der gleichen Lage.

Präsident: Herr Sonnemann hat seinen Antrag dahin abgeändert, daß er sagt:

Die Nationalversammlung stimmt der Vorlage unter der Bedingung zu, daß der Vertretung der Lehrerschaft bei der Anstellung der Schulinспекtoren ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

Herr Sonnemann sagt mir soeben, er gebe zu, daß es nicht eine verfassungsmäßig exakte Vertretung ist, aber es würde immerhin eine Vertretung sein, mit der die Behörde verhandeln könne.

Lüdekking (U. S.): Die Sache liegt so, daß sich die bisherige Lehrerkammer selbst zunächst eine Verfassung entworfen hat. Dieser Entwurf ist, nachdem er vom Lehrerrat, von einem Ausschuss, in einer ganzen Reihe von Sitzungen durchberaten worden ist, von der Lehrerkammer in zwei Sitzungen verabschiedet und angenommen worden. Der Lehrerrat ist beauftragt, auf Grund dieser Verfassung die neue Lehrerkammer gleich nach den Ferien einzuberufen. Es ist also bestimmt voranzusehen, daß etwa zwei Wochen nach den Ferien diese neue Lehrerkammer, von der auch die Behörde an-

erkennen wird, daß sie in Verhandlung mit ihr treten kann, konstituiert sein wird. (Wenn es so ist: Auf gesetzlicher Grundlage!)

Dr. Künfler (U. S.): Ich wollte den Zwischenrufer nur darauf hinweisen, daß meiner Meinung nach die Nationalversammlung bereits einen solchen Beschluß bei anderer Gelegenheit gefaßt hat, wozu das frei gewählte Organ, auch ohne daß seine Stellung gesetzlich begründet ist, die Möglichkeit zur Mitwirkung zugebilligt erhalten hat.

Das Amendement Dieß wird abgelehnt.

Präsident: Wir müssen nun über die Fassung des Herrn Sonnemann zuerst abstimmen.

Der Antrag Sonnemann wird abgelehnt.

Die Vorlage des Senats wird angenommen.

7. Bewilligung von weiteren zehn ordentlichen Lehrkräften an den gewerblichen Schulen.

Senatskommissar Senator Dr. Roßmann, dessen Beigeordneter Schulrat Prof. Pöple.

Für die Schuldeputation Mannier (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Begründung dieser Vorlage ist so eingehend, daß man sich kurz fassen kann. Daß die Zahl der Lehrer an den gewerblichen Schulen nicht genügt, das muß jeder sagen, der die Verhältnisse genau kennt. Auch ich habe Gelegenheit, an der gewerblichen Schule nebenamtlich tätig zu sein, und ich bin der Meinung, daß ein geordneter Unterricht gerade an einer solchen Anstalt nur mit hauptamtlichen Lehrkräften durchführbar ist. Ich kann nur bedauern, daß die gewerblichen Schulen bisher sich mit einer solchen Ueberfülle von nebenamtlichen Kräften haben befaßen müssen. Von den zehn geforderten Lehrkräften sollen sechs seminaristisch, und vier fachlich vorgebildet sein; die Begründung dieser Verteilung ist Sache der Behörden. Ich möchte aber auf einen anderen Punkt hinweisen: die Ausbildung unserer Lehrkräfte, auch der hauptamtlichen, ist nach meiner Ansicht durchaus ungenügend, und die Behörde würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie für die Ausbildung der Gewerbelehrer jetzt in aller Kürze wenigstens Kurse und später vielleicht ein Seminar errichten würde. Die Ausbildung der Lehrerschaft soll sich nicht nur beziehen auf die seminaristisch vorgebildeten Lehrkräfte an diesen Anstalten, sondern auch auf die fachlichen, und zwar hätte sie so zu erfolgen, daß die seminaristisch gebildeten Lehrkräfte vor allem mit den Fachkenntnissen mehr vertraut gemacht würden, die fachlichen Vorgebildeten mehr mit den Erziehungsproblemen sich befaßen müßten. Das ist sehr vorteilhaft und außerordentlich wünschenswert, und ich möchte hiermit der Behörde die Anregung gegeben haben. Ich muß andererseits darauf hinweisen, daß die gewerblichen Schulen an Ausdehnung durch die Vorlagen, die wir angenommen haben, ganz gewaltig

zunehmen werden, und daß wir dann auch genügend vorgebildete Lehrkräfte haben müssen. Auch diese Sache müßte jetzt in der Senatskommission geprüft werden, und es wäre vielleicht gut, durch geeignete Kurse dafür zu sorgen, daß wir, ehe wir diese Anstalten soweit ausgebaut haben, daß der Unterrichtsbetrieb voll ausgebaut wird, dann schon gut vorgebildete Gewerbelehrer und -lehrerinnen einstellen können. Bei den nebenamtlichen Lehrkräften liegt die Sache auch nicht sehr günstig. Es ist bisher so gehandhabt worden, daß sich irgend einer um eine solche Stelle bei der Leitung der Schule bewerben kann, und daß dann seinem Gesuch eventuell Folge gegeben wird. Die Behörde selbst hat auf die Anstellung dieser nebenamtlichen Lehrkräfte durchaus keine Einwirkung, soweit ich das feststellen kann. Aber die Verantwortung, die die Behörde dadurch übernimmt, daß sie solche nebenamtlichen Lehrkräfte zuläßt, ist sehr schwer. Diese Verantwortung müßte doch die Behörde auch veranlassen, bei der Anstellung der nebenamtlichen Lehrkräfte schon ein Wort mitzureden, und ich möchte die Behörde bitten, einmal zu überlegen, ob es nicht angeht, daß auch für diese Stellen Ausschreibungen vorgenommen werden, um die befähigteren Köpfe herauszufinden. Diese Anregung möchte ich gegeben haben. Im übrigen bitte ich namens meiner Fraktion, dieser Vorlage zuzustimmen.

Wallemann (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Gewerbetreibende können wir von dieser Vorlage nicht vorbeigehen. Was der Herr Vorredner ausgeführt hat, spricht aber gegen die Vorlage. Zunächst ist uns in diesem Falle nicht gesagt worden, wieviel Stunden im einzelnen von den seminaristisch gebildeten und den Fachlehrern gegeben werden. Des weiteren ist uns nicht gesagt worden, ob die neuen Lehrkräfte seminaristische oder Fachlehrer sein sollen. Aber angenommen, es sollen Fachlehrer sein, so haben wir vom gewerblichen Standpunkt aus das Bedenken, daß diese Fachlehrer, wenn sie einige Jahre im Unterricht tätig gewesen sind, der Entwicklung der Technik, wie sie im gewerblichen Leben vor sich geht, nicht mehr folgen können. Die Sachlage ist folgende: Wenn wir z. B. von meinem Gewerbe aus nur einige Jahre zurückblicken, so sehen wir, daß wir im Beleuchtungsgewerbe zuerst das Petroleum hatten, dann das Gas und schließlich die Elektrizität. Wenn ein Lehrer 25 oder 30 Jahre alt ist, und er soll den Gang der Entwicklung mit erleben, dann muß er, wie gesagt worden ist, auf der Schule sein, er muß täglich auf der Schule sein. Und diese Schule sollte man nicht von Staatswegen errichten und die Lehrer nicht noch einmal wieder in die Schule schicken, sondern man sollte die Lehrer für die gewerblichen Schulen aus dem praktischen Leben nehmen, man sollte sie als Fachlehrer im Nebenamt weiter beschäftigen. Das ist nach meinem Dafürhalten viel einfacher, als wenn wir den weiten Weg machen. Daß wir Mangel an solchen Lehrern hätten, das glaube

ich nicht. Man braucht nicht zu Hinz oder Kunz zu laufen, sondern wendet sich nur an die Korporationen oder an die Kammern. Dort wird man Ihnen die Aufklärung geben, wo solche Lehrer zu finden sind. Ich kenne sehr viele Fachlehrer, die vielleicht mehr Pädagogik in sich haben als natürliche Veranlagung, als andere Lehrer, die seminaristisch vorgebildet sind und denen wir eine gewisse Pädagogik absprechen müssen. Unter solchen Verhältnissen möchte ich bitten, insbesondere, da noch nicht festgestellt ist, daß der Unterricht durch die Fachlehrer teurer werden würde, daß wir vorläufig die Deputation für das Schulwesen beauftragen, einen Bericht zu erstatten, aus dem zu ersehen ist, welche und wieviele Unterrichtsstunden in den gewerblichen Schulen in den einzelnen Fächern einerseits von den seminaristischen Lehrern und andererseits von den Fachlehrern erteilt werden. Bis zur Erstattung dieses Gutachtens bitte ich die Vorlage zurückzustellen.

Hormann (D.): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Wunsch des Herrn Wallemann zu weit geht. Von den 755 Stunden, die von nebenamtlich beschäftigten Lehrkräften erteilt werden, sollen in Zukunft nur 240 von festangestellten Lehrkräften erteilt werden, es bleiben also noch 515 Stunden übrig, so daß wahrscheinlich die Fachleute an der Gewerbeschule reichlich Gelegenheit haben, tätig zu sein, auch nebenamtlich. Ich glaube, daß in dieser Beziehung schwere Bedenken zur Zeit wenigstens nicht zu erheben sind, und man sollte nicht die Genehmigung dieser Vorlage von einem Bericht abhängig machen. Es wäre aber praktisch, wenn die Gewerbeschule, wenn der Jahresbericht uns zugehen wird, uns genaue Aufklärung gibt, inwieweit die fachlichen Lehrkräfte bei der Erteilung dieser Stunden in Frage kommen. Ich glaube, damit würde auch dem Wunsche des Herrn Wallemann voll Genüge geleistet sein. Ich vermiße überhaupt in der Vorlage, daß nicht angegeben ist, wieviele Volksschullehrer und wieviele Fachlehrer fest angestellt werden sollen. Es wäre zweckmäßig gewesen, das anzugeben. Dadurch würden auch die Bedenken des Herrn Wallemann jedenfalls zerstreut worden sein. Die Budgetkommission hat sich mit der Frage beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen die Vorlage empfehlen zu müssen. Sie ist auch damit einverstanden, daß der Posten „Hilfsunterricht“ in Anbetracht der Erhöhung der Stundenlöhne nicht herabgesetzt wird.

Stücker (Ber.): Meine Damen und Herren! Wie das allgemeine Schulwesen durch Einführung der Einheitschule eine allgemeine Neuordnung erfahren wird, so ist auch bei dem Fachschulwesen in großzügiger Weise eine neue Grundlage erforderlich. Das Fortbildungsschulwesen befriedigt noch nicht. Für Industrie, Handel und Gewerbe ist der Ausbau von größter Bedeutung und daher Gewicht darauf zu legen, daß der Nachwuchs hier ein besonders guter sein wird. Bis-

her wurde der Unterricht an den Gewerbeschulen zur Hälfte durch seminaristische, zur anderen Hälfte durch Fachlehrer, größtenteils nebenamtlich, erteilt. Dadurch, daß die Einheitschule der Fachschule weit mehr Schüler zuführen wird als bisher, wird es möglich sein, in der Fachschule den Fachunterricht als solchen weit mehr auszubauen. Der Name sagt schon, daß wir mit Fachschulen zu tun haben und daß diese Schüler ganz besonders für ihre eigentliche Tätigkeit die erforderlichen Fachkenntnisse erwerben sollen. Das soll nun geschafft werden durch neue ordentliche Lehrerstellen. Das kann nur von Vorteil sein, weil der nebenamtliche Unterricht niemals den Erfolg erzielen kann wie ein hauptamtlicher. Aber gerade auf diesen Punkt kommt es an. Man sollte viel mehr Gewicht legen auf den fachlichen Unterricht. Es wurde von Herrn Mannier angeführt, daß vielleicht sechs seminaristische und vier fachliche Lehrer vorzusehen seien. Ich möchte gerade das Gegenteil befürworten, mehr fachliche Lehrer wie seminaristische. Was die pädagogische Veranlagung anbetrifft, so möchte ich behaupten, daß dies mehr eine natürliche Veranlagung ist, als daß solche sich erlernen läßt. Gewiß wäre es in dieser Beziehung vorteilhaft, Vorbereitungskurse einzuschalten, aber hierfür eigene Seminare zu errichten, würde zu weit gehen.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat und die Schuldeputation, bei Schaffung der zehn ordentlichen Lehrerstellen an den gewerblichen Schulen, acht Lehrer mit fachlicher und zwei Lehrer mit seminaristischer Vorbildung zu berufen, den Schulplan entsprechend zu ändern zwecks Förderung des fachlichen Unterrichts.

Loße (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß Gewerbe und Industrie ein lebhaftes Interesse daran haben, daß möglichst viele Fachlehrer angestellt werden, ist nicht zu bezweifeln. In diesem Sinne stimme ich mit Herrn Walsemann und meinem Vorredner überein. Aber ob wir hier als Nationalversammlung so ohne weiteres feststellen können, acht Fachlehrer und zwei seminaristisch gebildete müssen es sein, möchte ich sehr bezweifeln. Da sollten wir Vertrauen zur Behörde haben, daß man dort den richtigen Weg finden wird und es bei den Wünschen genügen lassen. Herr Walsemann wies darauf hin, daß sehr viele Nebenstunden schon heute gegeben werden, aber er meinte, daß der Fachunterricht gänzlich nebenamtlich gegeben würde. Ich weiß nicht, ob das erwünscht ist. Aus der Vorlage geht hervor, daß wir zur Zeit 18 hauptamtliche Lehrkräfte und 3 nebenamtliche haben. Das ist ein Mißverhältnis. Herr Stüger sagte richtig, allgemein muß man davon ausgehen, daß die hauptamtlichen Lehrkräfte die erwünschteren sind. Ich weiß nicht, ob es gerade richtig ist, immer nur Gelegenheit zu schaffen, daß der Beamte Nebenstunden ausübt. Die Frage müßte einmal gelegentlich mehr beleuchtet werden, ob es richtig ist, ge-

wissermaßen die Vorschriften zu erlassen: Du mußt Nebenstunden geben. Die Gehälter unserer Beamten müssen so gestellt sein, daß sie für die hauptamtliche Tätigkeit ausreichendes Gehalt bekommen und nicht auf Nebenverdienst angewiesen sind. Besonders die Arbeiter betonen: Nebenstunden sind Raubbau an der Gesundheit. So müssen wir in bezug auf unsere Lehrer auch sagen. Ich wollte im übrigen nur kurz erwähnen, daß wir im Jahre 1914 eine Schülerzahl von 3110 hatten. Damals hatten wir 18 hauptamtliche Lehrer. Jetzt ist die Schülerzahl auf 4555 gestiegen und jetzt werden 10 neue Kräfte verlangt. Es sind fünf Kriegsjahre gewesen. Wäre kein Krieg gewesen, würden wir jedes Jahr zwei Lehrkräfte beantragt und bewilligt haben. Es geht also über den Rahmen des Normalen absolut nicht hinaus. Ich möchte bitten, dem Antrag der Behörde zuzustimmen.

Senator Dr. Roman (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Mannier hat den Wunsch geäußert, daß die Behörde größeren Einfluß üben möge bei der Anstellung von nebenamtlichen Lehrkräften an den gewerblichen Schulen. Die Sachlage ist jetzt die, daß der Leiter der gewerblichen Schulen die Herren aus der Reihe der sich bei ihm Meldenden aussucht und ihre Anstellung der behördlichen Genehmigung unterliegt. Praktischen Erfolg wird die Anregung von Herrn Mannier erst dann haben, wenn wir wirklich dazu gekommen sind, die von mir gewünschten Kurse für die Ausbildung von Gewerbelehrern einzurichten. Wir können dann für die Herren, die sich nebenamtlich bewerben, die Bedingung stellen, daß sie an diesen Kursen teilgenommen haben müssen, wenn sie auf Anstellung rechnen wollen. Dem, was Herr Walsemann gesagt und was Herr Stüger unterstrichen hat, daß die natürliche pädagogische Befähigung der nebenamtlichen Fachlehrer genüge, muß ich entgegentreten. Wenn man dem Argument nachgehen wollte, würde man sagen können, wir brauchen überhaupt keine Vorbildungsanstalt für Lehrer, wir könnten die Seminare abschaffen. Diesen Standpunkt darf man nicht vertreten. Wenn Herr Walsemann meint, daß die festangestellten praktischen Lehrer zurückbleiben — er hat zum Ausdruck gebracht, daß sie auf die Dauer nicht genügend mit der Praxis im Zusammenhang bleiben — so ist das bei allen Lehrern mehr oder weniger der Fall. Aber daraus zu folgern, daß man nur Fachlehrer im Nebenamt anstellen solle, ist nicht angängig.

Ich glaube, daß die künftige Entwicklung unseres Fortbildungsschulwesens dahin geht, daß wir hinsichtlich der Zeit, die die Fortbildungsschule die jungen Leute beansprucht, eine Erweiterung eintreten lassen müssen. Wir begnügen uns jetzt damit, die Lehrlinge 4 bis 6 Stunden je nach Art des Berufs, für die Fortbildungsschule zu beanspruchen. Diese Begrenzung wird künftig nicht aufrecht zu erhalten sein. Die Gewerbetreibenden müssen, so schwer es sie ankommen mag, sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie künftig die

Lehrlinge wenigstens 8, wenn nicht 10 Stunden für die Fortbildungsschule freigegeben müssen. Wir sind das unserem Volke schuldig. Wir werden uns nur auf dem Weltmarkt erhalten und damit rechnen können, wieder ein Weltvolk zu werden, wenn wir Qualitätsware liefern. Um das zu können, brauchen wir gute Fortbildungsschulen, und diese können wir nur dadurch erreichen, daß wir die wöchentliche Unterrichtszeit erweitern. Dem Antrage des Herrn Stüßer möchte ich kurz deswegen widersprechen, weil wir doch nicht verkennen dürfen, daß, so sehr auch die fachliche Ausbildung in der Fortbildungsschule nach der theoretischen Seite vertieft werden soll, doch gerade in Zukunft die allgemein menschliche Bildung auf der Fortbildungsschule stärker als bisher in den Vordergrund gerückt werden muß. Ich reise darauf hin, daß wenige Jahre, nachdem die jungen Leute die Fortbildungsschule verlassen, sie wahlberechtigte Bürger sind. Es ist notwendig, daß die Fortbildungsschule viel mehr tut für die staatsbürgerliche Erziehung der jungen Leute, daß sie die Jugendpflege in viel stärkerem Umfange betreibt, als das heute geschieht. Ich bitte deshalb, sich auf den Antrag Stüßer auf Anstellung von acht praktischen und zwei seminaristischen Lehrern nicht festzulegen. Ich gebe zu, daß, wie Herr Gormann sagt, ein Manko in der Vorlage ist; aber es kam bei der Vorlage nicht so sehr darauf an, festzulegen, welche Art von Lehrern wir brauchten, sondern daß wir überhaupt mehr hauptamtliche Lehrer brauchten. Von dem Leiter der Schule ist vorgesehen, daß 6 Lehrer seminaristischer und 4 fachlicher Vorbildung berufen werden sollen, aber dieser Vorschlag ist noch nicht sanktioniert, er kann also noch einer Prüfung unterzogen werden.

Herr Klocke hat darauf hingewiesen, daß vor dem Kriege, im Jahre 1913, 4 ordentliche Lehrer angestellt sind, 1914 zwei; von da aus gesehen könnte die Forderung von 10 ordentlichen Lehrern jetzt als zu weitgehend erscheinen. Ich halte mich aber für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß diese Vorlage, obwohl sie an sich große Forderungen stellt, nur ein Schritt auf dem Wege ist, auf dem wir konsequent weiter gehen müssen, um zu einer Fortbildungsschule zu kommen, die ein vollwertiges Glied der Gesamtschule ist.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Mannier, Walsmann, Stüßer, Lübecking.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Walsmann (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte, den Schluß noch nicht zu belieben. Die Vorschläge sind für das gewerbliche Leben derartig einschneidend, daß die Sache durch Abschneiden der Debatte nicht erledigt werden sollte, da es sich um wesentliche Fragen handelt.

Stüßer (Ber.): Auch ich möchte noch einige Bemerkungen machen. Man sollte die Verhandlung nicht kurzer Hand abbrechen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Präsident: Der Antrag Walsmann lautet:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation zu beauftragen, einen Bericht zu erstatten, aus dem zu ersehen ist, welche und wieviel Unterrichtsstunden in den Gewerblichen Schulen in den einzelnen Fächern einerseits von den seminaristischen Lehrern, andererseits von den Fachlehrern erteilt werden.

Bis zur Erstattung dieses Berichts ist die gegenwärtige Vorlage zurückzustellen.

Der etwas abgeänderte Antrag Stüßer lautet:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation anzuweisen, bei Schaffung der zehn ordentlichen Lehrerstellen an den Gewerblichen Schulen acht Lehrer mit fachlicher und zwei Lehrer mit seminaristischer Vorbildung zu berufen und den Lehrplan entsprechend zu ändern zwecks Förderung des fachlichen Unterrichts.

Ueber diesen Antrag kann nur abgestimmt werden, wenn der Antrag der Schuldeputation angenommen wird.

Zur Geschäftsordnung

Stüßer (Ber.): Was ich zur Begründung des Antrages sagen wollte, ist insofern zum größten Teil...

Präsident: Sie können Ihren Antrag nicht begründen. (Stüßer: Ich wollte nur sagen, daß die Behörde in der Lage ist...) Es ist nicht mehr möglich, daß Sie noch zu Ihrem Antrage sprechen. Wir befinden uns bereits in der Abstimmung.

Der Antrag Walsmann wird abgelehnt.

Der Antrag der Schuldeputation wird angenommen.

Der Zusatzantrag Stüßer wird abgelehnt.

2. Antrag auf Niedererschlagung des Strafverfahrens gegen Eds.

Präsident: Es ist eine Mitteilung, in der Anträge nicht enthalten sind.

Zur Geschäftsordnung

Senator Donath (M.-S.): Herr Senator Winkelmann ist nicht hier. Ich möchte beantragen, die Verhandlungen hierüber bis nach der Mittagspause zu vertagen. Herr Winkelmann wird dann hier sein.

Präsident: Ich nehme an, daß die Nationalversammlung damit einverstanden ist.

8. Ausbau des Fortbildungsunterrichts für Erwerbslose.

Frau Bardenheuer (M.-S.): Der vorliegende Bericht über den Fortbildungsunterricht für Erwerbslose (Rufe: Lauter! Präsident: Bitte um Ruhe!) Der vorliegende Bericht sagt uns, daß bisher 93 000 M. ausgegeben sind. Das ist eine nicht unwesentliche Summe. Ich hätte aber noch einige Fragen zu stellen, möchte beispielsweise wissen, inwieweit die Beschlüsse der Nationalversammlung berücksichtigt worden sind. Das geht aus dem Bericht nicht hervor. Vertreter der Kriegsdeputation, die uns mündlich Auskunft geben könnten, sind auch nicht hier. Entweder müßte Herr Jagemeier oder Herr Bürgermeister Hilbebrand Auskunft geben, aber von den Herren ist niemand anwesend. Ich bitte daher, diesen Punkt auf die Tagesordnung der Ferienstiftung zu setzen, damit die Herren uns eine Ergänzung dieses Berichts bringen können.

Präsident: Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist.

9. Jahresbericht der Deputation für die Stadtbibliothek.

Präsident: Ein Bericht ohne Anträge.

Mannier (M.-S.): Als Rechnungsführer der Deputation möchte ich Herrn Klawitter, der bei Besprechung der Bürgereidgebühr auch die Stadtbibliothek herangezogen hat, sagen, daß in der Deputation die Sache schon besprochen ist. Es wurden bestimmte Vorschläge gemacht. Herr Professor Seedorf wird nachfragen. (Ruf: Hier sitzen auch noch Leute!) Herr Klawitter bemerkte (Ruf: Hierher reden! Lauter!) Herr Klawitter hat gestern bei der Budgetberatung eine Zeitungsnotiz erwähnt, die besagt, daß es weiten Kreisen unmöglich sei, Entleihungen aus der Stadtbibliothek vorzunehmen und zwar aus dem Grunde, weil vorgeschrieben sei, daß nur Leute, die bremische Bürger sind, Bücher aus der Bibliothek entleihen können. Diese Bestimmung ist tatsächlich eine Härte und kann dazu führen, daß gewisse Kreise von der Entleihung von Büchern ausgeschlossen werden. Von der Deputation wurde darum Herr Professor Seedorf beauftragt, in anderen Städten Nachfrage zu halten, wie es dort gehandhabt wird. Ich kann aber bereits die Zusicherung geben, daß die jetzige Bestimmung fallen wird.

Dann ist aus Arbeiterkreisen gefragt worden, ob auch in der Stadtbibliothek die sozialistische Literatur genügend vertreten sei. Ich kann die Frage dahin beantworten, daß die sehr reichlich vorhanden ist. Ich muß allerdings hinzufügen, daß ich es nicht für gut halte, wenn von Arbeitern solche Fragen an mich gerichtet werden. Ich hätte lieber gesehen, wenn sie selbst in die Bibliothek gegangen wären und sich davon überzeugt hätten, daß solche Literatur sehr reichlich vorhanden ist. Ich habe mit Herrn Professor Seedorf gesprochen, und

er hat mir gesagt, daß die Arbeiterschaft auffallend zurückhaltend in der Benutzung der Stadtbibliothek sei. (Lindau: Bürgereid!) Das ist nicht der einzige Grund, Herr Lindau! Vor allem ist es eine gewisse Scheu, dorthin zu gehen. Die Aufmachung und die ganze Art und Weise kommt den Arbeitern zu vornehm vor. Ich möchte sie bitten, ihre Scheu fallen zu lassen.

Noch eins möchte ich erwähnen. Es scheint im Publikum die Meinung zu bestehen, als wenn die Stadtbibliothek dazu da wäre, die schöne Literatur weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Romane usw. sind zwar auch in der Stadtbibliothek vorhanden, aber zu dem Zweck, bei wissenschaftlichen Studien als Unterlage zu dienen. Ich möchte die führenden Arbeitervertreter bitten, in ihren Kreisen das bekannt zu machen. Die Stadtbibliothek ist eine wissenschaftliche Anstalt von großem Wert, die wir weiter ausbauen müssen.

Präsident: Wir nehmen den Bericht dankend entgegen.

3. Gegenstand der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 1919.

1. Inventar der bremischen Bau- und Kunstdenkmäler.

Richter Henrici: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Hormann: Die Budgetkommission hat nichts zu erinnern.

Baurat Knop (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ueber die Wichtigkeit der Inventarisierung der bremischen Bau- und Kunstdenkmäler brauche ich wohl nichts zu sagen. Wir sind in dieser Beziehung ebenso, wie die beiden anderen Hansestädte, leider noch sehr im Rückstande. Man hat allerdings schon vor einer Reihe von Jahren mit der Bearbeitung des Inventars begonnen, dann ist aber eine längere Unterbrechung darin eingetreten. Jetzt soll die Arbeit fortgesetzt werden und ich bitte, die dazu geforderten 10 000 M. zu bewilligen.

Ich kann aber nicht empfehlen, auch dem vorgelegten Gesetzentwurf zuzustimmen.

In § 1 heißt es:

Die Verwaltung des Focke-Museums für bremische Altertümer ist einer besonderen Behörde zu übertragen, die aus einigen vom Senat und vier von der Nationalversammlung erwählten Mitgliedern besteht.

Es müßte doch gesagt werden, wieviel Senatoren es sein sollen, ob zwei oder drei.

In § 2 heißt es dann:

Die Wahl der Mitglieder (also der Nationalversammlung) erfolgt auf drei Jahre.

Das ist nicht durchzuführen. Die Mitglieder, die aus der Nationalversammlung der Behörde angehören, können ihr doch nur solange angehören, wie sie der Nationalversammlung angehören.

Doch das ist von geringerer Bedeutung. Viel wichtiger ist folgendes: Nach dem Gesetzentwurf soll eine neue Behörde zu den vielen, die wir schon haben, geschaffen werden. Im Gegenlaß dazu sind wir sonst bestrebt, verschiedene Verwaltungen möglichst zusammenzufassen. Hier wäre eine günstige Gelegenheit dazu gegeben. Es wurde schon erwähnt, daß beim Gewerbemuseum die Kunstgewerbeschule und die Sammlungen, die bisher gemeinschaftlich verwaltet wurden, nach einem Beschluß der früheren Bürgererschaft getrennt werden sollen. Die Sache ist schon sehr weit gediehen; und der künftige Leiter wird in kurzer Zeit angestellt werden. Meiner Ansicht nach wird es zweckmäßig sein, diese Sammlungen des Gewerbemuseums und das Focke-Museum einer Behörde zu übertragen. Vielleicht könnte auch das Städtische Museum für Natur-, Völker- und Handelskunde, für das jetzt eine besondere Behörde besteht, derselben Behörde zugewiesen werden. Vielleicht empfiehlt es sich dann, die Behörden etwas größer zu machen, die Zahl der Mitglieder von vier auf sieben zu erhöhen. Ich stelle den Antrag:

Die Nationalversammlung bewilligt die beantragte Summe von 10 000 M., verweist aber den vorliegenden Gesetzentwurf zurück mit dem Auftrage, zu prüfen, ob es sich empfiehlt, für die Verwaltung der städtischen Sammlungen eine gemeinsame Behörde zu schaffen.

Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Dr. Künzler (U. S.): Herr Präsident! Die Vereinfachung bei den Behörden in Ehren, aber es gibt gewisse Dinge, die Spezialisten vorbehalten sind. Die Sammlung des Städtischen Museums, des Kunstgewerbemuseums und des Historischen Museums haben miteinander nur gemeinsam, daß sie eben Sammlungen sind, und es besteht kein Grund, ihre Verwaltung in die Hände einer und derselben Stelle zu legen. Wenn man zurückdenkt, wie diese Sammlungen bisher verwaltet worden sind, so ist es immer von seiten besonderer Interessenten geschehen, die — ohne der Wissenschaftlichkeit und dem Kunstsinne damit nahe zu treten — eine gewisse Liebhaberei dafür haben. Ich erinnere nur an den Leiter des Historischen Museums, Herrn Dr. Focke, mit seiner geradezu rührenden Teilnahme für diese Sammlung. Solcher würde sich schwerlich finden, wenn das Streben nach Vereinheitlichung in vorgeschlagener Weise auf die Spitze getrieben würde. Was die einzelnen Bemerkungen von Herrn Baurat Knop betrifft, so ist es richtig, daß zur Organisation der Behörde allerdings auch gehört, daß auch die Mitglieder des Senats der Zahl nach bestimmt sind, sonst ist das Stimmverhältnis nicht festgelegt. Im übrigen ist es aber wohl selbstverständlich, daß, wenn innerhalb der Wahlzeit ein Mit-

glied, das der Nationalversammlung angehört, ausscheidet, eine Neuwahl stattfinden muß.

Knop (D.): Ich bin anderer Ansicht, als Herr Dr. Künzler. Die Interessen, die das Focke-Museum und die Sammlungen des Kunstgewerbemuseums verfolgen, laufen vollständig nebeneinander her, sind in vielen Punkten sogar genau dieselben. Diese beiden Verwaltungen werden wir unter allen Umständen zusammenfassen müssen. Zweifelhaft kann man dagegen sein, ob man auch das Museum am Bahnhof in diese Verwaltung hineinbringen soll. Ich trage kein Bedenken, dies zu tun. Trotzdem spreche ich zunächst nur den Wunsch aus, daß die zuständige Stelle sich dazu einmal äußern möchte. Wir müssen doch bedenken, daß die Mitglieder der Nationalversammlung in dieser Behörde so gut wie gar nicht sachverständig sind, weder auf dem einen noch auf dem andern Gebiete. (Widerspruch.) Diese Behörde wird deshalb dadurch ergänzt werden müssen, daß auf Vorschlag der Nationalversammlung Sachverständige hineingeschickt werden. Wenn aber die zuständige Stelle der Ansicht ist, daß das Museum für Länder- und Völkerkunde besser für sich bleibt, dann werde ich mich ganz bestimmt nicht dagegen sträuben.

Faust (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht natürlich nicht an, so ohne weiteres verschiedene Museen mit einander zu vereinigen. Aber der Antrag Knop verlangt ja auch zunächst nur einen Bericht. Stellt sich heraus, daß eine solche Zusammenlegung nicht möglich ist, dann haben wir immer noch in der Hand, das nicht zu beschließen.

Präsident: Ueber den Antrag Knop wird am besten in zwei Teilen abgestimmt, zuerst über die 10 000 M. und dann über den Rest.

Der erste Teil des Antrages Knop wird angenommen.

Der zweite Teil des Antrages Knop wird angenommen.

Präsident: Ich vertage die Sitzung bis 4 Uhr. Ich bitte pünktlich zu sein und bitte, Herrn Senator Winkelmann ebenfalls darauf aufmerksam zu machen.

4 Uhr 2 Minuten nachmittags.

Präsident: Die Sitzung der Nationalversammlung ist wieder eröffnet.

2. Gegenstand der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 15. Juli 1919.

2. Antrag auf Niederschlagung des Strafverfahrens gegen Gds.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Künzler (U. S.): Ich glaube, wir müssen Anlaß nehmen, die Beschlussfähigkeit zu bezweifeln.

Präsident: Wollen wir zählen?

Dr. Künfler: Wenn Herr Präsident erst einen anderen Gegenstand nehmen wollen, will ich nicht bezweifeln.

Präsident: Gut, ich bin einverstanden. Dann nehmen wir

3. Gegenstand der Tagesordnung.

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 1919.

2. Jahresbericht des Gewerbemuseums.

Ein Bericht, in dem Anträge nicht enthalten sind

Herrmann (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf dem Gebiete des kunstgewerblichen Unterrichts scheint sich eine Bewegung bemerkbar zu machen, die darauf gerichtet ist, den mehr theoretischen Unterricht einzuschränken zu Gunsten der praktischen Arbeit. In Düsseldorf beispielsweise ist die Kunstgewerbeschule aufgehoben, und der größere Teil derselben ist der Handwerkerschule angegliedert worden. In Weimar ist gleichfalls die Kunstgewerbeschule aufgehoben worden, und man hat eine Neuerung, das sogenannte Bauhaus, begründet. An beiden Plätzen geht die Bewegung darauf hinaus, mehr Fühlung mit der Praxis zu bekommen, wieder mehr die Werkstattlehre an Stelle der theoretischen Ausbildung treten zu lassen in dem Gedanken, daß in früheren Jahrhunderten, namentlich in den Zeiten der größten Blüte des deutschen Kunsthandwerks, gerade die hervorragenden Meister aus der Werkstatt hervorgegangen sind. Da wir im Begriffe stehen, unser Kunstgewerbeschulwesen weiter auszubilden, einmal durch die Trennung der Schule von den kunstgewerblichen Sammlungen, zum anderen durch den projektierten Neubau, möchte ich heute schon das Augenmerk auf diese Bewegung lenken, damit auch bei uns die praktische Ausbildung ich darf wohl sagen mehr zu ihrem Rechte kommt. Man hat aus Kreisen des Handwerks und auch heute aus den Ausführungen des Herrn Walsmann wieder entnehmen können, daß gerade das Handwerk wünscht, mehr in Fühlung zu kommen mit diesem Teil der gewerblichen Jugend, und so würde dann auch mehr auf die Werkstattausbildung Rücksicht zu nehmen sein. Ich glaube, Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß diese Anregungen hier wohl am Platze sind und daß bei nächster Gelegenheit vielleicht der Nationalversammlung darüber Mitteilung zu machen wäre, in welcher Weise man dieser Bewegung folgen will in Bremen. Ich glaube, daß es für unser Handwerk von allergrößtem Nutzen wäre, wenn es engere Fühlung, als es heute der Fall ist, mit dem Kunstgewerbeschulwesen bekäme. Jedenfalls habe ich häufig Klagen darüber gehört, daß das nicht genügend der Fall sei. Vielleicht ließe sich auch der Gedanke wieder einmal erörtern, daß ein Teil des gewerblichen Fortbildungsschul-

wesens sich mit der Kunstgewerbeschule verbinden ließe, oder umgekehrt, wie es in Düsseldorf der Fall zu sein scheint, daß ein Teil der Kunstgewerbeschule mit der gewerblichen Fortbildungsschule verbunden würde. Ich mache darauf aufmerksam, daß in früheren Jahren sich schon in Bremen ein gewisser Reiz bemerkbar machte zwischen den Bestrebungen unserer kunstgewerblichen Schule und denen der Fortbildungsschule. Diese Eifersucht besteht heute noch und scheint auch eine gewisse Berechtigung zu haben. Wenn das vorliegt, so ist mir das ein Symptom, daß da etwas nicht in Ordnung ist und daß vielleicht besser eine Vereinigung stattfindet. Wenn meine Anregung in dieser Beziehung etwas fruchten könnte, würde ich sehr dankbar sein. (Bravo!)

Kloß (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, daß weite Kreise des praktischen Handwerks und auch des Gewerbestandes und der Industrie diese Anregung des Herrn Herrmann begrüßen werden. Es ist auch mir bekannt, daß sehr häufig in anderen Städten Strömungen aufgetreten sind gegen Kunstgewerbeschulen, die augenscheinlich glaubten, ihre Aufgabe darin erblicken zu müssen, Künstler auszubilden anstatt, was am meisten nützt für die Allgemeinheit, tüchtige Kunstgewerbler. Wir haben heute morgen durch die Annahme des Gesetzes, betreffend Wahl eines Gewerbeschulrats, vielleicht einen Schritt vorwärts getan, daß in dieser Richtung nun auch das Erforderliche für die Zukunft veranlaßt werden kann. Wenn eine gewisse Rivalität besteht zwischen Kunstgewerbeschule und Fortbildungsschule, so mag das ganz gesund sein, aber es muß auch gesund bleiben.

Faust (H. S.): Die Anregung des Herrn Herrmann könnte auch für die Arbeiterschaft nutzbar gemacht werden und zwar denke ich es mir so, daß die Kunstgewerbeschule Fühlung sucht mit den Gewerkschaften, insbesondere mit dem Teil der Gewerkschaften, der gerade in Frage kommt für Verarbeitung des Materials, des Holzes, des Metalls und sämtlicher Rohprodukte, die dann später in Kunstformen und Nützlickeitsgegenstände umgebaut werden. Es wäre vielleicht ganz angebracht, wenn die Gewerbeschullehrer oder das Gewerbemuseum Fühlung nähmen mit führenden Gewerkschaftsbeamten, um durch Ausstellungen, Anschauungsunterricht oder Vorführung von Lehrmitteln die Entwicklung eines Kunstgewerbegegenstandes zu zeigen, beispielsweise die Entwicklung eines Möbels vom Grundmaterial aus, nicht nur etwa bis zum Stuhl, Tisch oder Schrank, sondern bis zum geschmackvollen und künstlerischen Nutzgegenstand. Es liegt uns sehr daran, diese Kunstbestrebungen der Arbeiterschaft nutzbar zu machen, indem wir ihnen Sinn für Formen und auch für Echtheit beibringen, damit nicht jeder durch schwindelhaften Handel vertriebene Kitsch, oder kunstlose, verführerisch-verfälschte Gegenstände in die Bevölkerung noch weiter eindringen, wie sie es leider, allermehrstens durch den

Kriegskitsch, durch Hindenburgköpfe auf Pfeifen, Kaiserbilder auf Taschentüchern, Landkarten auf Gebrauchsgegenständen getan haben, so daß die Arbeiter kein Empfinden mehr haben für das, was Form ist, was irgendwie mit Geschmack oder Kunst in Verbindung steht. Ich denke mir, daß diese Ausbildung der unbemittelten Kreise hinsichtlich der Echtheit des Materials auch auf die Gesinnung abfärben kann. Es ist doch schließlich erzieherischer, wenn ich weiß, daß Hausmöbel, die mir zur Verfügung stehen, aus echtem und schönem Material mit angenehmen Formen bestehen, als wenn ich von vornherein irgendeinen Widerspruch mit meiner Auffassung von der Kunst und der Wirklichkeit empfinden muß. Ich denke es mir so z. B.: Wenn ich auf einen Fußboden trete, der aussieht wie Marmor, so ist ein sinnfälliger Widerspruch, wenn ich ihn als Holz empfinde. Dieser Widerspruch des Tastsinns mit dem Auge ruft ein gewisses Gefühl der Falschheit hervor, das leicht auch auf den Charakter abfärbt. Ich verspreche mir von diesem Eindringen der Arbeiterschaft in die Kunstbewegung, in die Bestrebungen des modernen Kunstgewerbes auch eine Auswirkung auf den Charakter und die Lauterkeit der Empfindungen. Auch auf die Politik, denn wenn wir diese Parlamentswände ansehen und erkennen, daß sie wie Leder aussehen, wenn wir aber hinzukommen, Holz feststellen, so fühlen wir uns getäuscht. Vielleicht ist dies Schuld daran, daß hier so viele hölzerne oder lederne Reden gehalten werden! (Heiterkeit.) — Die Kunstgewerbeschule müßte sich auch das zur Aufgabe machen. Vielleicht haben wir zu erwarten von unserem Kunstgewerbeleiter oder einem tüchtigen Kunstgewerbelehrer, daß in diesem Sinne auch auf die Arbeiterschaft und die bis jetzt noch ungebildeten Kreise, die Anspruch erheben, auch in dieser Beziehung am modernen Leben teilzunehmen, fruchtbar eingewirkt wird.

Mannier (M.-S.): Die Anregungen des Herrn Formann können natürlich nur auf das Herzlichste begrüßt werden. Wir werden alles tun, sie in die Tat umzusetzen, die Anregungen des Herrn Faust ebenfalls. Wir müssen aber sagen, daß es unsere Aufgabe ist, schon etwas tiefer anzufangen, und besonders meine ich, daß die Kunstszierung in die Volksschule hineingetragen werden muß. Ich habe den Antrag des Herrn Faust heute morgen gehört, der dahin geht, die Arbeiterschaft dadurch zur Kunst zu erziehen, daß die Kunsthalle ihr mehr zur Verfügung gestellt wird. Ich habe der Schuldeputation ähnliche Anregungen gegeben für die Volksschüler. Ich meine, daß die Kunstszierung in den letzten Jahren außerordentlich vernachlässigt worden ist und daß die Talmireden, die Herr Faust anführt und auch die Talmiwerke tatsächlich ihre Begründung dadurch finden, daß wir uns nicht genügend um wahre und echte Kunst gekümmert haben.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Wir nehmen den Bericht dankend entgegen.

2. Gegenstand der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 15. Juli 1919.

2. Antrag auf Niederschlagung des Strafverfahrens gegen Eds.

Präsident: Es meldet sich niemand zum Wort. Die Verhandlung ist geschlossen. Wir nehmen den Bericht dankend entgegen.

Zur Geschäftsordnung

Faust (U. S.): Es ist doch . . .

Präsident: Es tut mir leid.

Faust: Herr Senator Winkelmann ist doch deswegen hierher gesandt.

Präsident: Er ist nicht bestellt. Es ist überhaupt kein Senatskommissar zu dieser Sache bestellt.

Faust: Ich habe mich aber zum Wort gemeldet.

Präsident: Sie haben sich erst gemeldet, nachdem die Verhandlung geschlossen war.

Faust: Wir haben doch den Gegenstand vorher verhandelt, weil gesagt wurde, heute nachmittag . . .

Präsident: Es tut mir leid, Sie hätten sich rechtzeitig zum Wort melden müssen.

Faust: Ich habe noch auf eine Mitteilung des Senats gewartet.

Präsident: Es tut mir leid.

4. Gegenstand der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 9. Mai 1919 und Bericht der Kommission (Nr. 2).

Zuschläge zu den Gerichtskosten.

Degenhardt (D.): Dem ausführlichen Bericht der Kommission habe ich seitens der Kommission nichts hinzuzufügen. Es ist nur ein Versehen passiert. Es ist in § 5 ein dritter Absatz hinzuzufügen, der dahin geht:

Der Zeitpunkt des Friedensschlusses wird durch Verordnung des Senats bestimmt.

Das Gesetz wird mit dieser Erweiterung angenommen.

5. Gegenstand der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. Juli 1919.

Heim für Jugendliche.

Präsident: Dazu ist folgender Antrag des Herrn Schulze eingegangen:

die Einrichtung von vier Zellen für Schutzhäftlinge im Heim für Jugendliche abzulehnen.

H o r m a n n : Die Budgetkommission hat nichts zu erinnern.

B o d e (L.-B.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als diese Erziehungsheimvorlage seinerzeit beantragt wurde, sahen wir darin eine Sache von besonderer Bedeutung. Wir glaubten, da dieses Heim ein Durchgangsheim sein sollte, daß von hier aus einzelne Zöglinge in diejenigen Anstalten geschickt werden sollten, in die sie hineingehören. Es handelt sich um die Erziehung derjenigen, die sonst vielleicht eine Gefahr für die Allgemeinheit werden könnten. Ich glaube, bei allen in diesem Hause, die sich überhaupt mit Erziehungsfragen beschäftigen, wird es Freude hervorgerufen haben und allgemeinen Beifall finden, daß jetzt eine Erweiterung des Baues vorgenommen werden soll. Aber, Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich muß gestehen, daß ich ganz außerordentlich überrascht gewesen bin, daß Kinder auch in vier Zellen untergebracht werden sollen. Ich bitte Sie, sich den Plan von den vier Zellen anzusehen. Dann werden Sie die Ueberzeugung gewinnen, daß diese Zellen einen Umfang haben sollen, wie er vielleicht im Mittelalter berechtigt war, aber in der neuen Zeit nach meiner Meinung unbedingt verboten werden muß. Ich habe mich infolgedessen heute mit Fachleuten in Verbindung gesetzt und dort gehört, daß man die Anbringung dieser vier Zellen in einem solchen Heim als durchaus unberechtigt, wenigstens deren Anbringung als von sehr zweifelhaftem Wert ansehen müßte. Es ist nach meiner Ueberzeugung ein Armutszeugnis für denjenigen, der die Anstalt leitet (Sehr richtig!), wenn er diejenigen, die ihm in dem Heim unterstellt sind, nicht so halten kann, daß er sie eines Tages ohne Gefahr abschicken kann in die betreffende Anstalt. Ich meine, man sollte sich ein solches Armutszeugnis nicht ausstellen. Ich weiß nicht, von wem die Zellen gefordert werden, ob sie von der Regierung gefordert werden, oder von wem, (Zurufe: Vom Stadtkommandanten! Von Winkelmann!), oder ob der Bau gefordert ist auf ein Gutachten des betreffenden Leiters hin. Ich meine, es ist das ein wesentlicher Unterschied. Wenn der Leiter das gefordert hat, so muß ich fragen — ich kenne den Herrn absolut nicht, er ist mir gänzlich unbekannt —: Sollte dieser Herr wohl die geeignete Persönlichkeit sein, ein solches Heim zu leiten? Ich kenne ihn gar nicht, habe nichts gegen ihn einzuwenden, nur muß man fragen: Fehlt ihm vielleicht die nötige pädagogische Ausbildung? Welche Erfahrungen hat er in dem Umgang und bei der Erziehung solcher für die Allgemeinheit gefährlichen, immerhin gefährlich werden können der jungen Leute gewonnen? Und deshalb, damit ich nicht in den Verdacht komme, daß ich gegen diesen Herrn etwas sagen wollte, möchte ich meine Frage erweitern und an die betreffende Instanz die Frage richten: Welche heilpädagogische Ausbildung und Erfahrungen haben die in Betracht kommenden Erziehungspersonen, der Direktor, die Helfer und Helferinnen an der Anstalt? Es geht doch

nicht, daß jeder beliebige dort als Erzieher angestellt wird, wenn er nur den guten Willen hat, er muß doch eine Ausbildung als Lehrer haben und vor allem das besitzen, was gerade für einen derartigen Posten nötig ist. Die Hilfstruppen wie der Leiter der Anstalt müssen für derartige Posten so vorgebildet sein, daß sie eine wirklich gute Erziehung geben können. Das bekannte Erziehungsheim Am Urban, das übrigens ein Pastor gegründet hat, ist geradezu vorbildlich auf diesem Gebiet, wie Fachleute mir bestätigt haben. Da ist aber von solchen Zellen nichts zu sehen; ich glaube deshalb, daß wir auch bei unserem Heim ohne solche Zellen auskommen können. Ich kann den Antrag Schulze nur lebhaft und warm unterstützen.

Aber, Herr Präsident, Sie gestatten mir vielleicht, daß ich bei dieser Gelegenheit, da ich einmal das Wort habe, meiner Verwunderung darüber Ausdruck gebe, daß an ein Heim für Schwachsinige in diesem Zusammenhang überhaupt noch nicht gedacht ist. Herr Präsident! Die Arbeiten des Fürsorgevereins für Geisteschwache sind bisher immer von freiwilligen Hilfskräften ausgeführt; diese haben große Opfer an persönlicher Kraft und Freiheit gebracht. Diese Arbeiten sind obrigkeitlicherseits in keiner Weise irgendwie gewürdigt, sonst würde gerade jetzt, wo die Zahl der Schwachsinigen sehr groß ist und wir — glauben Sie es mir, meine Damen und Herren — einer erschreckenden Zahl demnächst gegenüberstehen, an die Gründung eines Heims für Schwachsinige gedacht sein. Es ist davon aber bisher noch mit keinem Wort die Rede. Gerade aus den Reihen der Schwachsinigen geht die große Zahl der Arbeitslosen und der Arbeitscheuen hervor, ebenso die immer mehr wachsende Zahl der Prostituierten. Ich muß sagen: Der Staat hat die Pflicht, für diese sittlich Gefährdeten zu sorgen, aber auch die Pflicht, für die Geisteschwachen halbdigst zu sorgen, weil durch diese die Zahl der sittlich Minderwertigen wesentlich erhöht wird. Ich möchte dem Hause nur eine Anregung geben und Sie bitten, das, was ich heute morgen gedruckt auf die Plätze habe legen lassen, nicht unbeachtet beiseite zu legen. Es wird sich demnächst Gelegenheit bieten, daß ich auf diese Fragen zur Begründung des von mir gestellten Antrages noch näher eingehe. Aus den Hefen über die Hilfsschulen im Juli 1919 möchte ich heute schon verlesen, wie Fachleute über diese Frage denken. Es heißt dort in dem stenographischen Bericht der Rede des Hauptlehrers Egenberger-München über die soziale und pädagogische Bedeutung der Hilfsschule:

Die heutige Lage Deutschlands eröffnet hinsichtlich der Volksgesundheit trübe Aussichten. Januar 1919 beziffert Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Rubner die Zahl der Opfer der Blockade auf rund 800 000, und noch täglich steigert sich diese Zahl um 800. Nach den amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes sind die Folgen der langjährigen Unterernährung bei den Kindern katastrophale. Tuberkulose stieg von 1913 bis 1918 um das Doppelte. Strophulose, Epilepsie, Verdauungsstörungen, Geschlechtskrankheiten, englische Krankheit, Blutarmut haben zugenommen. Die Fälle, die

zum Tode führen, haben um 50 v. H. zugenommen. 1917 sind 50 000 Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren mehr als 1913 als Opfer des Hungers gestorben.

Hunger, Krieg und Revolution verderben auch die Moral. Diese Tatsache und die geschwächte Gesundheit der Eltern verursachen einen unterwertigen Nachwuchs. Das geht durchs ganze Volk. Es ist ein furchtbarer Gedanke, ein ganzes Volk in der Gefahr allgemeiner Schwächung zu sehen. Ein ganzes Volk kann sich zu einem niedrigeren Menschentypus zurückbilden. Das darf nicht kommen. Der deutsche Heilpädagoge erkennt die Gefahr. Führen wir unsere Arbeit mit aller Kraft und allen Mitteln durch für unser armes Volk.

Herr Präsident! Ich darf mir erlauben, noch ein paar Worte hinzuzufügen einmal darüber, was ich bereits bei der Haushaltsberatung vorgetragen habe, daß ich vermisse, daß für die gesamte Jugend, für die Fürsorgeerziehung auch der Gesunden außerhalb der Schulen irgend etwas Bedeutendes in den Staatshaushalt eingestellt ist. Sie sind infolge Krieg, Revolution und Blockade alle fürsorgebedürftig. Man verweist mit Recht darauf, daß die Turnhallen in der Stadt viel zu klein sind, daß sie auf dem Lande, wenn ich recht unterrichtet bin, in Horn und Huchting z. B., vollständig fehlen. Ferner müssen wir bedenken, daß zwar zahlreiche Spielplätze vorhanden sind, aber doch wohl nicht, wie aus früheren Verhandlungen hervorgeht, in ausreichendem Maße. Jugendheime fehlen ganz, und Jugendherbergen in und außerhalb der Stadt kennt man auch nicht. Die beste Unterstützung in der Erziehung der Jugend außerhalb der Schule sind aber die Leibesübungen. Dafür müssen Gelegenheiten geschaffen werden. Wir müssen bedenken, daß Frankreich schon jetzt nach dem Kriege 10 Milliarden Fr. für Jugendpflege ausgezahlt hat, so müssen wir für Deutschland erwarten, daß nicht nur die allezeit bereite und bewährte private Freigebigkeit, sondern auch der Staat in dieser Beziehung sich der Sache annimmt. Ich darf verlesen aus dem Zeitungsdienst des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen vom 22. Juli den leider durchaus auch für uns zutreffenden Satz:

In unsern bisherigen Regierungsmaßnahmen wird jeder Versuch des Wiederaufbaues unseres gesamten Volkes im Wege der positiven turnerischen und sportlichen Körperschulung vermisst. Kein Anzeichen besteht, daß die Behörden durchgreifende Maßnahmen ergreifen, die Leibesübungen zur Volkssitte zu machen und dabei die Grundlage auch für die sittliche und wirtschaftliche Wiedergesundung zu schaffen.

Präsident: Ich möchte Sie bitten, auf die Vorlage zurückzukommen!

Bode: Ich möchte nur sagen, daß auch auf diese Seite der Jugendberziehung das größte Gewicht gelegt werden muß. Es handelt sich um alles, was wir haben, um die Zukunft des ganzen deutschen Volkes!

Schulze (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich wenig zur Begründung meines Antrages sagen; Herr Pastor Bode hat das ja schon genügend besorgt. Es gehen also Fäden von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken über die Köpfe der Regierungsparteien hinweg. Wir haben keine Gelegenheit gehabt, Einblicke zu erhalten in die Erziehungsmethoden in diesem Heim. Aber die Einrichtung dieser vier Zellen wirkt ein Schlaglicht auf die ganze Einrichtung des Betriebes, sie erinnert unwillkürlich an die Stände, die früher Gegenstand von Prozessen gewesen sind, und über die in der Presse so viel berichtet wurde. In der Begründung heißt es: Zimmer für Schutzhäftlinge; der Zeichner war vielleicht etwas naiver, er hat das Kind beim rechten Namen genannt und diese sogenannten Zimmer als Zellen bezeichnet. Und so muß man sie auch bezeichnen bei ihren 2 Quadratmetern Umfang. Stellen Sie sich einen solchen Raum einmal vor mit einem Bett darin, dann können Sie sich vorstellen, wie es in einem solchen Raum aussehen mag, in den diese Schutzhäftlinge eingesperrt werden. Wenn die Zimmer nicht mit Gitter oder Drahtgeflecht versehen sind, so wird das auch eine Täuschung sein, denn ich bin überzeugt, daß, wenn der Bau zur Ausführung kommt, in kurzer Zeit vor den Fenstern auch die Gitter erscheinen würden. Und wenn wir das Gitter für das Untersuchungsgefängnis bewilligt haben, so wird auch eine spätere Zeit das Drahtgeflecht bewilligen. Herr Pastor Bode hat mir sogar das Konzept insofern verborgen, als er die Fürsorgeanstalt Am Urban, die ich auch persönlich kenne, und die ich hier anführen wollte als Beispiel dafür, wie ich mir eine solche Erziehungsanstalt denke, erwähnt hat. Ich habe da keine derartige Einrichtung mit solchen Zellen gefunden. Und hier, bei einer so geringen Zahl von Jünglingen, ist es notwendig, ein kleines Gefängnis zu bauen? Ich habe in meinen Ausführungen über das Untersuchungsgefängnis gesagt: Gefängnisse sind der Maßstab des Verhältnisses zwischen Regierung und Regierten. Wir sehen auch hier, daß die heutige sozialistische Regierung es für notwendig gehalten hat, ein Gefängnis für Schulkinder zu errichten. Wir können auf keinen Fall unsere Zustimmung dazu geben, daß ein derartiges Gefängnis für Knaben gebaut wird. Wer den Plan für unser neues Jugendheim aufstellt und muß da sehen, daß solche Vorkehrungen getroffen werden, der muß sagen: die Leitung dieser Anstalt muß nicht auf der Höhe sein. Ein jeder, der sich einigermaßen mit Jugendlichen beschäftigt hat, muß offen zugeben, daß das Einsperren eines sittlich gefährdeten Jugendlichen in eine derartige Zelle unbedingt schädlich auf den Jugendlichen zurückwirkt. Dieses Absperren von allem Verkehr mit anderen wirkt auf die Phantasie äußerst gefährdend. Ich würde mir ein richtig geleitetes Heim so vorstellen: da muß der Wärter mit im Zimmer schlafen, da kann keiner die Möglichkeit

haben, ganz allein zu sein. Darin liegt ja gerade der erzieherische Wert für die gefährdeten Jugendlichen, daß sie mit älteren Personen in Gemeinschaft sind. Es wäre ganz gut, wir leuchteten einmal hinein in die Verwaltung dieser Anstalt und wählten eine Kommission dafür. Lehnen Sie diese Einrichtung solange ab, bis wir Klarheit darüber haben, nach welchen Methoden die Jugend dort behandelt wird.

de Beel (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben von der Baukommission aus die Pläne besichtigt, und uns ist da gesagt worden, daß diese Zellen lediglich eine Verbesserung der bisherigen Zustände bedeuten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bislang die Häftlinge noch im allgemeinen Untersuchungsgefängnis gehalten wurden. Das soll jetzt vermieden werden. Die betreffenden Jugendlichen, die wegen irgendwelcher Angelegenheit in Schutzhaft sind, sollen nicht Tag und Nacht in eine solche Zelle eingesperrt werden, sondern im Gegenteil, sie sollen sich den Tag über frei bewegen, sie sollen da nur unter Aufsicht gehalten werden. Lediglich für die Nacht sollen sie in solch einem Zimmer untergebracht werden, damit sie die andern nicht noch mehr verführen können. Zu dem Zweck sind die Zellen vorgesehen. Und da meinen wir: was ist richtiger, die Kinder regelrecht im Untersuchungsgefängnis unterzubringen, oder sie hier in einem Heim unterzubringen, wo sie sich tagsüber frei bewegen können, wo sie unter Beobachtung stehen? Und da, meinen wir, ist eine Zelle im Jugendheim im Notfall jedenfalls besser angebracht, als wenn die Jugendlichen ins Untersuchungsgefängnis gebracht werden.

Lindau (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere gestrige Auseinandersetzung mit Herrn Pastor Bode und eine freundschaftliche Aussprache mit ihm scheinen außerordentlich befruchtend auf den Herrn Pastor Bode gewirkt zu haben, daß er heute diese glänzende Rede gehalten hat. Wenn ich auch heute persönlich mit Herrn Pastor Bode freundschaftlich gesprochen habe und dadurch bei meiner Fraktion in den Verdacht gekommen bin, eine Arbeitsgemeinschaft mit diesem Herrn gegründet zu haben, so möchte ich diesen Punkt doch nur nebenbei betonen. Ich freue mich aber, daß Herr Pastor Bode in diesem Falle mit uns konform geht, und ich hoffe, daß wir in Zukunft häufiger Gelegenheit haben werden, mit ihm an einem Strang zu ziehen. Wir sind der Meinung, daß Jugendliche, auch aus der Schule entlassene Jugendliche, niemals in ein Gefängnis hineingehören, mögen sie begangen haben, was sie wollen. Wenn jemand erst einmal in einem Gefängnis gewesen ist, dann ist die Gefahr für ihn viel größer. Als ich auf der Zeichnung diesen Raum gesehen habe, diese ominöse Zelle mit der Britsche und dem Fenster von 75 cm Breite, da sagte ich mir: Wie ist das möglich? Ein Raum, der nur ganze 14½ cbm Luft-

raum umfaßt, während das Minimum in den Strafanstalten selbst größer ist; und da sperrt man Knaben hinein! Das ist ja ein Hohn auf jede Pädagogik! Wir müssen die Vorlage zurückverweisen, bis das Zellengebäude entfernt ist.

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich zu verschiedenen Mitgliedern dieses hohen Hauses in Widerspruch mich befinde; ich muß für die Beibehaltung dieser Zellen eintreten. Sie entspricht durchaus einer Notwendigkeit. Wenn Sie sich das Haus einmal angesehen hätten, dann würden Sie auf einem andern Standpunkt stehen, als jetzt nach den Ausführungen verschiedener Herren von links und rechts. Es ist bedauerlich, daß der Leiter der Anstalt die Vorlage hier nicht selbst vertreten kann, dann würden Sie die Ueberzeugung gewinnen, daß er für diese nur deshalb eintritt, weil es sich wirklich um Notwendigkeiten handelt. Er ist ein pädagogisch gebildeter Mann von vorzüglichen Eigenschaften, der mit warmem Herzen das Heim leitet. Meine Damen und Herren! Es handelt sich darum, daß auch solche Kinder dort vorübergehend untergebracht werden, die in Fürsorgeerziehung übergeführt werden müssen, kleine jugendliche Verbrecher, bei denen man vielfach die Neigung findet, daß sie aus den Häusern, in denen sie untergebracht sind, wieder entlaufen. Und daran müssen sie gehindert werden zu ihrem eigenen Besten und zum Besten ihrer Kameraden, mit denen sie tagsüber zusammen sind. Es ist Tatsache, daß die Kinder sich am Tage durchaus frei bewegen. Wenn Sie den persönlichen Verkehr sehen würden zwischen dem Leiter und diesen Kindern, dann würden Sie sich freuen, daß wir einen so tüchtigen Mann für das Haus gefunden haben. Ich muß es bedauern, daß man hier Andeutungen macht, als ob die Leitung der Anstalt nicht auf der Höhe wäre. Das sind Äußerungen, die haben nichts hinter sich, die sind aus der Luft gegriffen. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Räume reichlich klein sind. Wenn Sie die Zeichnung aber genauer nachsehen, dann werden Sie zugeben, daß diese Räume durchaus nicht den Eindruck von Zellen machen. Daß man sich an dem Wort Zellen stößt, das hat doch gar keinen Zweck. Zellen sind nicht nur im Gefängnis, sie sind auch in den Klöstern zu finden, auch Mönche müssen darin leben, nicht nur Sträflinge. Unter Zelle versteht man einfach einen kleinen, engen, sparsam eingerichteten Raum. Die Notwendigkeit für diese Zellen liegt entschieden vor, und ich möchte Sie bitten, nicht darauf zu bestehen, daß sie entfernt werden, sondern den Wunsch ausprechen, daß sie etwas vergrößert werden.

Waigand (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als dieses Heim geschaffen wurde, da habe ich in der Bürgerschaft ausgeführt, daß wir großes Gewicht darauf legten, daß ein tüchtiger Pädagoge, ein guter

Erzieher hineinkäme, daß man nicht wieder vielleicht auf den Gedanken verfallen würde, daß es ein Pastor sein müsse, sondern ich habe dem Gedanken Ausdruck gegeben, es wäre uns lieber, wenn ein tüchtiger Lehrer hineinkäme. Ich habe keine Gelegenheit gehabt, dorthin zu gehen, aber Ursache, gegen einen Pastor zu sein, hatten wir, weil wir die schönen Erziehungsanstalten, die von Pastoren gegründet worden sind, durch die Zeitungen ja kennen gelernt haben, die dort Teufelaustreibung und sonstige schöne Sachen einrichten wollten. Wenn hier vier Zellen beabsichtigt sind, und Herr de Beel ausgeführt hat, daß diese für Untersuchungsgefangene sein sollen, für Kinder, die dem Strafgesetz verfallen sind und die dann ins Untersuchungsgefängnis abgeführt werden, dann müßte man, wenn man das nicht will, schon das Strafgesetz ändern, daß Kinder nicht verhaftet und nicht in Untersuchungshaft gebracht werden können. (Zuruf: Fürsorge!) Das ist Fürsorge. Es ist hier doch deutlich ausgeführt worden, daß diese Anstalt eine Fürsorgeanstalt sein soll. Und wenn es so ist, daß diese Kinder, anstatt im Untersuchungsgefängnis zu sitzen, dorthin verbracht werden und dort am Tage arbeiten und im Freien sein können, so ist das doch ein gewaltiger Fortschritt. Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß Kinder nicht ins Gefängnis gehören, aber wir wissen doch, daß es leider jetzt eine ganze Anzahl Kinder gibt, die verurteilt werden, die durch den Krieg und sonstige Umstände, durch die bedauerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern, in einen sittlichen Zustand geraten, daß sie eine Gefahr für andere Kinder sind. Ich will Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung erzählen: Ich wohne ja draußen in Spartakien, und es sind Eltern zu mir gekommen und haben mich ersucht, ob nicht der Junge in Sicherheit gebracht werden könne, ein zwölfjähriger Junge, der schon ganz bedenkliche Diebstähle ausgeführt hat, der Nachbarlinder mitgenommen hat, die auch ins Unglück gekommen sind. Wenn also solche Kinder durch die Verhältnisse oder durch Veranlagung — es gibt auch Kinder wohlhabender Eltern, die verbrecherisch veranlagt sind — in diese Ungelegenheiten kommen, so muß irgend eine Form, eine Unterkunft geschaffen werden, und wenn sie dazu neigen, sich nicht anzupassen oder immer wieder auszureißen, so müssen auch Zwangsmaßnahmen angewendet werden, die ja auch die Eltern anwenden. (Zuruf Schulze: Ganz das alte System!) Ja, Schulze, dein System ist eben noch nicht gangbar. Wenn heute Herr Schulze in idealistischer Weise eine Jugenderziehung sich denkt, so kann man dem zustimmen, aber man muß doch immer mit den Wirklichkeitsverhältnissen rechnen und der Wirklichkeit Rechnung tragen, und diejenigen, die das tun, stehen natürlich vor sehr schweren Aufgaben. Heute ist es die äußerste Linke und die äußerste Rechte, die Kritik üben an der Jugenderziehung, weil die Sozialisten in Bremen ein halbes Jahr an der Regierung saßen. Ich weiß nicht, ob während der Regierung der Unabhängigen einer von den Volksbeauftragten sich einmal dieses Jugendheim angesehen hat. (Dr. Künkler: Wir hatten ja keine Zeit dazu, am 4. Februar kamen die Gerstenberger!)

Wenn Herr Syndikus Dr. Künkler sagt, sie hätten keine Zeit dazu gehabt, Herr Dr. Künkler ist ja schon länger in Bremen und hätte schon früher Gelegenheit gehabt, einzuwirken. (Dr. Künkler: Ich war ja kein Volksbeauftragter!) Ich werde mich nicht beirren lassen, zu sagen, daß sowohl Herr Pastor Bode wie Herr Kollege Schulze Gelegenheit haben, mit der jetzigen Regierung unzufrieden zu sein und daß sie deshalb jede Kleinigkeit hervorheben, um zu sagen, wie wunderbar es wäre, wenn entweder Herr Bode oder Herr Schulze diese Einrichtungen zu treffen hätten. Ich glaube ganz bestimmt, daß die beiden, zusammen wirkend, uns gern beseitigen würden. Es wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir fester sitzen als wie Sie. Herr Senator Rhein, der die Vorlage unterzeichnet hat und der leider nicht hier ist, ist dafür bekannt, daß er das, was im Interesse der Bedrängten zu tun ist, tun wird. Wenn hier Mängel vorhanden sind, wenn die Zellen zu klein sind, so werden ganz entschieden Änderungen getroffen werden. Daran aber solche Bemerkungen zu knüpfen, wie es von seiten der Unabhängigen geübt ist, ist nicht richtig. Als ob man damit eine ganze Richtung herunterreißen könnte, wenn irgendwo eine Einrichtung geschaffen wird, über die die Herren nicht genügend aufgeklärt sind. Der einzige Fehler ist, daß in der Mitteilung des Senats nicht gesagt worden ist, was mein Freund de Beel gesagt hat. Das hätte in der Mitteilung des Senats stehen müssen, dann hätten sowohl Herr Bode wie Herr Schulze sich manches Wort sparen können.

Präsident: Herr Karrenberg hat folgenden Antrag eingereicht:

Die Nationalversammlung stimmt der Vorlage zu, wünscht aber, daß die Zellen für Schutzhäftlinge vergrößert werden.

Ich bemerke dabei, es bedarf dabei vielleicht erhöhter Mittel. Die müßten der Behörde dann nachbewilligt werden.

Frau Bahnsen (D.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wenn wir uns hier mit der traurigen Tatsache beschäftigen müssen, daß wir das Heim schon nach einem Jahre vergrößern müssen, weil die Anzahl der Schutzhäftlinge gestiegen ist, wenn von Herrn Pastor Bode auch ein Heim beantragt werden wird für Schwachsinnige, so kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß wir fortwährend Heime bauen und neue beantragen müssen, wenn wir nicht energigig daran gehen, die Quellen abzugraben, die dahin führen. Die Hauptquelle ist immer wieder der Alkohol. Es ist lange nachgewiesen, daß der Alkoholgenuß der Eltern . . . Ich bitte um Ruhe, Herr Präsident. (Glocke. Präsident: Ich bitte um Ruhe.) Die Entwicklung hat lange nachgewiesen, daß der Alkoholgenuß der Eltern in allererster Linie verantwortlich zu machen ist für den Schwachsinn und die moralische Minder-

wertigkeit der Kinder. Wie weit das der Fall ist, geht daraus hervor, daß in Hamburg in wohlhabenden Kreisen für diese schwachsinigen Kinder der Ausdruck „Dinerkinder“ besteht. Sie sehen, wohin der Alkoholgenuß führt. Es nützt nichts, immer wieder Heime zu bewilligen, wenn wir nicht endlich darin gründlich Wandel schaffen. Da wir uns heute und gestern damit beschäftigt haben, eine Verminderung des Budgets herbeizuführen und versuchen, Abstriche zu machen, so möchte ich dringend empfehlen, für eine straffe Alkoholgesetzgebung zu sorgen. Nur durch vorbeugende Mittel auf diesem Gebiete wird es möglich sein, in wahrhaft sozialer Weise vorzugehen.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Worte angeschrieben sind die Herren Dr. Künkler, Schulze, Meyer, Bode, Becker. Wünscht jemand das Wort über den Schluß?

Dr. Künkler (U. S.): Ich bitte, den Schluß noch nicht zu belieben. Es ist eine Angelegenheit, die von weittragender und weitgreifender Bedeutung ist. Da wir heute voraussichtlich genügend Zeit haben, ist kein Anlaß, die anderen, die sich zum Wort gemeldet haben, daran zu hindern.

Präsident: Dann bitte ich die Damen und Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. (Geschlecht.) Das ist abgelehnt.

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Obwohl Herr Waigand sich der Meinung des Baukommissionsmitgliedes de Beek angeschlossen hat, kann ich doch nicht verstehen, warum — denn so argumentiert Herr de Beek, daß es doch besser sei, daß die Kinder, anstatt in das Untersuchungsgefängnis, hier in Zellen kämen — diese Zellen überhaupt erforderlich sind. Ich meine, wenn schon eine Besserung herbeigeführt werden soll, warum läßt man nicht überhaupt das Gefängnisartige aus der Umgebung der Kinder und aus der Anstalt verschwinden? Daß es wirklich erforderlich ist, ist in keiner Weise dargetan. Es ist geltend gemacht worden, daß es sich dabei um Verbrecher handele, die zum Ausbrechen neigten. Sollte es wirklich nicht möglich sein, ein Kind auch in einem gewöhnlichen Wohnraum so unter Aufsicht zu halten, daß es nicht entweicht? Und wenn es wirklich vorkommt, daß so ein Kind entweicht, ist das Unheil so groß? Muß man deswegen diese Erziehungsanstalt mit diesem Mafel — als einen solchen sehen wir es an — behaften, daß sie gefängnisartige Einrichtungen hat? Die Verbrechernatur in Kindern sollte man auf einem anderen Wege bekämpfen, als daß man Zwangsmittel anwendet, wie sie leider bei Erwachsenen nötig sind. Wenn dann von Herrn Karrenberg geltend gemacht worden ist, daß Andeutungen gegen den gegenwärtigen Leiter der Anstalt gemacht worden seien, so ist das meines Wissens von keiner Seite geschehen. Worum es sich für uns handelt, das ist das System, das zu uns aus Bezeichnung und Gebrauch des Wortes Zellen,

aus der Beschaffenheit der Fenster und dergleichen spricht. Dagegen wenden wir uns.

Herr Waigand meinte, ich hätte, wenn nicht während der Zeit des Rates der Volksbeauftragten, doch während meines früheren Aufenthalts in Bremen Gelegenheit gehabt, mich von der Einrichtung derartiger Anstalten zu überzeugen. Ja, einen gewissen Einblick in die Erziehungsanstalten in Bremen habe ich allerdings gehabt, wenn auch nicht so unmittelbar, bei meiner langjährigen Tätigkeit bei der Polizeidirektion. Die liegt allerdings schon einige Jahre zurück und ich würde mich freuen, wenn es in der Zeit besser geworden ist. Damals war es ganz schlecht. Die Zwangserziehung, wie sie damals bestand, war einfach eine Schande. Es waren Mißhandlungen der Kinder in Uebung, nach allem, was wir hörten. Es wäre mir lieber, wenn wir uns nicht beschränkten, lediglich negativ zu beschließen, daß wir der Vorlage, soweit sie Zellen enthält, nicht zustimmen, sondern einen Bericht verlangten, welches die Methode der Zwangserziehung — jetzt nennt man sie mit einem schöneren Wort Fürsorgeerziehung — gegenwärtig ist.

Seinerzeit war ein Beamter bestimmt, Kinder zur Zwangserziehung in Erziehungsanstalten zu bringen. Er hat bitter das beklagt, was er dort gesehen hat. Ich hoffe, daß es jetzt nicht mehr ganz so sein wird. Was früher in dieser Beziehung vorgekommen ist, war aller schlimmste Brutalität. Für die Auffassungen, die auch bei den Gerichten gegenüber den Kindermißhandlungen herrscht, sind mir immer zwei Urteile in Erinnerung geblieben, die ich selbst erlebt habe. Das eine, bei dem jemand, der zwanzig Mark an sich genommen hatte — freilich ein rückfälliger Dieb — drei Jahre Zuchthaus erhielt. Bei dem andern hatte ein Bäckermeister einen kleinen Lehrling, der übermüdet vor seinem Karren eingeschlafen war, mit einer zerbrochenen Latte so geschlagen, daß, wie der Gerichtsvorsitzende sagte, der Junge beinahe eingegangen wäre. Und was erhielt der Bäckermeister? 40 M. Geldstrafe. Das ist die kapitalistische Rechtsprechung! In der Anstalt mag es jetzt besser geworden sein. Wenn man aber in der Vorlage noch von solchen Einrichtungen liest, so muß man sich darüber entrüsten.

Zur Geschäftsordnung

Senator Donath (M. S.): Es sind eine Reihe von Wünschen geäußert. Nach meiner Meinung wäre das Erscheinen des betreffenden Senatskommissars unbedingt erforderlich. Ich möchte daher an den Herrn Präsidenten das Ersuchen richten, bei dem Senatskommissar anzufragen, ob er bei der Verhandlung über diesen Gegenstand anwesend sein will, und den Gegenstand vielleicht um eine Stunde auszusetzen. Es würde uns der Senatskommissar alsdann mündlich Aufklärung geben können.

Präsident: Sind die Anwesenden damit einverstanden, daß wir die Verhandlung unterbrechen und bei Herrn Senator Rhein telephonisch anfragen, ob er zur Fortsetzung der Verhandlung hier erscheinen will? (Zustimmung.) Wenn ich keinen Widerspruch höre, unterbreche ich diese Verhandlung. Die Wortmeldungen können nachher erneuert werden; das ist wohl das richtige.

6. Gegenstand der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1919.

Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes vom 26. Juli 1910, betreffend die Wohnungspflege (Gesetzbl. S. 165).

Richter Henrici: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Der nächste Gegenstand,

Verkauf eines Grundstücks an der Bremerhavenerstraße an die Kommanditgesellschaft Contr. Kellner,

ist, wie mir soeben der Rechnungsführer der Deputation für Häfen und Eisenbahnen mitteilt, von der Deputation für Häfen und Eisenbahnen zurückgezogen. (Hört, hört!)

3. Antrag, betreffend die Höhe der Armenunterstützung.

Frau Scharke (U. S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! (Rufe: Lauter!) Ich bin bei meinem Antrage, betreffend Erhöhung der Armenunterstützung, von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Armenunterstützungen generell erhöht werden müßten, und hatte dafür Hamburg und Frankfurt zugrunde gelegt. Ich habe mich aber davon überzeugen lassen müssen, daß eine allgemeine Erhöhung schwierig ist. Und da die Unterstützungssätze wenigstens einigermaßen zufriedenstellend erhöht sind, geben wir uns mit dieser Art der Erhöhung zufrieden.

Präsident: Wir nehmen den Bericht dankend entgegen.

4. Katasteramt.

Der Antrag wird angenommen.

5. Jahresbericht der Hafeninspektoren.

Kruse (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich im vorigen Jahre die Kürze der Berichte der Hafeninspektoren bemängelte, wurde mir von dem damaligen Rechnungsführer Herrn Krug gesagt, daß es der Deputation verboten sei, auf nähere

Details aus dem Hafenbetriebe in der Öffentlichkeit einzugehen. Nach Nachfrage meinerseits besteht ein solches Verbot nicht. Ob es jemals bestanden hat, bezweifle ich. Auch in diesem Jahre ist der Bericht so kurz und unvollständig, daß man nicht viel damit anfangen kann. Ich will auf einige kleine Sachen eingehen. In dem Bericht heißt es:

In 22 Fällen wurden auf Ersuchen von Behörden u. a. in Unfall- und sonstigen Angelegenheiten Gutachten abgegeben. In einer Strassache war der Unterzeichnete vom Gericht als Sachverständiger geladen, ferner wohnte er zwei ortspolizeilichen Untersuchungen bei.

Sie werden mir erlauben, etwas aus dem Bremerhavener Bericht mit anzuführen, der damit parallel läuft. Es heißt dort:

Wie im Vorjahre hat der Hafeninspektor auch in diesem Berichtsjahre an ortspolizeilichen Unfalluntersuchungen nicht teilgenommen und nur in einigen Fällen Erhebungen über den Hergang und die Ursachen einzelner Unfälle angestellt.

Herr Präsident! Wir sind der Meinung, daß der Hafeninspektor bei jeder Unfalluntersuchung als Sachverständiger zugegen sein und dort sein Votum abgeben sollte, da der Hafeninspektor einzig oder fast nur einzig als wirklicher Sachverständiger für die Unfälle in Betracht kommt, die sich im Hafenbezirk zutragen.

Dann habe ich schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, nach den Angaben des Berichts Parallelen mit anderen Jahren zu ziehen. Es sollte im Bericht wenigstens angeführt werden, wieviel Arbeiter dort sind und wieviel Arbeitsstunden geleistet werden; dann erst ist es möglich, von einem Jahre zum anderen festzustellen, ob die Zahl der Unfälle wirklich zurückgegangen ist. Es wird uns in jedem Jahre mitgeteilt, . . .

Präsident: Ich bitte die Herren, Platz zu nehmen, es ist unmöglich, den Redner zu verstehen!

Kruse: Es ist so ganz unmöglich, festzustellen, ob die Unfälle abnehmen oder zunehmen. In jedem Jahre ist uns vom Rechnungsführer gesagt worden, daß die Zahl der Unfälle ganz bedeutend geringer geworden sei. Wenn das zutreffend gewesen wäre, hätten wir schon lange ein Minus an Unfällen haben müssen. Aber leider stimmt das nicht, die Zahl der Unfälle ist noch immer groß. Genaues darüber können wir aber nicht erfahren, weil wir nicht wissen, wieviel Arbeiter und wieviel Arbeitsstunden in Betracht kommen. Aber wenn man im Bericht liest, daß von den 138 Unfällen im ganzen 99 allein auf die Ladearbeiten kommen, dann glaube ich, wird man annehmen müssen, daß nicht genügend für die Ausbildung der Kranführer gesorgt wird. Ich habe schon einmal ausgeführt, daß es mit

ihrer Ausbildung so gemacht werden müßte, wie bei den Straßenbahnfahrern. Diese fahren zuerst immer so, daß sie neben sich einen älteren Kollegen haben. Ganz anders ist es aber im Freihafen bei den Kranführern. Dort ist es vorgekommen, daß ein Kranführer den Kran nicht zum Stillstand bringen konnte. Es war Mittag und er wollte fortgehen, es war ihm aber nicht möglich, den Kran zum Stillstand zu bringen. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als abzuspringen und die Kette mit der Hand abzunehmen. Auf Befragen sagte er dann: Ich bin noch nie auf dem Kran gewesen und gehe auch nicht wieder hinauf. Es muß doch von vornherein auf eine gute Ausbildung Wert gelegt werden.

In der Deputation wurde mir mitgeteilt, daß im nächsten Bericht uns schon mitgeteilt werden sollte, wieviel Arbeiter und wieviel Arbeitsstunden in Betracht kämen. Das ist doch nicht geschehen. Aber im nächsten Bericht wird das in ausführlicher Weise ausgeführt werden, dafür werden wir schon in der Deputation sorgen.

Präsident: Wir nehmen den Bericht dankend entgegen.

Präsident: Ich möchte Sie bitten, bevor wir mit den Anträgen anfangen, noch den

13. Gegenstand der Tagesordnung, Mitteilung des Senats vom 9. Juli 1919, 8. Aenderung der Deichordnung,

eben zu erledigen. Die Juristische Kommission hat sich jetzt mit Herrn Senator Spitta über die Fassung des § 42 verständigt.

§ 42 erhält folgenden zweiten Absatz:

Auf Antrag des Deichamts kann der Kreis des bremischen Landgebiets die Geschäfte des Deichrentmeisters und Deichsekretärs übernehmen. In diesem Falle hat der Kreisrentant die Stellung eines Deichrentmeisters und Deichsekretärs. Der Kreis kann genehmigen, daß er sich dabei von anderen Beamten des Kreises vertreten läßt. Das Deichamt vereinbart mit dem Kreis für die Uebernahme der Geschäfte des Deichrentmeisters und Deichsekretärs eine angemessene Entschädigung.

Die Vorlage wird angenommen.

VII. Antrag, betr. Abbau der Zwangswirtschaft.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, bei der Reichsregierung auf den beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft und die sofortige Freigabe des Ein- und Ausfuhrhandels hinzuwirken.

Wenholtz (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist von meiner Fraktion am 13. Juli d. J. eingebracht worden. Er kann mit

Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses erst heute zur Verhandlung kommen. Inzwischen hat am 23. Juli der neue Reichsministerpräsident Bauer eine Erklärung abgegeben, in der er zwar nicht mit ganz klaren Worten, aber doch immerhin erkennbar zum Ausdruck bringt, daß die Reichsregierung entschlossen ist, diejenigen Maßnahmen durchzuführen, die auch die Absicht dieses Antrages waren. Ich kann unter diesen Umständen heute auf die Behandlung dieses Antrages verzichten, um zunächst abzuwarten, ob die Reichsregierung bei ihrem Wort stehen wird. Wir behalten uns dann neue Anträge vor, falls es notwendig sein sollte, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Ich ziehe somit meinen Antrag zurück.

VIII. Antrag, betr. Ausübung der Jagd im Stadtgebiet.

Die Nationalversammlung wolle den Senat ersuchen, von der hierzu in Frage kommenden Behörde einen Bericht einzufordern, ob es sich nicht empfiehlt, im Interesse der Parzellisten die Verpachtung von Grundstücken im Stadtgebiet zur Ausübung der Jagd aufzuheben.

Becker (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Sache braucht nicht näher begründet zu werden. Wenn man bedenkt, daß vor dem Kriege wir etwa 5000—6000 Parzellen hatten und wir jetzt 30—35 000 haben, dann ist es ohne weiteres einleuchtend, daß für die zahlreichen Parzellisten die Jagd auf ihren Grundstücken ein Dorn im Auge ist. Denn zu den Jagdgebieten gehört ja auch das Land der Parzellenbesitzer, und es ist klar, daß sie großen Schaden davon haben, wenn die Jäger mit ihren Treibern und Hunden auf ihre Grundstücke kommen. Das Pachtgeld, das durch diese Jagden eingebracht wird, sollte übrigens auch in die Gemeindefassen fließen. So wie es bisher ging, kann es unter keinen Umständen weiter gehen. Der jetzige Zustand besteht schon seit den 90er Jahren. Jetzt soll die Pacht wieder für sechs Jahre erhoben werden, das darf aber unter keinen Umständen sein.

Garves (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei Gelegenheit der Erhöhung der Jagdscheingebühren war es meine Absicht, das Wort zu nehmen. Weil aber von meinem Herrn Vorredner ein Antrag gestellt ist und Herr Becker der Ansicht ist, daß dieser Antrag sich in derselben Richtung bewegen würde wie der von mir zu stellende, komme ich bei dieser Gelegenheit darauf zurück. Es ist dem Staate darum zu tun, mehr Geld zu bekommen, und deshalb ist die Erhöhung der Jagdscheingebühren in Aussicht, die leider nur 3000 M. bringen wird. Ich möchte nun die Deputation darauf hinweisen, daß sich vielleicht ein gangbarer Weg in der Richtung einschlagen ließe, daß wir das Oldenburger Beispiel befolgen. Dort ist man allgemein damit zufrieden; dort hat man die allgemeine

Bestimmung getroffen, daß jeder auf seinem Lande das Recht hat, zu jagen, mit einer bedeutenden Einschränkung allerdings: die Parzellisten haben nicht das Recht, auf ihren Parzellen zu jagen, aber das hat ja wohl auch nicht soviel zu sagen. Also, jeder kann auf seinem Grundstück jagen, er hat aber dafür einen Jagdschein zu lösen. Die Vorteile dieser Einrichtung sind, daß die Sache mehr Geld bringt, der betreffende Grundbesitzer hat keinen Flurschaden durch Wild oder Jäger oder Treiber. Kurz und gut: die Oldenburger sind im großen und ganzen mit dieser Ordnung, die seit 1904 eingeführt ist, so sehr zufrieden, daß sie sich keinen besseren Zustand wünschen. Da mir nun aus Kreisen der Landwirtschaft zugetragen worden ist, daß man dieses Oldenburger Beispiel als empfehlenswert ansieht, so gebe ich diese Empfehlung weiter. Ein weiterer Vorteil dieser Regelung ist ja auch der, daß mehr Wild auf den Markt kommt. Das kann ich beurteilen. In Oldenburg soll man sehr gute Erfahrungen damit gemacht haben, weil bedeutend mehr Wild abgeschossen worden ist.

Lauts (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag Beder kann in einer anderen Weise erledigt werden. Nachdem er den Antrag derzeit eingebracht hat, haben wir selbst von Seiten der Inspektion an sämtliche Vereine für Kleingartenbau geschrieben und gebeten, etwaige Wünsche zu äußern. Die Wünsche dieser Interessenten werden dann ihrer schnellsten Erledigung zugeführt werden. Wenn wir jetzt einen Bericht fordern wollten, so würde er in der Verlesung zur Sprache kommen, und bis dahin würden die Jagden verpachtet sein. Ich bitte also Herrn Beder, seinen Antrag zurückzuziehen. Wir haben auch viele Klagen bekommen über große Wildschäden. Erst neulich hat mir ein Herr versichert, daß ihm seine sämtlichen neuen Obstbäume von Hasen abgefressen seien. Ferner ist ein großer Unterschied, ob die Parzellen am Werber oder anderswo liegen. Die Sache läßt sich am einfachsten dadurch regeln, daß wir die Wünsche der Interessenten berücksichtigen. Die Wünsche des Herrn Garves können wir ebenfalls gern berücksichtigen. Aber ich möchte bitten, von einem Bericht abzusehen. Ich darf noch hinzufügen, daß das Interesse des Staates an dem Ertrage der Jagd sehr klein ist. Die Inspektion zieht an Jagdgeldern sehr wenig ein; das spielt gar keine Rolle.

Wenhold (D.): Ich kann nur bestätigen, daß die Förderung dieser Angelegenheit bereits in die Wege geleitet ist. Es ist an mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses zur Förderung des Kleingartenwesens ein Schreiben der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke ergangen, in dem mitgeteilt wird, daß die Deputation die Absicht hat, die Verpachtung nach den Wünschen der Interessenten vor-

zunehmen. Da diesem Ausschuss auch Herr Beder angehört und außerdem Herr Beder Mitglied der Deputation ist, wird er in dieser doppelten Eigenschaft wohl dafür sorgen können, daß diesen Wünschen Rechnung getragen wird. Es ist deshalb zweckmäßig, daß der Antrag zurückgezogen wird, da die Zeit bis zu jener Berichterstattung nicht mehr ausreicht, weil inzwischen die Jagden verpachtet werden müssen.

Heuer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir den Antrag Beder unterstützen. Ich bin auch Parzellist und weiß, daß die Landleute von diesen Jagden einen großen Schaden haben.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Beder (M. S., Schlußwort): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn vielleicht gesagt wird, daß keine Beschwerden vorliegen, so muß ich doch sagen, daß sehr viele Beschwerden der Polizeidirektion zugegangen sind. Ich habe diesen Antrag gestellt, weil von Seiten der Deputation der öffentlichen Grundstücke die Pachtverträge ausgeschrieben werden. Dieserhalb war damals eine Debatte der Parzellisten, sie waren der Meinung, daß die Pacht innerhalb des Stadtgebietes aufgehoben werden müsse. Außerdem ist das Wild, das in dieser Gegend abzuschießen ist, m. E. nicht zahlreich. Ich meine, daß die Polizeidirektion diese Jagden, weil sie die öffentliche Sicherheit gefährden, zu verbieten hat. Deshalb hat die Polizeidirektion auch in manchen Stadtteilen Vorkehrungen getroffen, um die Grenzen des Jagdgebietes zu verlegen. Ich bin dafür, daß, wenn, wie Herr Wenhold sagt, die Sache einem 20er-Ausschuss übergeben wird, sie sich dann erledigt.

Präsident: Herr Beder zieht seinen Antrag zurück, die Verhandlung ist also erledigt.

IX. Antrag, betr. Verstaatlichung der Taubstummenanstalt.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Kommission für das Unterrichtswesen mit einem Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Taubstummenanstalt zu verstaatlichen.

Mannier (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den 80 Taubstummenanstalten im Deutschen Reiche sind nur eine ganz geringe Anzahl Privatanstalten. Und die Zeitentwicklung geht dahin, diese Anstalten in Staatsbetrieb zu übernehmen. Es ist auch schon ein ähnlicher Antrag in der alten Bürgerschaft gestellt und auch angenommen worden. Damals hatte Herr Schierenbed diesen Antrag eingebracht, und zwar am 23. Juli 1909. Der Antrag hatte zur Folge, daß ein Bericht von der damaligen Schuldeputation einging, der sich mit der Verstaatlichung

der Taubstummenanstalt beschäftigte. Dieser Bericht verhielt sich ablehnend, und in der Bürgerschaft, die über diesen Bericht am 18. Oktober 1911 verhandelte, fand sich deshalb keine Mehrheit für den Antrag. Im Jahre 1914 ist dann von Herrn Holzmeier ein ähnlicher Antrag eingebracht worden. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Meine Damen und Herren! Wir haben nun zu prüfen, ob ein solcher Antrag auch heute wieder abzulehnen ist. Ich stehe auf dem Boden, daß, wo doch seit 1898 für die Taubstummen der Unterrichtszwang eingeführt ist, wir darauf bestehen müssen, daß diese taubstummen Kinder durch solchen Unterrichtszwang nicht der privaten Wohltätigkeit zugeführt werden, sondern daß der Unterrichtszwang auch zur Folge hat, daß der Staat die Pflicht der Erziehung für die Taubstummen und den Unterricht für die Taubstummen auf sich nimmt. Ich will gar nicht verkennen, daß der Verein, der die Taubstummenanstalt augenblicklich leitet, gute Dienste geleistet hat für Unterricht und Erziehung der Taubstummen, aber ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß Erziehung und Unterricht, welcher Art es auch sei, heute voll und ganz vom Staat zu übernehmen ist. Es werden wahrscheinlich auch einzelne Vorteile daraus ersprechen, daß wir diesen Antrag annehmen. Ich glaube, und dies wird Herr Pastor Bode mir bestätigen müssen, daß auch der Verein heutzutage unter finanziellen Schwierigkeiten zu leiden hat, und ich nehme an, daß es dem Verein erwünscht sein könnte, diese Anstalt jetzt in Staatsbetrieb überführen zu lassen. Ich kann mir auch denken, daß andererseits die Lehrer einen gewissen Wunsch haben, die Verstaatlichung zu erzielen, denn soviel steht fest, und das Gefühl habe ich gehabt bei der Rücksprache mit den Lehrern, daß sie bestimmt sich würden freier bewegen und fühlen können, wenn diese Schule in die Hände des Staates übergeht.

Ich will dann aber noch einen Punkt hier erwähnen. Es wird auf jeden Fall in Bremen über kurz oder lang eine Schule für Schwerhörige eingerichtet werden müssen, und diese Schule für Schwerhörige muß dann meines Erachtens in Verbindung gebracht werden mit dieser staatlichen Taubstummenanstalt. Wir haben wohl zu rechnen mit 40 Schwerhörigen, für diese müssen vier Lehrer angestellt werden. Schwerhörigenschulen haben wir längst in vielen Gegenden Deutschlands, in Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, Magdeburg. Bremen muß sich auch diese Schwerhörigenschule schaffen.

Dann noch eines: Diese Taubstummenanstalt hat eine Internaterziehung und es ist, glaube ich, im Sinne der Eltern erwünscht, wenn diese Internaterziehung abgeschafft wird. Ich will nicht dafür sein, daß wir ein Externat dafür einrichten, sondern bin dafür, daß wir die Taubstummenanstalt als Unterrichtsanstalt beibehalten, daß wir aber die einzelnen Schüler bei den Eltern lassen. Heute ist es so, daß die Taubstummen-schüler während der ganzen Unterrichtszeit in der Anstalt verbleiben und zum Sonntag und in den Ferien

zu ihren Eltern gehen. Die Eltern haben das Bedürfnis, gerade diese Kinder, die so traurig von der Natur bedacht sind, um sich zu haben, und ich muß aus meinem menschlichen Empfinden heraus es für wünschenswert halten, daß diese Kinder bei ihren Eltern bleiben. Die Anstalt selbst könnte vielleicht zu ganz guten Zwecken vom Staat übernommen werden. Vielleicht ließe sich da eine gute Haushaltsschule einrichten.

Ich bitte Sie, aus diesen Gründen den Bericht von der Schuldeputation zu fordern. Ich nehme an, daß der Bericht heutzutage etwas anders ausfallen wird und daß er nicht erst nach zwei Jahren erstattet wird, sondern daß er so gehalten sein wird, daß wir die Taubstummenanstalt schon zum nächsten Jahre in Staatsbetrieb übernehmen können.

Pastor Bode (V.-V.): Herr Präsident! Meine Herren! Grundsätzlich bin ich gerade so wie Herr Mannier für Verstaatlichung der Taubstummenanstalt, aber ich erinnere mich eines Wortes von Bismarck, der etwa sagte: Wenn ich mit Grundsätzen durchs Leben gehen sollte, so käme ich mir vor wie ein Mensch, der eine riesenlange Eisenstange im Munde trägt und muß damit durch einen schmalen, engen Waldweg gehen. So ist es hier auch. Selbst wenn man grundsätzlich für die Verstaatlichung irgend einer Sache ist, so fragt es sich doch sehr, ob das einzelne Objekt geeignet ist zu dieser Verstaatlichung. Daß die Frage an die Kommission zurückerwiesen und die Kommission mit einem Bericht beauftragt wird, dafür sind wir auch, aber wir haben doch unsere Bedenken dabei, wenn man von diesem Grundsatz, den Herr Mannier ausgesprochen hat, ausgeht und nun damit diese Anstalt schon als gleichermaßen unbedingt zu verstaatlichen erklärt. Denn das, was in der Mitteilung des Senats im Jahre 1911 und in den Verhandlungen der Bürgerschaft zur selben Zeit angeführt ist, das ist genau so heute noch. Die Vorteile und Nachteile sind dieselben geblieben. Ich möchte sagen, eher ist es d r i n n e n in der Anstalt besser geworden und nun fragt es sich, wie es d r a u ß e n geworden ist. Draußen ist es schlechter geworden. Der Staat ist ohne Frage jetzt nicht mehr so günstig gestellt wie 1911 und eine Verstaatlichung, also eine Uebernahme der ganzen Kosten auf den Staat, die damals schon den immerhin gut in seinen Finanzen balancierenden Staat belastet hätte, würde jetzt den Staat mehr belasten. Denn das ist doch ganz gewiß: wenn es eine Staatsanstalt wird, dann ist es vorbei mit der Liebestätigkeit. Bisher haben wir durch private Beihilfen und durch die Zuschüsse des Staates die Anstalt halten und all das leisten können, was irgendwie zugunsten der Anstalt nötig war. Ich möchte deshalb vor zu voreiligem Handeln auf diesem Gebiete warnen. Ich möchte auch vor allen Dingen noch erwähnen: taubstumme Kinder haben besondere Liebe und Sorgfalt nötig. Dann aber ist es ganz gewiß von Vorteil für die Kinder, wenn sich diejenigen, die den Vorstand der Taubstummenanstalt bilden, dieser

Sache nicht als Beamte, nicht berufsmäßig, sondern aus innerem Herzenstrieb widmen. Ich sitze ein Jahrzehnt lang bereits im Vorstand der Anstalt. Ich meine, ich kann es beurteilen, wie es bei den Kindern liegt, wie ihnen ums Herz ist, weil wir uns alle Nasenlang, so möchte ich etwas burschikos sagen, uns dort sehen lassen und uns um die Kinder kümmern. Namentlich möchte ich an dieser Stelle der Verdienste derjenigen Herren gedenken, die durch Jahrzehnte unter wirklich großen Schwierigkeiten und persönlichen Opfern an Zeit und Kraft sich der Sache gewidmet haben, sonderlich des Herrn Hossmann, Dr. Bulle und der Rechnungsführer Löwe und Grote.

Noch eins kommt hinzu. Ich glaube nicht, daß der Staat diejenigen Kräfte, die außer den Lehrern noch nötig sind in solcher Erziehungsanstalt, sich so gut aussuchen kann, wie wenn wir mehrere Herren im Vorstand sind und jeder einen persönlichen Fühler ausstreckt. Ich glaube, gerade diejenigen Herren, die im gewöhnlichen Leben viel mit Anstalten zu tun haben, werden wissen, daß man privatim so etwas vielleicht besser erledigen kann, als offiziell und staatlich. Wir müssen eben solche Kräfte haben, die nicht bloße Beamte sind, sondern die wirklich Verständnis, Liebe und Herz für die gute Sache haben. Ich möchte sogar meinen, daß wir uns freuen sollten, daß unsere bremische Anstalt, wie Herr Mannier richtig ausgeführt hat, unter den vielen Anstalten in Deutschland eine der wenigen ist, die noch ein sogenanntes kommunaloides Gebilde darstellt. Gewiß, der Staat könnte noch mehr tun, und wir würden dann vielleicht auf anderem Gebiete unsererseits vom Vorstand aus auch noch mehr leisten, aber ich bitte doch nicht die Sache so ohne weiteres zur Staatsanstalt zu machen. So richtig der Grundsatz der Verstaatlichung des Unterrichts auch ist, er darf kein starres Prinzip, keine tote Schablone sein, nach der man alles ein für alle mal einrichtet; sondern es muß auch da Freiheiten geben. Und damit komme ich auf das Internat zu sprechen. Darin kann ich meinem Vorredner nicht zustimmen. Er glaubt, daß die Eltern gerade diese Kinder immer gern bei sich hätten. Ich weiß nicht, worauf der Herr Vorredner seine Kenntnis stützt; aber soweit ich aus langer Praxis weiß, haben sich die Eltern immer riesig gefreut, daß ihre Kinder Montags morgens von 9 Uhr an bis Sonnabend mittag in der Anstalt waren. Sie kommen dann ins Elternhaus, leben dort mit ihrer Familie weiter und kommen Montags morgens 9 Uhr wieder zur Anstalt. Als ich das vorletzte Mal und das letzte Mal in der Anstalt war, haben mir jedesmal die Kinder sowohl wie zu anderer Zeit die Eltern gesagt, sie freuten sich auf Montag morgen 9 Uhr, wenn sie wieder in die Anstalt kämen, denn die Anstalt ist in sehr gutem Rufe, nicht nur was Unterricht, sondern auch was Erziehung, Zusammenleben und das übrige Internat anbetrifft, weil nämlich dort Menschen angestellt sind, die ein Herz und keinen Paragraphen hier sitzen haben. Ich sage Ihnen, es ist wirklich so: ein Internat ist eine famose Sache.

Ich möchte auch meinen, daß Herr Mannier seinen Einwand nicht aufrecht erhalten wird, wenn er sagt, die Lehrer würden auch gewinnen, sie würden sich freier bewegen können, wenn sie Staatsangestellte wären. Das mag sein. Ich stehe aber, glaube ich, mit Lehrern und Lehrerinnen sehr gut, mir ist etwas derartiges nicht entgegengetreten. Sie mögen aber recht haben. Dann aber muß ich Ihnen als Lehrer sagen: Eine Schule ist nicht um der Lehrer willen, sondern um der Kinder willen da, und wenn die Anstalt, wie sie jetzt ist, für die Kinder gut ist, dann müssen wir dies eben mit in Kauf nehmen und die Herren Lehrer ein wenig sich bedrängt fühlen lassen, aber ich glaube nicht, daß von irgendeiner Beschränkung weder des Unterrichts noch des Umgangs mit den Kindern jemals die Rede gewesen ist. Im Gegenteil, die Herren haben immer wieder uns gebeten, wir möchten doch öfter mal in den Unterricht kommen, um uns ihre Tätigkeit anzusehen. Aber da ich selber früher Schulmeister gewesen bin, so störe ich andere Lehrer nicht gern beim Unterricht. Ich meine, daß die Begründung in der Flugschrift des Vorstandes des Allgemeinen Taubstummenevereins, die Ihnen allen zur Hand ist „Warum ist die Verstaatlichung des bremischen Taubstummenevereins eine Notwendigkeit?“ doch außerordentlich schwach ist. Ich glaube, wer dies durchliest, dem wird niemals der Gedanke kommen: Nun muß die Taubstummeneinstalt verstaatlicht werden. Nehmen wir den Antrag an, der einen Bericht fordert, dann haben wir später immer noch Gelegenheit, zu beschließen, ob die Anstalt verstaatlicht werden soll oder nicht. Ich warne aber davor, voreilig vorzugehen. In dem Augenblick, wo wir verstaatlichen, wird es mit der freien Liebestätigkeit in dieser Beziehung aus sein. Es sind ihrer viele, die sich freuen, Tränen trocknen, Kinder pflegen, etwas für die Erziehung der Kinder tun zu können, damit diese im späteren Leben etwas leisten können. Das wird dann vielleicht anders werden. Man soll nicht um eines Grundsatzes willen eine an sich wirklich gute Sache umstoßen. (Beifall.)

Karrenberg (D.): Ich würde es sehr bedauern, wenn durch die Verstaatlichung eine Verschlechterung der Verhältnisse bewirkt werden würde, und nur unter der Voraussetzung, daß die Verstaatlichung eine Verbesserung bedeutet, werde ich dem Gedanken der Verstaatlichung zustimmen. Im übrigen bildet die Frage der Verstaatlichung des Taubstummeneunterrichts auch einen Teil des Arbeitsprogramms des Ausschusses für die Einheitschule. Ich würde es nicht für zweckmäßig halten, nur aus dem Grunde, weil die Sache im Programm steht, nun gleich die Verstaatlichung zu veranlassen. Es handelt sich aber ja vorläufig nur um einen Bericht, und wir werden später noch Gelegenheit haben, zur Frage Stellung zu nehmen. Meine Damen und Herren! Vor allem muß einmal geprüft werden, ob die Verhältnisse an der Taubstummeneinstalt in jeder Hinsicht einwandfrei sind. Daß sich eine nähere Prü-

fung erübrige, glaube ich nicht. Darin bestärken mich ein vom Vorstand des Taubstummenvereins herausgegebenes Schriftstück, das uns vorliegt, und Mitteilungen der Lehrer der Anstalt, die in der Tat eine gründliche Prüfung als wünschenswert erscheinen lassen.

Dann habe ich noch an Herrn Pastor Bode die Frage zu stellen, ob nicht seit 1914 auch in der Hinsicht mittlerweile die Verhältnisse sich wesentlich ungünstiger gestaltet haben, daß die freie Liebestätigkeit bereits stark behindert wird. Unsere wirtschaftliche Lage ist durchaus keine günstige, so daß leider befürchtet werden muß, daß die freie Liebestätigkeit demnächst völlig zusammenbrechen wird und der Staat aufs neue mit Zuschüssen eingreifen muß. Auch aus diesen Erwägungen heraus empfiehlt es sich, die Sache näher zu prüfen. Ich wollte Sie eigentlich bitten, die Sache dem Ausschuß für die Einheitsschule zu überweisen, habe aber davon abgesehen, und bitte Sie, dem Antrage Mannier zuzustimmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Verhandlung ist geschlossen.

Mannier (M.-S.) [Schlußwort]: Herr Bode hat eine sehr zu Herzen gehende Rede gehalten (Zuruf: Pastoral!) und einen Beweis von großer Liebe für diese Anstalt erbracht. Herr Bode hat die private Wohltätigkeit sehr gerühmt und ein Loblied für diejenigen gesungen, die solche Wohltätigkeit bewiesen haben. Der Staat zahlt aber heute schon fast die Hälfte der Kosten für die Schule, da hätte Herr Bode doch mindestens auch dem Staat ein kleines Loblied singen müssen.

Dann möchte ich eingehen auf etwas anderes und eine mehr pädagogische Betrachtung über die Vorteile und Nachteile der Internaterziehung in aller Kürze anstellen, soweit die Taubstummenanstalt dafür in Betracht kommt. Die Kinder sind während der ganzen Zeit ihrer langjährigen Ausbildung in engen Räumen eingeschlossen — die Räume an sich sind nicht eng, aber das ganze Haus an der Humboldtstraße. Sie haben dort nur die Anstalt mit einem verhältnismäßig kleinen Garten. Da müssen die Kinder jahrelang sich aufhalten, in dieser engen Umgebung erhalten sie keine neuen Eindrücke, werden innerlich nicht bereichert, das Leben läuft in der Anstalt monoton für sie dahin. Internaterziehung finden wir im wesentlichen im katholischen Süddeutschland, weil dort das Klosterleben eine große Rolle spielt.

Herr Pastor Bode hat, wie ich schon sagte, der privaten Wohltätigkeit ein Loblied gesungen. Dazu muß ich doch noch etwas sagen. Ich bin ein Mensch, der gern anerkennt, wenn jemand von Herzen wohlthätig sein will. Aber als ich diese Taubstummenanstalt betrat, hat mich eines angewidert, — ich kann es nicht anders bezeichnen. Es sind da auf dem Hausflur große schwarze Tafeln, auf denen geschrieben steht, wieviel jeder einzelne beigetragen hat aus seiner Tasche für diese Anstalt. (Zuruf: Reklame!) Alles das ist auf dem schwarzen

Brett zu lesen, und es handelt sich vielleicht bei einzelnen nur darum, eine Sündenschuld abzutragen. (Unruhe.) Mir kamen die Tafeln wie große Ablakette vor. Fühlt sich jemand von seinem Gewissen bedrückt, so greift er in die Tasche und erweist sich wohlthätig, um die Sündenschuld abzutragen. Ich will damit keinen Vorwurf auf alle Wohltäter erheben, ich vertrete nur die Ansicht, daß die Wohltätigkeit auch ihre Schattenseiten haben kann.

Einen Vorteil würde die Uebernahme der Anstalt durch den Staat noch mit sich bringen. Ich glaube, daß der Verein nicht in der Lage ist, die Besetzung der Klassen kleiner zu gestalten. Jetzt sind zwölf Schüler in jeder Klasse. Nach praktischer Erfahrung wäre es gut, wenn nicht mehr als acht (Bode: Neun!) gleichzeitig unterrichtet würden, da es sonst schwierig ist, die Wortbilder vom Munde des Lehrers abzulesen.

Ich möchte Sie jedenfalls bitten, von der Schuldeputation zu verlangen, daß sie uns einen Bericht gebe, damit wir später in der Lage sind, weitere Schritte zu unternehmen.

Pastor Bode: Zur Richtigstellung!

Präsident: Das ist nicht mehr zulässig.

Pastor Bode: Zur tatsächlichen Aufklärung!

Präsident: Dazu kann ich Ihnen nach Schluß der Debatte nicht mehr das Wort geben.

Der Antrag Mannier wird angenommen.

Pastor Bode: Zur Abwehr eines persönlichen Angriffs!

Präsident: Vor der Abstimmung wäre das möglich gewesen, jetzt nicht mehr.

10. Gegenstand der Tagesordnung:

Antrag, betr. Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, bei der Reichsregierung die Aufhebung des über Bremen verhängten Belagerungszustandes zu beantragen.

Lunkewitz (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns an dieser Stelle schon öfter mit der Frage, betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes, beschäftigt. Ich meine, zur Begründung des Antrages kann ich mich deshalb kurz fassen, umso mehr als mein Freund Waigand schon in der Budgetrede einige Ausführungen in der Beziehung gemacht hat, die ich nicht zu wiederholen brauche. Meine Damen und Herren! Wenn meine Fraktion bisher nicht in der Lage war, für die Aufhebung des Belagerungszustandes zu stimmen, so deshalb nicht, weil uns die Voraussetzungen für die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht gegeben, nicht vorhanden waren.

Nachdem nun aber Anzeichen vorhanden sind, wonach es auch in Bremen möglich erscheint, den Belagerungszustand aufzuheben, halten wir den Zeitpunkt für gekommen, der Frage näherzutreten, umso mehr, da wir stets Gegner derartiger Maßnahmen gewesen sind und nicht wollen, daß der Belagerungszustand auch nur einen Augenblick länger bestehe, als es unbedingt notwendig ist. Meine Damen und Herren! Ich will nur auf die Städte in Deutschland verweisen, wo der Belagerungszustand nur eine kurze Zeit bestanden hat. Ich meine, was in diesen Städten möglich ist, das sollte am Ende auch bei uns in Bremen möglich sein. (Sehr gut!) Wir können für die Aufhebung des Belagerungszustandes umsomehr eintreten, da wir annehmen zu können glauben, daß derjenige Teil der Bevölkerung, der da meint, nicht ohne Putzche und wilde Streiks auskommen zu können, einzusehen begonnen hat, daß durch derartiges Vorgehen die Revolution nicht vertieft, sondern nur verflacht wird und die Erfolge der Revolution in Frage gestellt werden. (Sehr richtig!) Wenn der Belagerungszustand bisher immer noch bestanden hat, so trifft dafür gerade diejenigen die Schuld, die sich am meisten über den Belagerungszustand aufgeregt haben. (Zuruf: Das ist schon lange her!) Ich verweise unsere Freunde von der äußersten Linken darauf, daß sie es in der Hand gehabt hätten, zur Zeit der Bildung der Provisorischen Regierung den Belagerungszustand alsbald loszuwerden. Das haben sie nicht getan. Wären sie seinerzeit mit in die Regierung eingetreten, hätten sie die Verantwortung mit übernommen, so hätten wir heute den Belagerungszustand längst vergessen. (Heiterkeit.) Aber unsere Freunde von der Linken haben den Belagerungszustand als Agitationsmaterial benutzt, um in diesem Hause große Reden zum Fenster hinaus zu halten. (Zuruf von links: Unverschämtheit! Ruf aus der Mitte: Aber richtig!) Wenn man den Leuten die Wahrheit sagt, dann paßt es ihnen nicht.

Nun noch einige Ausführungen, betreffend die „Arbeiter-Zeitung“. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat beinahe Purzelbäume geschlagen. Sie scheint anzunehmen, daß die Fraktion der U. S. uns durch ihren Deputationsstreik gezwungen hat, den Belagerungszustand aufzuheben. Da haut sie natürlich vollständig vorbei, denn davon kann keine Rede sein. (Zuruf: Größenwahn!) Dieses hat, wenigstens bei mir, keineswegs eine Rolle gespielt. (Zuruf von links: Aber für andere!) Daß aber Sie sich der Arbeit in den Deputationen und Kommissionen enthalten, damit haben Sie den Arbeitern keinen großen Dienst getan. (Zuruf von links: Das überlassen Sie den Arbeitern!)

Nur noch eine Schlußbemerkung — ich will Sie nicht lange aufhalten. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß durch die Aufhebung des Belagerungszustandes in Zukunft ein ruhiges und einheitliches Arbeiten ermöglicht wird, daß wir uns gegenseitig nicht zerfleischen, wobei nichts gutes herauskommen kann. Wir müssen ein ruhiges und sachliches Neben- und Miteinander-

arbeiten ermöglichen zum Wohl der Arbeiterschaft und zum Wohl der Allgemeinheit. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall. Händeklatschen in der Mitte.)

Winkelmann (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bedenken, welche einer Aufhebung des Belagerungszustandes entgegenstehen, bestehen auch heute noch. Sie sind mehrfach dem Hause vorgetragen, so daß eine Wiederholung derselben sich erübrigt. Das eine muß jedoch gesagt werden: der Belagerungszustand in seiner so äußerst milde gehandhabten Form (Dr. Künkler: 53 Tage Schutzhaft!) war weiter nichts als eine Sicherheitsmaßnahme, die bewirkte, daß Putzche und Blutvergießen verhindert worden sind. Dem Belagerungszustand haben wir es zu danken, daß es seit dem 4. Februar zu Putzchen und Blutvergießen nicht wieder kommen konnte. Wenn Sie nun eine Aufhebung des Belagerungszustandes beschließen wollen, dann wird der Senat in der loyalsten Weise beim Reichswehrministerium für die Aufhebung des Belagerungszustandes sich verwenden. Die Verantwortung für einen solchen Beschluß fällt aber auf jene, die die Aufhebung heute beschließen. Der Senat muß im voraus es ablehnen, die Verantwortung für etwaige Folgen, die aus der Aufhebung entstehen, zu übernehmen.

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Ich glaube, wir haben Grund, mit den Erklärungen, die heute hier abgegeben worden sind, unzufrieden und enttäuscht zu sein. Wir hatten dieser Verhandlung mit der Hoffnung entgegengesehen, auch endlich einmal eine Freude in der Nationalversammlung zu haben. Darin sind wir bitter enttäuscht worden. Wir haben uns gesagt, und in der „Arbeiter-Zeitung“ ist das seiner Zeit in einer ganz lustigen Weise zum Ausdruck gekommen: Wir haben die Festung, genannt der Belagerungszustand, berannt und berannt, endlich kommt die weiße Fahne hoch! Aber trotz aller unserer Bemühungen sehen wir uns immer wieder vor dieser Hartnäckigkeit der Mehrheitssozialisten. Wir hatten gehofft, entweder sie würden bekennen: Wir haben uns geirrt! (Gelächter.) Und ich bin überzeugt: eine große Mehrheit der Mehrheitssozialisten ist auch jetzt der Meinung, daß sie sich geirrt haben. Aber dann hätten sie kommen und das offen bekennen müssen. Aber sie wollen sich eben nicht als reuige Sünder bekennen. Oder, so hoffen wir, werden die Mehrheitssozialisten uns belehren, daß wir die richtigen Gründe für die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht gefunden hatten, und eine Belagerung ist auch ein Gewinn. Dagegen wird jetzt auf einmal von den Begründern des Antrages gesagt, es seien nun die Voraussetzungen gefallen, — während Herr Senator Winkelmann freilich meint, die Bedenken bestünden auch heute noch. Der Antragsteller saß, jetzt sei es möglich, den Belagerungszustand aufzuheben, und er

beruft sich dabei auf die Städte, in denen inzwischen der Belagerungszustand aufgehoben worden sei. Meine Damen und Herren! Ganz dasselbe haben wir damals auch gesagt. Wir haben uns auf die vielen Städte berufen, in denen der Belagerungszustand aufgehoben wurde. Was wurde uns da erwidert? Bremen liegt in der nordwestdeutschen Ecke. Hat sich in dieser Voraussetzung etwas geändert? Bremen liegt doch noch da, wo es damals lag! Es wird jetzt auf einmal erklärt, Sie hätten die Zuversicht, daß keine Putsche beabsichtigt seien. Anstatt, daß Sie reuig vor uns treten, erklären Sie: Wir haben keine Schuld daran, daß der Belagerungszustand so lange dauert, wenn wir, die Unabhängigen, in die Regierung eingetreten wären, dann wäre der Belagerungszustand schon längst aufgehoben worden. Was das miteinander zu tun hat, ist mir unerfindlich. In die Regierung wären wir natürlich nur unter der Bedingung eingetreten, daß der Belagerungszustand aufgehoben wurde. Aber daß das nun eine Schuld sei, das ist nicht zu verstehen. Meine Damen und Herren! An den Voraussetzungen hat sich nichts geändert. Wir haben eben wieder das Schauspiel erleben müssen: Wenn wir eine Sache wollten, war sie schlecht, und wenn sie von der andern Seite gewollt ist, wird sie gut.

Meine Damen und Herren! Es ist gestern am Schluß der Generaldebatte — ich gehe nunmehr mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten auf diesen Gegenstand über — von dem Herrn Präsidenten ist nämlich zugestanden worden, daß wir bei Besprechung dieses Antrages Ausführungen, die bei der Budgetgeneraldebatte namentlich von der rechten Seite des Hauses, von Herrn Pastor Bode und anderen Herren, gemacht worden sind, noch eingehen könnten, und wir haben deswegen darauf verzichtet, die Generaldebatte noch weiter auszudehnen. Wir sagen: der Belagerungszustand ist uns deshalb so unerträglich, weil wir in ihm das Instrument der alten Militärantokratie sehen.

Die Herren auf der Rechten, die den Krieg begonnen und auf das äußerste aufrecht erhalten haben, sie tragen das Haupt so hoch wie nur jemals. Jede Gelegenheit wird ergriffen, die alten Zustände auch in den äußeren Zeichen wieder herzustellen. Sie haben es fertig gebracht, die schwarz-weiß-rote Fahne wieder aufzuheben. Was ist in Berlin, wie der „Vorwärts“ berichtet, geschehen? Eine Truppe, kommandiert von einem Herrn v. Bassowitz, rückt vor das Bismarck-Denkmal und stimmt „Heil dir im Siegerkranz!“ an. Und als ein Untergebener auf das Bedenkliche der Sache aufmerksam macht, was wird dem geantwortet? „Wer sich mußt, kriegt eins auf die Schnauze!“ Das sind die Zustände, die nach der Revolution, die uns das Heil bringen sollte, noch möglich sind. Ebenso wenig besteht natürlich die mindeste Einsicht in das, was die Revolution geleistet hat, die uns die Befreiung, das Heil gebracht hat. Herr Wenhold hat ausgeführt, diese Revolution unterscheide sich von andern Revolutionen dadurch, daß sie keine politischen Ziele verfolge, sondern daß es sich

um die Bereicherung der niederen Klassen handle. (Wenhold: Unterstellung!) Herr Wenhold hat ausdrücklich erklärt, diese Revolution unterscheide sich von den andern dadurch, daß sie nicht politische, sondern wirtschaftliche Ziele verfolgt habe. Und was Herr Wenhold unter wirtschaftlichen Zielen meint, das ist, daß die Klassen eben ihre wirtschaftlichen Vorteile zu erreichen bestrebt seien. Ich bin stolz auf die Revolution, die in erster Linie eine politische Revolution ist, die uns von dem befreit hat, was für alle Zeiten jedem sozialen Fortschritt entgegen gestanden hat, und das ist die Militärantokratie. Die preußische Militärherrschaft war nur mit Gewalt zu brechen, und das ist Gott sei Dank geschehen. Von diesem System, das Jahrhunderte überdauerte, das die Freiheiten niederdrückte auf jede nur möglich Weise, sind wir endlich durch die Revolution befreit worden. Das ist die erste große Tat, die unser Volk getan hat. Und da müssen wir erleben, daß die Rechtsparteien alles zu hemmen und beseitigen suchen, was uns die Revolution gebracht. Die Gelegenheit ist nicht nur dazu benutzt worden, der Revolution Vorwürfe zu machen, sondern natürlich auch der hiesigen revolutionären Regierung des Rats der Volksbeauftragten. Herr Wenhold hat von ihm das nicht glückliche Wort Volks-Dilettant gebraucht und dabei von ihm behauptet, daß der Rat der Volksbeauftragten vor dem Ruin gestanden hätte. Das ist das alte Märchen, das aufgebracht worden ist schon vor den Wahlen. Wenn Sie von Dilettantismus sprechen, so frage ich: Was hat denn die frühere Regierung geleistet? Sie hat den Ruin des Volkes herbeigeführt. Wenn man uns Dilettantismus vorwirft: die Gewähr können wir geben, für damals und für alle Zukunft, was auch geschieht, die 10 Millionen Menschen hätten wir nicht getötet, wie es die frühere Regierung getan hat. Dank ihrer Verbindung mit dem Kapitalismus hat uns die frühere Regierung in dieses Elend hineingebracht. Also in der Beziehung haben wir ein gutes Gewissen.

Meine Damen und Herren! Es ist dann insbesondere auf die glückliche Zeit — das ist ja das, was insbesondere Herr Dr. Gildemeister und Herr Pastor Bode ausgeführt haben — auf die glückliche Zeit hingewiesen worden, die jetzt hinter uns liegt und die natürlich die Revolution vernichtet haben soll. Ich habe die Zeit auch in den vierzig Jahren vor dem Kriege nie als eine glückliche Zeit für Deutschland angesehen. Materiell war sie gut, geistig hat niemals unser Volk einen solchen Tiefstand gehabt wie in den vierzig Jahren nach dem deutsch-französischen Kriege. (Widerspruch rechts.) Die Wissenschaften, die Geisteswissenschaften, haben nie solchen Tiefstand gehabt. Was überhaupt geleistet worden ist in geistigen Wissenschaften, ist alles noch von Männern vor dieser Zeit geleistet worden. So ist es auf einem Gebiet, wo ich weniger bewandert bin, in der Kunst auch. Auch das ist mehr oder weniger wertlos gewesen. Die Tyrannei hat noch nie etwas geleistet, weder auf dem Gebiet der Wissenschaft, noch der Kunst.

Wenn ich an meine eigene Wissenschaft denke, die Jurisprudenz, sie ist in trauriger Weise zurückgegangen. Große Juristen haben wir überhaupt noch nicht gehabt. Ich will Ihnen mit geschlossenen Augen das Urteil eines Gerichts unterscheiden, das in früherer Zeit gefällt worden ist, von einem, das aus späterer Zeit hervorgegangen ist. (Frank (D.) ruft: Wie ist es mit der Technik? Ist die nicht auch eine Wissenschaft?) Ich habe erwähnt, was das materielle angeht, hat diese Zeit etwas geleistet. Ich spreche gerade von dem Geistigen. Darin war es zum Erbarmen.

Meine Damen und Herren! Ich will schließen. Was den Belagerungszustand angeht, darüber werden wir uns doch nicht verständigen. Unseren Gründen, die wir damals angeführt haben, sind Sie nicht beigetreten. Uns mußte obliegen, weil wir außerhalb der Regierung stehen, das sozialistische, revolutionäre Gewissen zu sein. Das haben wir beim Belagerungszustand getan und wollen wir auch bei allem anderen tun. Wir wollen dafür sorgen, daß wir endlich den Staat in die neuen Formen hinüberführen und die Regierung immer wieder warnen, daß sie sich hinüberschieben läßt in die Zeit, wie sie früher gewesen ist.

Wenhold (D.): Ich will in die Generaldebatte zu dem Staatshaushalt nicht wieder eingreifen. Ich möchte nur eins kurz richtig stellen, was Herr Dr. Künzler über meine persönlichen Erklärungen gesagt hat. Er ist davon ausgegangen, daß ich erklärt hätte, diese Revolution hätte keine politischen Ziele gehabt im Unterschied zu anderen, sondern im wesentlichen wirtschaftliche Ziele. Ich möchte demgegenüber feststellen, weil ich Wert darauf lege, daß ich gesagt habe: bei der französischen Revolution seien es in erster Linie geistige Ziele gewesen, Freiheit der Menschenrechte und andere. Bei der Revolution von 1918 ist diese allmählich in eine Lohn- und Magenfrage ausgemündet. Das sind die Worte gewesen, die ich gebraucht habe. Das wird auch niemand, der die Geschichte der Revolution verfolgt hat, bestreiten können. (Zuruf.) Ich weiß genau, was ich gesagt habe. (Lüdeking: Es ist aber grundfalsch, was Sie gesagt haben.) Ich bin der Schule entwachsen, Herr Lüdeking, ich brauche Ihre Belehrung nicht.

Ich möchte noch eingehen auf das, was Herr Dr. Künzler gesagt hat hinsichtlich der Stellung der Mehrheitsparteien zu den Anträgen der Unabhängigen. Er hat ziemlich deutlich ausgesprochen, daß wir die Anträge, die von der linken Seite gestellt seien, nur deswegen abgelehnt hätten, weil sie eben von der äußersten Linken gekommen sind. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß wir uns bei unserer Politik lediglich von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen und daß ich für meine Fraktion deshalb solche Unterstellungen aufs schärfste zurückweisen muß.

Im übrigen habe ich zu dem Antrage auf Aufhebung des Belagerungszustandes folgende Erklärung im Namen meiner Fraktion abzugeben:

Die Mitglieder der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei verfügen nicht über das zur Beurteilung der Frage, ob der Belagerungszustand aufgehoben werden kann, erforderliche amtliche Material. Sie sind daher nicht in der Lage, sich für oder gegen den Antrag auszusprechen, und überlassen deshalb dem Senat die Entscheidung.

Faust (U. S.): Meine Damen und Herren! Diese letzte Erklärung des Herrn Wenhold ist nicht demokratisch, sondern nationalliberal. Es ist einfach eine fischblütige Erklärung. Wie die Mehrheitspartei, die den Antrag gestellt hat, sich damit abfindet, mag sie mit sich selbst abmachen. Die Mehrheitspartei hat mit der Begründung des Antrages, wie Herr Dr. Künzler schon betont hat, bitter enttäuscht. Wir dachten von dieser Seite eine versöhnende Geste zu sehen. Ich will nicht soweit gehen und bereuende sagen, sondern nur eine versöhnende, die bei der Arbeiterschaft ihre Rückwirkung nicht verfehlt hätte. Diese Gelegenheit ist leider verpaßt worden. (Zuruf der M.-S.: Antwort auf gestern.) Das war keine Antwort auf gestern, denn der Beschluß war bereits gefaßt in einer früheren Fraktionsitzung, und die Begründung durch Herrn Lunkewitz war deshalb schon fertig! Wir dachten, diese versöhnende Geste würde nicht nur von dem Gesichtspunkt begründet werden, der Arbeiterschaft nicht mehr das steife Rückgrat oder die gepanzerte Faust zu zeigen, sondern auch durch die Feststellung, daß die Arbeiterschaft den Teil der Bevölkerung darstellt, dessen Wünsche in erster Linie Berücksichtigung verdienen. Außerdem dachte ich, daß die Stellungnahme der Mehrheitsfraktion auch in den Ereignissen im Reich irgend eine Begründung suchen würde, denn wir wissen es ja alle, wir leben in der schandhaften Zeit der Konterrevolution, und das wissen wir seit einigen Tagen nicht nur durch die Blätter von auswärts, sondern das weiß endlich auch das „Volksblatt“, nachdem es sein Gespann gewechselt hat, daß es im Reich nicht so aussieht, wie es uns in Bremen vorgegaukelt wurde. Herr Dr. Künzler hat bereits den Fall in Berlin erwähnt, daß dort monarchistische Kungebungen in Gegenwart von Ententeoffizieren stattgefunden haben. Ich kann einen weiteren Beweis anführen, er stammt aus dem Hamburger Echo, daß vor den öffentlichen Gebäuden die gleiche Eisernen Division Bassowitz ebenfalls demonstriert und ostentativ die Kaiserhymne gesungen hat, ohne Rücksicht auf die vielen Ententeemissionen in Berlin, die natürlich nichts schleunigeres zu tun haben, als nach der Heimat zu berichten, wie die Verhältnisse in Deutschland sind. Das löst wieder Druck von der anderen Seite aus, und darunter zu leiden hat das gesamte, insbesondere das unbemittelte Volk. Ein anderer Beweis: Die Herren von der Mehrheitspartei wissen es am allerbesten, daß sich in Deutschland ein republikanischer Offiziersbund gegründet hat, der anstrebt, was wir in Bremen ja auch vermissen — hier hat er sich jedoch noch nicht bemerkbar gemacht —, das Offizierkorps auf den Boden der Republik zu stellen. Dieser republikanische Offiziersbund erfährt nun von seiten des feudalen Offizierkorps, des Offizierkorps, das unter

dem Oberbefehl Moskes die Macht in Händen hat, eine so starke Ablehnung, daß es auch schon bis in die rechten Reihen der Mehrheitssozialisten äußerstes Bedenken erregt. Ein schlagender Beweis dafür ist, daß das Militärwochenblatt, das Amtsblatt des Kriegsministeriums, an das sich dieser republikanische Offiziersbund gewandt hat zwecks Aufnahme irgend einer Erklärung, diesem Bund folgende Antwort gab:

„Wir bitten, von weiteren Zusendungen abzusehen, da das auf monarchistischem Boden stehende „Militärwochenblatt“ nicht in der Lage ist, Zuschriften eines Bundes zu veröffentlichen, dessen Mitglieder, soweit sie früher Seiner Majestät dem Kaiser und König den Fahneid geleistet haben, anscheinend gewillt sind, sich an diesen Eid nicht mehr gebunden zu erachten, nachdem der allerhöchste Kriegsherr ins Unglück gestürzt ist.“

Sowas ist heutzutage möglich! Die letzte Nummer des Militärwochenblatts veröffentlicht diese Bekanntmachung. Das beweist doch, daß die Offiziere es nicht mehr für nötig halten, sich hinter irgend einem republikanischen Firnis zu verbergen, sondern daß sie jetzt, wo sie die Mehrheitspartei soweit haben, daß sie sie nicht mehr zu berücksichtigen brauchen, die Maske vom Gesicht reißen und sagen: Wir waren Monarchisten, wir sind es geblieben, und wir marschieren gegen diese Regierung, die sich aus Mehrheitssozialisten zusammensetzt, genau so wie etwa gegen Spartakus, wenn die Gelegenheit dazu günstig ist. Daß diese Geistesverfassung auch in Bremen existiert, beweist ein Brief, den wir in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht haben, der aus Kreisen der Regierungsschutztruppe stammt und der unter dem Stichwort „Der alte Gott lebt noch“ einfach eine Kundgebung monarchistischer Empfindung in Bremen war mit dem Grundton: „Sobald die Stunde schlägt, sind wir bereit, diese schandhafte Regierung hinwegzufegen.“ Damit sind auch Sie, Herr Winkelmann, gemeint. (Winkelmann: Ich bin mir keiner Schande bewußt. — Heiterkeit.) Das ist Auffassungsache!

Unter dem Belagerungszustand, unter dem wir seit Monaten leben, hat sich allerlei ereignet, was ich bei Einbringung eines solchen Antrages vermisse. Herr Senator Winkelmann ging sogar soweit, zu behaupten, unter diesem Belagerungszustand sei kein Blut geflossen, er habe den Zweck verfolgt und erreicht, Butsche und Blutvergießen zu verhindern. Darüber sind wir geteilter Meinung. Herr Winkelmann hat früher selbst berichtet, wie an den Ostertagen Todesfälle und Verwundungen dem Belagerungszustand verdankt wurden. Erinnern muß man auch an die vielen Inhaftierungen als Folgen des Belagerungszustandes. Es wird auch von den Antragstellern vergessen, daß viele unserer Genossen 53 Tage in durch nichts begründeter Schutzhaft gefesselt haben. Auch die Regierung hat es anerkannt, denn sie war auf unser Drängen gezwungen, den Leuten wieder die Freiheit zu geben. Das war doch auch eine Frucht des Belagerungszustandes. Eine weitere Frucht sind die vielen Strafgerichtsurteile,

Urteile auch der außerordentlichen Kriegsgerichte, die doch weiter nichts darstellen als eine Mitrailleurjustiz, um schneller und strenger verurteilen zu können. Wir wissen, wie unter diesem Belagerungszustand, in dem gerade die Kriegsgerichte ihre Existenzberechtigung suchen und finden, außerordentlich hohe Zuchthausurteile gefällt wurden, wie sie schlimmer in der Kriegszeit nicht gefällt worden sind. Man darf solche Mißstände, unter denen unsere Genossen gelitten haben, nicht einfach vergessen. Uebrigens sitzen heute noch politische Gefangene: Ich will immer wieder an den Fall Opfermann erinnern, der eigentlich das schlimmste darstellt, was geboten wurde. Herr Winkelmann insbesondere hat vor genau vier Wochen hier erklärt: Der Fall Opfermann ist abgeschlossen, er kommt in den allernächsten Tagen zur Verhandlung. So hat er vor vier Wochen gesprochen, und heute weiß dieser Opfermann noch nicht, wann die Verhandlung gegen ihn eröffnet wird. Er hat noch nicht einmal eine Klagezustellung in Händen. Der Mann sitzt über 80 Tage grundlos in Untersuchungshaft. Ich hoffe, daß die Mehrheitspartei sich auch noch zu dem Antrag durchringen wird, den Schuldlosen in Freiheit zu setzen und endlich die Sache aus der Welt zu schaffen. Auch das würde versöhnend auf die Arbeiterschaft wirken, gerade zum morgigen Umzug der Gewerkschaften, an dem sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft geschlossen beteiligt. (Zuruf: Er sollte ja boykottiert werden!) Allerdings könnte unter dem Belagerungszustand auch dieser Umzug noch verboten werden! Es wäre das jedoch ein sehr trauriges Zeichen, da Gewerkschaftsführer sogar Mitglieder der Regierung sind. Diese Regierungsmänner könnten sich etwa damit entschuldigen, daß sie ja nichts zu sagen hätten. Damit verurteilten sie sich selbst zur Untätigkeit, kastrierten sich selbst durch die Ausrede: Wir haben nichts zu sagen, sondern nur der Stadtkommandant, und dieser hängt vom Reiche ab. Herr Senator Rhein sagte ja sogar einmal, er werde ausschließlich vom Reiche bezahlt. Möglicherweise ist aber dieser Antrag nur eine Altrappe: man stellt den Antrag in Bremen, versteckt sich hinter dem Reich und flüstert dann vielleicht: Wir sind auf das Reich angewiesen, das Reich aber läßt sich auf nichts ein! Kommt dann die Reichsregierung zur Ablehnung, so hat man eben erreicht, was man erreichen wollte. (Zuruf aus der Mitte: Man muß nur Mut haben gegen die Butscher!)

Dann wurde auch gesprochen von dem schlechten Eindruck, den die Kundgebung vom 21. Juli gemacht haben soll, als sie für die internationale Solidarität der Arbeiterschaft demonstrieren wollte. Herr Professor Dietz lacht, wie ich sehe, er bedauert uns: wie könnt ihr noch an eine Internationale glauben! Ja, wir standen allein auf weiter Flur, aber wir standen! Wie hier die M.-S., so haben uns im Ausland andere Bruderparteien im Stich gelassen! Die Psychologie des Siegers ist eben eine andere als die des Besiegten! Eine geschlossene Aktion zusammenzubringen, war leider nicht möglich. Wir sollen nun die Schuldigen an diesem internationalen Fiasko vom 21. Juli sein. Nicht minder schuld ist die Lügenpresse, die diese un-

berechtigte Hoffnung unter der Arbeiterschaft genährt, daß die Sieger vor der Revolution ständen. Das war einfach eine nationalistische Mache. Die konservativsten Blätter, wie die reaktionäre Weser-Zeitung und die unpolitischen, wie die Bremer Nachrichten, die von einer bestimmten Quelle gespeist wurden, um in der Bevölkerung den Glauben zu erwecken, die meuternden Sieger seien durch einen neuen sofortigen Krieg doch noch zu besiegen, haben die Weltrevolution angekündigt, haben sogar geschrieben, Amerika drohe zum Bolschewismus überzugehen! Alles hat sich als Tendenzlüge herausgestellt. Man wollte wieder die Arbeiterschaft zum Nationalismus aufputschen, man wollte in Auguststimmung machen. Gerade reaktionäre Kreise haben das getan, wie sich heute übersehen läßt. So hat man die Masse aufs Glatteis führen wollen. (Zuruf: Vorsch aus der Mitte: Warum glaubt Ihr denn jede Dummheit!) Ach Du, Vorsch, gehörst auch zu den Dummen! Warum das geglaubt wird? Weil das Volk zu gutgläubig ist, weil das Volk absichtlich in der Dummheit erhalten wird, weil die Zeitungen, wie die des Herrn Kuno, patentierte Verdummungsapparate sind, weil man seit jeher das Volk dumm haben wollte. Deswegen versuchen wir ja gerade die Hand auch auf die Bildungsinstitute und Bildungsmöglichkeiten zu legen. Alle Parteien hier haben heute morgen bei Besprechung der Theaterangelegenheit für den Rat für Arbeiterbildung wenigstens kundgegeben, daß sie uns dabei nicht hemmen wollen. — Ja, während Sie rechts die guten und besten Schulen besuchten, haben unsere Genossen am Schraubstock gestanden oder sonstwo ununterbrochen geschuftet oder — wie ich — in einem von der Kultur kaum belebten Vogesendorf Ziegen gehütet. Deswegen verfügen wir über keine höhere Kultur und keine bessere Bildung. Es ist eben auch Ihre Schuld, wenn wir nicht die Bildung mit der Muttermilch einsaugen konnten. Geben Sie unsern Kindern eine bessere Schule, eine freie Schule, die Einheitschule, und Sie werden erleben, daß es in einer Generation anders aussieht, dann wird man die Wahrheit auch im Volk erkennen. (Zuruf: Ihr wollt Euren Geist in den Schädeln verbreiten! — Lindau: Einen guten Geist!) Aber Ihre Versäumnisse mußten sich einmal rächen.

Das ungewollt Gute dabei war, daß der Sozialismus groß geworden ist und so anziehungskräftig, daß Scharen Gebildeter und Intellektueller ihm zufließen, sogar Juristen — wir haben ja hier einen unter uns und sogar einen der besten. Nur die Fabrikanten fehlen noch, Herr Direktor Meyer, und die Bankiers. Sie mögen hundertmal widersprechen, denken Sie an früher. (Unruhe. Zuruf: Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Früher saßen hier in der alten Bürgerschaft 16 sozialdemokratische Vertreter, jetzt ist ihre Zahl auf 120 angewachsen, und sogar Frauen sind unter ihnen. Wenn Frau Rodewald oder Fräulein Plate die ganze Schuld an der jetzigen Not der Revolution zuweisen, so möchte ich sie daran erinnern, daß es auch Schuld der Revolution ist, daß sie hier sitzen. Ohne die Revolution wären sie nicht ins Parlament gekommen, der Revolution verdanken sie ihre politische Befreiung.

Herr Pastor Bode ist in seiner Angriffsrede, in seiner pastoralen Kanzelrede sehr weit gegangen. Er hat die ganze Schuld am Kriege, die Schuld an der Revolution und an der augenblicklichen Not auf den Sozialismus und insbesondere auf die Parteien von links abgewälzt, abzuwälzen versucht. Dabei hat er zahlreiche Äußerungen von Alldutschen gegen uns ausgespielt. Natürlich ist es sehr leicht, mit Zitaten etwas zu beweisen. Sogar Stimmen aus dem Auslande mußten herhalten. Das beweist aber nur, daß es auch im Auslande Menschen gibt, die keine Chauvinisten sind und die vor dem Kriege und während des Krieges gegen den Krieg gewesen sind. Er hat Stimmen aus Frankreich und England vorgelesen, die sich gegen den Krieg ausgesprochen haben — leider sind es ihrer, wie auch in Deutschland, nicht allzu viele. Er hat aber nichts von den Stimmen derer gesagt, die in Deutschland für den Krieg gehegt haben, nichts von der Erklärung der 93 Professoren — ich weiß nicht, ob Herr Professor Diez auch unter ihnen war —, die sogar unsere Wissenschaft so gottschämmerlich diskreditiert haben! Herr Pastor Bode zitierte ferner eine Anzahl Auslassungen, um zu beweisen, daß die Schuld am Kriege nicht auf Deutschland lastet, sondern auf dem Auslande, und damit hat er beweisen wollen, daß an unserem Zusammenbruch an unserer Niederlage nicht wir selbst schuld seien, sondern andere Machtfaktoren. Entgegen diesen Auslassungen möchte ich einige kurze Zitate anführen, die ins Unendliche vermehrt werden könnten, und die beweisen, daß die Schuld wohl auch bei uns zu suchen ist. So schrieb ein Pastor, um mit einem Berufskollegen des Herrn Bode zu beginnen:

„Mit der Hölle gibt es keine Verständigung, kein Mitleid für die Satansdiener. Mit anderen Worten: Keine Gnade für Engländer, Franzosen, Russen, sowie die anderen Völker, die sich dem Teufel ergeben haben!“

Solches schrieb Pastor Löbel aus Leipzig, auch ein Prophet von Gottes Gnaden.

„Es wäre der reinste Wahnsinn unsererseits, Verscheidenheit zu üben. Der Krieg darf dem Besiegten nichts übrig lassen als seine Augen zum Weinen.“

Das schrieb Professor Tannenbergh in der Zeitschrift „Großdeutschland“. Wie gnädig waren da die Sieger, daß sie uns außer den weinenden Augen noch ein so großes Stück Land übriggelassen haben! Weiter:

„Wir werden annectieren: Dänemark, Holland, Belgien, die Schweiz, Livland und Benedig — und Nordfrankreich von der Somme bis zur Loire. Ohne Furcht stellen wir dieses Programm auf, es ist nicht das Erzeugnis eines Verrückten. Dies Reich, welches wir gründen wollen, wird keine Utopie bleiben. Schon jetzt haben wir die Mittel zu seiner Verwirklichung in Händen.“

General Bronsart von Schellendorff, früher preussischer Kriegsminister, ist dieser Länderfresser!

Schließlich zeuge auch noch Bethmann Hollweg mit einer Reichstagsrede vom August 1915:

„Wir Deutschen dürfen nicht sentimental tun. Wir wollen hart sein, das heißt grausam: unsere Feinde werden uns dann fürchten.“

Präsident: Herr Faust, ich habe Ihnen nur die Erlaubnis gegeben, auf Angriffe der Rechten zu antworten.

Faust: Herr Präsident, das will ich gründlich tun. Also warum so in die Ferne schweifen? Das Gute liegt so nahe in dieser Versammlung, sogar greifbar bei Herrn Hormann. Er hat gesagt — er trägt ja mit Stolz den Stadtwehr-„Winkelmännchen“, ist ja eine Stütze der sozialdemokratischen Regierung —, ich will aus seiner Broschüre wörtliches zitieren:

„Diese Phrase vom annexionslosen Frieden ist und bleibt eine Phrase. Verlangt es die Zukunft Deutschlands, Gebiete zu enteignen, die es für seine Produktion gebraucht, so muß und soll jeder gute Deutsche das Recht haben, zu sagen, daß es Deutschlands heiliges Recht und Deutschlands heilige Pflicht ist, das zu nehmen, was es für seine Zukunft braucht.“

Präsident: Herr Faust, ich möchte Sie jetzt bitten, zur Sache zu kommen. Sie haben über eine Viertelstunde Gelegenheit gehabt, abzuschweifen. Wir sprechen jetzt über den Belagerungszustand in Bremen. Ich bitte Sie, nur darüber zu sprechen.

Faust: Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich Ihnen lästig falle. Aber Sie haben uns gestern am Schluß der Generaldebatte zum Haushalt, als uns das Wort verweigert wurde, das Recht zugesprochen, zu diesem Thema Ausführungen zu machen.

Präsident: Dann wollen wir uns jetzt einigen; ich will Ihnen noch fünf Minuten dazu geben.

Faust: Danke. — Herr Hormann sagt dann weiter: „Es ist nicht richtig, zu verlangen, den Gegner zu schonen, damit wir in Zukunft in Frieden mit ihm auskämen. . . Wenn England versuchen wird, einen billigen Frieden zu erschleichen, dann heißt es, hart und stark sein. . . Die geschwollenen Reden des Präsidenten Wilson rühren uns nicht.“

Damit meint Hormann die 14 Punkte Wilsons, deren Erfüllung jetzt er und seinesgleichen winkend erbitten. Dies und noch schlimmeres hat Herr Hormann gesagt in seiner Bismarck-Rede am 1. April 1918. Und weiter — nur ganz kurz: „Wir brauchen Belgien, wir brauchen die flandrische Küste, da kann nur das deutsche Schwert sprechen, und es wird hoffentlich ein recht hartes Wort sprechen.“ Ja, die harte Sprache klingt jetzt von jenseits der Vogesen und des Rheins. „Eine elsässische Frage gibt es nicht“,

sagt Herr Hormann. Das sagen die Franzosen jetzt auch. Abgesehen von den „Unsinnigen Sozialdemokraten“ — damit meint er uns, die Unabhängigen —, gibt er allen Parteien ein Lob, insbesondere den Gewerkschaftsbeamten, die sich für die Kriegspolitik eingesetzt haben. Das ist ein zweifelhaftes Lob für unsere rechten Nachbarn! Und zum Schluß: „Wir wollen in deutscher Treue stehen zu unserm Kaiser! Dazu helfe uns der Allmächtige!“

Ich will den Herren nur noch mit einem Zitat aufwarten, das zwar nicht von Herrn Hormann stammt, aber von einem seiner Freunde aus der Vaterlandspartei. Da heißt es auf Seite 7 in der Broschüre: „Vereinigte Staaten von Mittel-Europa“, ein Friedensprogramm von E. F. Karl Gabriel:

„Der offene Kampf gegen das Deutschtum hat begonnen und endet nicht eher, als bis die Gegner sich definitiv besiegt erklären oder dieses Deutschtum seine von Natur gezogenen Grenzen — die Pyrenäen im Westen, den Ural im Osten und die Alpen und den Kaukasus im Süden erreicht haben wird.“

(Zurufe. Unruhe.) Der Verfasser will sogar nur die Länder zwischen diesen Grenzen annektieren, nicht die Völker, diese sollen zurückgedrängt werden: die Franzosen zum Beispiel nach Nordafrika!

Präsident: Herr Faust, bitte etwas mehr zur Sache.

Faust: Das sind eben Ansichten, die hier in Bremen verbreitet wurden. (Widerspruch. Wenholtz: Die hat sicher ein Geisteskranker verbreitet!) Jetzt ist es leicht, das als verrücktes Zeug abzuschütteln, damals haben Sie es aber nicht getan, ebenso wenig wie sich damals eine Stimme gegen Herrn Hormann erhoben hat, mit Ausnahme unserer U. S. Ich bin sogar überzeugt: Herr Runoth hat darüber einen echten Zeitartikel geschrieben oder ein Gedicht mit Hipp-hipp-hurra komponiert!

Also, Sie sehen, es läßt sich allerlei von dem widerlegen, was die Herren von der Rechten uns entgegengehalten haben. Ich könnte noch mit sehr viel Material aufwarten. Und wenn nun die Herren kommen und uns sagen: warum haltet ihr uns solches immer vor und nicht den Feinden? so antworte ich: Ich kann doch nur meiner eigenen Schwester Grobheiten und Wahrheiten sagen, wenn ich ihr ihre Fehler vorhalten und sie auf den rechten Weg zurückführen will. Auf die französischen, englischen oder russischen Schwestern habe ich keinen Einfluß. Denen den Spiegel vorzuhalten, das besorgen die Sozialisten im eigenen Land.

Präsident: Herr Faust, die fünf Minuten sind um, ich bitte zur Sache zu sprechen.

Faust: Also, um auf den Belagerungszustand zurückzukommen. (Weiterkeit.) Ich hätte gern geschlos-

sen mit einem Wort der Dankbarkeit an die Genossen von rechts. Leider können wir es nicht. Sie werden erst die Probe bestehen müssen. Der Belagerungszustand ist für sie wie das Damoklesschwert. Herr Winkelmann als Senator hat schon die Verantwortung abgelehnt. Das macht äußerst bedenklich, das war kein gerades Wort, Herr Winkelmann. Es hätte heißen müssen: Wenn unsere Fraktion davon überzeugt ist, so stehen wir im Senat zu unserer Fraktion und übernehmen die Verantwortung mit! Das war eben das Wort, das wir vermigten. Vielleicht hört aber die Arbeiterschaft aus der Debatte noch irgend ein Wort der Versöhnung, das dann nicht klingt wie das Einschlagen von Maschinengewehr- kugeln auf eine harte Wand! (Beifall links.)

Waigand (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! (Präsident: Ich möchte Sie von vornherein darauf aufmerksam machen, nur zum Thema zu sprechen! — Widerspruch. Zuruf: Das geht nicht!) Auf die letzten Worte des Herrn Faust eingehend, will ich sagen, da wir die volle Verantwortung für den Antrag übernehmen, und daß wir auch von der Regierung erwarten, und zwar nicht nur von der hiesigen, sondern auch von der Reichsregierung, daß sie unsern Antrag zustimmt. Wir sind der Meinung, daß im gegenwärtigen Augenblick nicht nur wir die Verantwortung zu tragen haben, sondern auch die Genossen von links, die U. S. zur Verantwortung ebenso beizutragen haben und sich dessen bewußt sind. Das glaube ich, und ich hoffe auch, daß in Bremen keine Veranlassung sein wird, wenn der Belagerungszustand einmal aufgehoben sein wird, daß wir ihn wieder aufnehmen brauchen. Was nun die Äußerungen betrifft, daß die Geste, die durch die Erklärung meines Freundes Lunkewitz erfolgte, keine freundliche gewesen sei, so ist das Auffassungssache. Mein Freund Lunkewitz ist kein parlamentarisch geübter Redner, er ist ein Grobschmied, und es mag sein, daß seine Äußerungen einem Juristen, wie Herrn Dr. Künkler, und einem Journalisten, wie Herrn Faust, nicht sehr angenehm geklungen haben. Aber die Hauptsache ist doch, daß er das Bestreben hat, den Belagerungszustand zu beseitigen. Was das weitere betrifft, daß wir früher für den Belagerungszustand gestimmt haben, so müssen Sie sich doch der Zeit erinnern, wo der Rat der Volksbeauftragten dieselben Bedenken hatte, wo die Mitglieder des Arbeiterrats dieselbe Beschwerde zu führen hatten. Und diesem Gedankengang waren wir auch gefolgt. Es wäre schon früher der Belagerungszustand aufgehoben worden, wenn nicht tatsächlich Gefahr bestanden hätte. Sie sehen es doch, daß der einzelne Arbeiter heute noch nicht so diszipliniert ist, daß tatsächlich die Gefahr bestanden hat, daß sie entgegen dem Willen der Führer etwas unternahmen, was bedenklich war. Also wenn wir diese Bedenken hier hatten, so waren sie berechtigt. Und wir wären schon früher zu einer Aufhebung gekommen, wenn man von der andern Seite nicht immer selbst die unerhörtesten Angriffe ge-

macht hätte. Sie haben das „Volksblatt“ herangezogen und haben gesagt, daß das „Volksblatt“ mit seinem neuen Gespann auch jetzt eine andere Richtung einschläge bezüglich der Gefahr des Bestehens der Gegenrevolution. Da sind Sie im Irrtum, oder Sie haben das „Volksblatt“ nicht gelesen. Das „Volksblatt“ hat schon seit längerer Zeit, noch unter der Redaktion Donath, darauf hingewiesen, daß die Gefahr von rechts bestehe, daß diese Gefahr wohl genährt werde durch die unüberlegte Handlungsweise auch seitens der U. S. Wenn Sie also in dieser Beziehung uns Vorhaltungen machen, so können wir nur sagen: Wir sind allzumal Sünder und wollen uns alle beide bessern, dann kann eine Verständigung erfolgen! Wenn Herr Bögeding gemeint hat, die Revolution habe nichts erreicht, und wenn auch mein Freund Ludwig etwas ähnliches gesagt hat, so möchte ich doch sagen, daß Herr Dr. Künkler da eine bessere Einsicht hat. Er hat von den Errungenschaften der Revolution gesprochen und darauf hingewiesen, was durch sie alles erreicht worden ist. Ich gehe in dieser Beziehung mit Herrn Dr. Künkler vollkommen konform. Die politische Seite der Revolution hätte von uns in ganz bedeutend besserer Weise ausgenutzt werden können. (Sehr richtig!) Wir waren auf dem besten Wege dazu. Die U. S. bildeten mit den Mehrheitssozialisten zusammen die Reichsregierung. Ebert hat gesagt: Holt auch den Liebknecht, er hat die Erkenntnis gehabt, daß nur eine geschlossene revolutionäre Masse die Erfolge der Revolution durchführen könne. Leider hat aber ein Teil Ihrer Führer diese Erkenntnis nicht gehabt, sie haben geglaubt, man könnte als richtige Utopisten, die sie ja auch waren, auf einmal alles das erreichen auch in wirtschaftlicher Beziehung, was man politisch so leicht hat erreichen können. Und das war der Grundfehler. Dazu kamen persönliche Streitigkeiten, Rivalitäten um die Führerschaft usw., und so war ein Keil in die Revolution hineingetrieben worden, und diese Differenzen sind schuld daran, daß wir hier auch in Bremen die unleidlichen Zustände gehabt haben. Unter unseren Genossen, die von uns in der Regierung sitzen, ist kein einziger, der nicht mindestens die sozialistische Erfahrung und das sozialistische Wissen hätte, wie die beiden Vorredner der U. S. Auch sie führen das Unerträgliche dessen, in das wir hineingekommen sind, und auch sie wollen da heraus. Wir sind bloß nicht der Meinung, daß wir unter den heutigen Umständen das schon wagen können. Die Revolution hat doch die Geister revolutioniert, und ich bin der festen Überzeugung, daß mancher Fabrikdirektor kennen gelernt hat, daß in bezug auf die Leitung der Betriebe Änderungen vor sich gehen müssen, daß die Arbeiterschaft nicht mehr wie früher in die Betriebe hineingepreßt werden kann. Dazu gehört aber, daß die Arbeitervertreter auch den Einfluß auf die Arbeiter selbst, auf die Massen gewinnen, daß sie auch ihre Organisationen, die sie selbst geschaffen haben, anerkennen und die Beschlüsse dort zur Geltung bringen. Wenn das nicht geschieht,

dann wird unsere ganze Arbeit umsonst sein, dann werden die monarchistischen Offiziere siegen. Daß diese Herren heute nach der Herrschaft wieder streben, das können wir ihnen nachfühlen. Aber wir sind überzeugt, daß sie ihr Ziel nicht erreichen werden, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern das ganze Volk dafür sorgen wird, und da möchte ich gerade Herrn Wenhold auf die Rede Erzbergers hinweisen, der heute mit aller Energie den monarchischen Gedanken ablehnt. Die Zeit für die Monarchie ist vorbei. Und wenn Herr Professor Dieß als Einsamer hier vielleicht oder mit wenigen Gefinnungsgegnern noch den Kaiser oder König wieder herbeiführt, so ist das sein Privatvergnügen, darin wollen wir ihn nicht stören. Bedauern müssen wir nur, daß er ein so verantwortungsvolles Amt bekleidet und dort nach unserer Ansicht nicht in dem Sinne wirken kann, wie wir es wünschen müssen, nämlich im Sinne der neuen Zeit. (Zuruf von Professor Dieß.) Ja, Herr Professor, wir wünschen, daß die Zeit der Monarchie vorbei ist.

Meine Damen und Herren! Wer nichts weiß, der muß glauben. Wenn ein Bauer gut gläubiger Katholik ist, so kann ich mich gewiß in seinen Gedankengang hineindenken. Wenn aber ein Mann, der Wissenschaft, der Geschichte studiert hat oder studiert haben muß, wenn ein Mann, der sich nur einigermaßen mit der geschichtlichen Entwicklung befaßt hat, erkennen muß, daß die Zeit der Entwicklung die Monarchie überflüssig macht. (Dr. Künkler: Das war sie von jeher) daß das Volk reif ist, so kann man sich nicht hineindenken, daß ein Mann der Wissenschaft noch heute derartige alte Gedanken haben kann. (Präsident: Wollen wir nicht ein bißchen zum Thema zurückkommen, nicht nur über Herrn Professor Dieß reden?) Ich wollte nur ganz kurz darauf eingegangen sein. Zum Zwischenruf des Herrn Dr. Künkler wollte ich bloß noch bemerken, daß es nicht richtig ist, daß die Monarchen stets überflüssig waren. Auch die Monarchien hatten ihre Berechtigung. Sie waren Gebilde der Zentralstaaten. Ohne Monarchien, ohne Monarchen wäre es nicht möglich gewesen, die großen Zentralstaaten zu schaffen. (Zurufe der U. S.) Ja, meine Herren, wenn mir Herr Klavitter Amerika entgegenruft, so möchte ich bemerken, daß die Entwicklung Amerikas in eine Zeit fällt, wo die Monarchen und die Monarchien schon überwunden waren und in dem Gedanken der Entwicklung schon überholt gewesen sind. Aber die Zeiten . . . (Präsident: Herr Waigand, bitte zum Thema!) Ich wollte nur sagen, Herr Dr. Künkler hat gesagt, er bedauere, daß ich den Gedanken ausgesprochen hätte, man hätte auch auf gesetzlichem Wege die politische Macht ergreifen können. Ich habe das gesagt in Bezug auf Bremen. Hätten Sie unsere Anregung für das allgemeine, gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter angenommen, so hätten wir in Bremen auf gesetzlichem Wege das alles erreichen können. Ich habe weiter hinzugefügt, daß dann durch die Erhebung der politischen Macht durch das Volk die Zusam-

menstöße vermieden worden wären, weil die Massen keinen Krieg wollten und keinen Krieg geführt hätten. (Dr. Künkler: Nicht, solange die preußische Militärbureaucratie bestand.) Das will ich Ihnen zugestehen, Herr Dr. Künkler. Das hat uns Bebel in Jena noch gesagt, daß der preußische Militarismus so stark war, daß wir ihn in der Tat nicht überwinden konnten, weil auch das ganze Bürgertum Anhänger der Monarchie gewesen ist. Wenn wir also heute Differenzen haben, wenn Sie uns Vorwürfe machen wegen des Belagerungszustandes, so sollten Sie vor allen Dingen sich an die Brust schlagen und — ich weiß nicht, ob Herr Faust auch katholisch erzogen ist — (Faust: Ja, gründlich!) sich sagen müssen: mea culpa, mea maxima culpa. Das ist so. Unsere größte Schuld liegt darin, daß wir sie manchmal nicht erkennen, und die größte Sünde ist ja die Sünde wider den heiligen Geist, und diese Sünde haben unsere Gegner von links begangen, als sie sich gegen den Geist der Revolution veründigten (Sehr richtig!) und uns aus dem Arbeiterrat ausschlossen. (Sehr richtig bei den M.-S.) Man konnte die alte Regierung stürzen, das war recht, man durfte aber nicht selbstgeschaffene Rechte der Revolution verneinen. (Dr. Künkler: Das war doch nur ein vorübergehender Zustand. — Aha! bei den M.-S.) Diese Sünde war es, die alle anderen Folgen nach sich gezogen hat. Vergeben Sie das eine nicht: Hätten Sie uns mitarbeiten lassen, hätten Sie uns sich betätigen lassen, so hätte es keinen 4. Februar und keinen Belagerungszustand gegeben. (Sehr richtig! bei den M.-S.) Ich will damit sagen, daß diese Differenzen doch vermieden worden wären, wenn man sich nicht dem unglückseligen Gedanken hingegeben hätte, sich nach links zu orientieren, daß man die Unorganisierten herrschen hätte lassen über die Organisierten. (Sehr gut! bei den M.-S.) Der Krieg ist die Ursache der Nervosität, des ganzen Vorgehens gewesen, aber die Ruhigeren und Organisierten hätten sich nicht einschüchtern lassen dürfen und hätten jenen nicht die Waffen ausliefern dürfen. Dagegen haben wir protestiert und deswegen sind wir boykottiert, sind wir schimpflich behandelt worden. Wir werden nicht mehr als Sozialdemokraten, nicht mehr als Arbeiter betrachtet, weil wir unsere Meinung gegen die andere Meinung vertreten haben, und ich bin noch nie so schwer beleidigt worden wie in jenen Zeiten, da mir Leute, die ich früher vergeblich versucht habe zu organisieren, die größten Gemeinheiten als Arbeiterverräter an den Kopf geworfen haben. Aber das wollen wir heute vergessen, und ich bin auch der Ueberzeugung, daß es vergessen werden kann. Nicht brauchen wir deshalb an die Brust zu schlagen und zu sagen, wir haben uns geirrt, sondern ich sage: wir haben im Bewußtsein, gegenüber den Massen unsere Pflicht zu tun, gehandelt. Wir mußten Führer bleiben. (Göze: Ohne Massen!) Göze, ich will dir das eine sagen: Wenn ich gegen meine Ueberzeugung handeln sollte, dann will ich lieber allein stehen. (Sehr gut!) Durch unser Vorgehen sind sehr

vielen zu einer ruhigeren Ueberlegung gekommen. Man muß im gegebenen Moment seinen Mann stehen, selbst wenn Fanatiker einen ins Gesicht spucken, wie es geschehen ist, denn diese Leute wissen manchmal nicht, was sie tun. Das hat Jesus von Nazareth, der größte Revolutionär, auch gesagt.

Nun, meine Herren, wenn wir also alle diese Vorurteile betrachten, so will ich vor allen Dingen Herrn Faust gegenüber betonen, unser Antrag ist keine Atrappe, sondern zeigt unsern guten Willen. Herr Faust scheint ein bißchen lange Ziegenhirt gewesen zu sein und sehr oft gesehen zu haben, wie die Ziegen gegeneinander anstoßen, deswegen kann er es auch besonders in der „Arbeiter-Zeitung“ nicht lassen, seine Bocksprünge zu machen. (Heiterkeit.) Ich denke mir, wenn er glaubt, erzieherisch wirken zu sollen, daß er auch noch der Belehrung zugänglich ist und daß dadurch erreicht wird, daß wir uns innerhalb und außerhalb des Hauses freundlicher begegnen. Wenn der Vorstand das Geld für eine Bibliothek bewilligt erhält, empfehle ich, als ersten Autor einen Bremer zu nehmen und zwar K n i g g e s „Umgang mit Menschen“. (Beifall. Händeklatschen.)

Präsident: Meine Herren! Es ist heute verschiedentlich schon applaudiert worden. Die Reden mögen ja sehr gut sein, ich mache aber darauf aufmerksam, daß unsere Geschäftsordnung Applaudieren nicht gestattet. — Herr Dr. Künzler.

Dr. Künzler: Ich verzichte.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Lindau, Fauth, de Beek, Meyer, Gildemeister, Klawitter, Dr. Dieß. Wird der Antrag auf Schluß unterstützt. (Geschlacht.) Wünscht jemand das Wort über den Schluß? Wird nicht gewünscht. Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. (Geschlacht.) Der Antrag auf Schluß der Debatte ist abgelehnt.

Lindau (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Durch unsere fleißige Mitarbeit gestern und heute haben wir eigentlich den Herren das Konzept verdorben, denn am Dienstag sind genau 175 Tage, daß der Belagerungszustand besteht. Wir wollen aus ganzer Seele hoffen, daß am Dienstag ein Telegramm kommt . . . (Viele Mitglieder verlassen den Saal.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich halte es nicht für richtig, nachdem Sie eben den Schluß nicht beliebt haben, nun hinauszugehen und die Redner nicht anzuhören. (Sehr richtig!) Ich bitte fortzufahren.

Lindau (fortfahren): Am Dienstag, an dem eigentlich der Antrag zur Verhandlung kommen sollte,

wären es genau 175 Tage gewesen, daß der Belagerungszustand besteht. Wir wollen von ganzem Herzen hoffen, daß wir am Dienstag ein Telegramm der Reichsregierung in Händen haben: der Belagerungszustand ist aufgehoben. Dazu gehört, daß Herr Senator Winkelmann sich nicht in loyalster Weise bemüht, den Antrag dort zu vertreten, sondern wir verlangen, daß der Senat energisch den Antrag vertritt. Wir müssen endlich den Belagerungszustand, der so lange besteht, aufheben. Wenn Herr Winkelmann ferner gesagt hat, der Belagerungszustand sei so schlimm nicht gewesen, so lassen Sie sich einige wenige Beispiele anführen, wie drückend der Belagerungszustand noch heute auf einen Teil der Bevölkerung wirkt. Aus der Presse ist Ihnen vielleicht bekannt, daß es unter dem Belagerungszustand möglich war, daß die „Arbeiter-Zeitung“ und der „Kommunist“ noch heute tagtäglich belästigt werden. Telefongespräche, mögen sie noch so geschäftlicher Natur sein, werden von den Herren der Regierung abgehört. Auf Grund einer telephonischen Unterredung, die ich vor einiger Zeit mit einem Freunde hatte, hatten wir Gelegenheit, eine Vorladung vor das außerordentliche Kriegsgericht zu bekommen. Es genügte dem Aufsichtsbeamten, daß ich sagte, Gildermann sei verreist, diese Mitteilung sofort an die Behörde mitzuteilen, und wir mußten zur Vernehmung. Das ist ein kleines Beispiel, daß noch heute tatsächlich der Belagerungszustand in schärfster Weise sich geltend macht. Ich weise ferner darauf hin, daß es während des Belagerungszustandes möglich war, willkürlich Hausdurchsuchungen in einer ganz großen Anzahl von Fällen vorzunehmen, ferner Hunderte von Verhaftungen, die widerrechtlich waren, denn die übergroße Mehrzahl mußte man nach ganz kurzer Zeit wieder laufen lassen.

Nun muß ich noch auf die Rede von Herrn Waigand, die ich begrüße, eingehen. Er sagte, das Hinauswerfen aus dem alten Arbeiterrat sei die Ursache gewesen zum Einmarsch der Verstenberger. So sehr Sie überzeugt sein mögen, Herr Waigand, die Sache ist nicht richtig. Ich persönlich habe das Hinauswerfen oder Nichtzulassen bedauert. Nur haben wir uns seinerzeit davon leiten lassen, daß es die Mehrheitssozialisten zuerst gewesen sind, die uns in ähnlicher Situation den Stuhl vor die Tür gestellt haben. Damals handelt es sich um die Uebernahme der Bremer Arbeiter-Zeitung durch Vertreter der U. S., die vom Arbeiter-Rat ausging. Was also geschehen ist, war nur die nötige Konsequenz, wie von Herrn Klawitter bereits dargelegt ist. Der Belagerungszustand wäre nicht nötig gewesen. Denn als wir am 3. Februar, dem denkwürdigen Tage, uns geeinigt hatten, da war selbst Herr Waigand der Ansicht, daß es noch möglich war, den Belagerungszustand zu vermeiden. Leider ist das nicht der Fall gewesen. Heute dauert er bereits 172 Tage. Wenn der heutige Tag dazu beiträgt, daß der Bruderzwist aufhört und am morgigen Tage eine Versöhnung eintritt, dann ist die Debatte nicht vergeblich gewesen.

F a u t h (M.-S.): Ich kann es der Linken nachfühlen, daß sie enttäuscht ist darüber, daß wir das so gemacht haben. Sie suchten nach einem Ausweg, nach einer Ausrede und sagen, sie hätten gewünscht, daß wir uns als reuige Sünder bekennen sollen. Dazu haben wir nicht den geringsten Anlaß. Herr Waigand hat schon darauf hingewiesen, daß wir auf Grund unserer Ueberzeugung gehandelt haben während der ganzen Zeit. Und auf Grund unserer Ueberzeugung handeln wir auch jetzt. Darum haben wir keinen Anlaß, als reuige Sünder vor Ihnen zu erscheinen. Bremen liegt noch immer in der Nordwestecke, das ist selbstverständlich. Aber wenn Sie sagen, daß jetzt nichts anderes geworden sei, als es vorher gewesen ist, so stimmt das nicht. (Zurufe von links.) Lassen Sie mich doch ausreden! Die Gründe, die damals für uns maßgebend gewesen sind, sind Ihnen ebenso gut bekannt wie uns. (Zuruf von links: Welche denn?) Wenn am 18. April, als der Generalstreik war, der Belagerungszustand nicht bestanden hätte, wäre die Sache ganz anders ausgefallen. Mit Ihrem Willen haben Ihre Agitatoren kräftig gegen uns geheßt. In unverschämter Art und Weise ist man aufgetreten gegen die Regierung, hat gegen sie geheßt und sie verdammt. Da konnten wir die Aufhebung des Belagerungszustandes doch nicht verlangen, da die Voraussetzungen für eine Aufhebung nicht da waren. Diese Voraussetzung ist heute gegeben. Der Generalstreik ist elend zusammengebrochen. In Ihrem eigenen Lager ist es auch ganz anders wie damals, die Ansichten sind schon geteilt, man will die Leute nicht mehr aus den Betrieben herausholen. Die Verhältnisse bei Ihnen sind ganz anders geworden. (Lachen links.) Das sind die Gründe, die uns veranlassen, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen. Herr Dr. Künzler hat darauf hingewiesen, daß der Belagerungszustand ein Instrument der alten Autokratie gewesen sei, dessen sie sich bedient hätte, um sich zu befestigen. Als wir seinerzeit eine Demonstration veranstalten wollten, wurde von Ihnen der Belagerungszustand ebenfalls verhängt. Sie haben sich also damals dieses Instrumentes gegen uns bedient. Wir haben dann von der Demonstration Abstand genommen, und lediglich diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß es kein Blutvergießen gegeben hat. Von Herrn Dr. Künzler ist behauptet worden, daß die frühere Regierung durch ihr System das Volk zugrunde gerichtet hätte. Darüber ist nicht weiter zu reden, das wissen wir. (Zuruf von Pastor Bode.) Aber das System, das von Ihnen empfohlen wird, richtet das Volk ebenfalls zugrunde. Die Diktatur, die Sie verlangen, ist verwerflich. (Dr. Künzler: Wir verlangen sie nur vorübergehend!) Sie führt nicht zum Sozialismus, sondern über die Demokratie muß es zum Sozialismus gehen. Es wurde allerdings gesagt, man habe umgelernt, und man habe eine versöhnliche Haltung eingenommen, die Herr Faust bei uns vermisst. Ich weiß nicht, wo Sie eine versöhnliche Haltung gegen uns bewiesen haben. Bis in die letzte Zeit haben Sie hinlänglich bewiesen, daß

Sie keine versöhnliche Haltung haben. Faust hat wenigstens von dieser versöhnlichen Haltung nichts gezeigt. In der „Arbeiter-Zeitung“ wird einmal in diesem, das anderemal in jenem Sinne geschrieben — zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust! (Heiterkeit.) Einmal erklärt man: Wir wollen versöhnlich sein, man schreibt Artikel in versöhnlicher Haltung, und dann schreibt man, daß eine Versöhnung doch nicht zustande kommen könne. Als wir den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes gestellt hatten, da wurde es so hingestellt, als wäre das gar nicht unser Wille, daß der Belagerungszustand aufgehoben werde, es wäre nur ein Schachzug, wie man sich ausdrückte. So lange solche Unterstellungen gemacht werden, wird der Zustand kein besserer werden, so lange wird eine Versöhnung nicht stattfinden. Herr Faust hat auch den 21. Juli angezogen, er hat davon gesprochen, daß da noch der Belagerungszustand geherrscht habe, er hat auf das Ausland verwiesen. Ja, Herr Faust, leider ist es so, daß unsere Genossen im Auslande nicht so wollen wie wir. Das zeigt uns aber auch, daß wir unser Ziel in dieser Weise nicht so weit stecken dürfen, wie wir es möchten, da wir vorläufig auf uns angewiesen sind. Herr Faust will uns darüber Belehrungen geben. Ja, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie lange Faust schon für den Sozialismus tätig ist. Aber es ist nicht immer so, daß diejenigen, die uns Belehrungen erteilen, schon lange Sozialdemokraten sind. Es gibt welche, die 1917 und 1918 noch eifrig dabei gewesen sind, für Zeichnung von Kriegsanleihen zu agitieren, und heute stellen sie sich als U. S. hin und wollen uns Sozialdemokraten, die wir schon von Kindesbeinen an, möchte ich beinahe sagen, Sozialdemokraten gewesen sind, Belehrungen erteilen. Ich erkläre, daß wir solche Belehrungen ablehnen müssen. Auch die Belehrung, daß hier keine Frauen sitzen würden, wenn keine Revolution gewesen wäre, ist genau von demselben Kaliber. Wir haben schon lange dahin gewirkt, daß auch Frauen ins Parlament gewählt werden sollten, und wenn das vorher noch nicht beschlossen worden ist, so deshalb, weil wir das noch nicht haben durchsetzen können. Aber mit der Zeit hätten wir auch das allgemeine Wahlrecht für die Frauen durchgeführt, wenigstens für den bremischen Staat. Solche falschen Belehrungen, die auf hinkenden Füßen stehen, sollte man uns nicht zuteil werden lassen.

Präsident: Ich möchte Sie bitten, solche Äußerungen zu vermeiden. (Ruf von links: Er kann nicht anders.)

F a u t h: Herrn Waigand wurde neulich zugerufen, wir wären Führer ohne Massen. Herr Waigand hat darauf schon erwidert, daß man manchmal etwas tun müsse selbst gegen den Willen der Massen, und wenn man nicht auch einmal den Widerspruch der Massen über sich ergehen lasse, sei man kein Gewerkschaftsführer und kein politischer Führer. Die Masse denkt in manchen

Fragen ja anders, aber man hat auch erfahren, daß sie verschiedentlich schnell umlernt, und daß sie dann den Führern recht gibt. Wir müssen also sagen, daß wir unsere Entschlüsse nach wie vor fassen je nach der Situation, die sie erforderlich machen, und das gilt auch in bezug auf den Belagerungszustand. (Beifall in der Mitte.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: de Beel, Meyer, Gildemeister, Klawitter, Dieß.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Prof. Dr. Dieß (L.-B.): Ich möchte bitten, den Schluß noch nicht zu belieben. Besonders möchte ich die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie bitten, den Antrag nicht anzunehmen. Sie haben sich früher in der alten Bürgerschaft oft darüber beklagt, daß, wenn ein Gegner gesprochen hatte, ihnen das Wort abgeschnitten wurde. Wir von der äußersten Rechten, die damalige erste Klasse, haben dann oft den Schlußantrag nicht angenommen. Die Herren werden sich erinnern, daß die Vertreter der ersten Klasse oft mit den Sozialdemokraten auf dem linken Flügel zusammen gegen den Schluß gestimmt haben. Ich bitte, uns das Wort nicht abzuschneiden, jetzt, nachdem ein Herr von den Mehrheitssozialisten gesprochen hat.

H. S. Meyer (D.): Ich kann mich den Worten anschließen. Nachdem wir 2½ Stunden einem Familientage der beiden linksstehenden Parteien beigewohnt haben, sollten Sie auch andere Redner zu Wort kommen lassen.

Präsident: Ich bitte den Ausdruck „Familientag“ von Parteien des Hauses nicht zu gebrauchen. Sie schädigen dadurch den Ruf der Nationalversammlung. (Ruf von links: Sie denken an den Ratkeller zurück.) Ich bitte, auch solche Zurufe zu unterlassen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

de Beel (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die Herr Dr. Kunkler am Eingang seiner Rede gemacht hat, können bei uns fast den Anschein erwecken, als ob man die Absicht, den Belagerungszustand endlich aufzuheben, noch einmal wieder hintan halten möchte. Ich habe so das Gefühl, als ob das dahinter steckt, und aus diesem einfachen Grunde möchte ich noch einmal zum Ausdruck bringen, daß es unsere aufrichtige Ueberzeugung ist, daß, wenn ein Belagerungszustand nicht mehr notwendig ist, unsere Pflicht ist, so schnell wie möglich ihn aufzuheben zu lassen. Und weil wir die Macht nicht haben, es hier persönlich zu vollziehen, werden wir in dieser Hinsicht so deutlich wie möglich unsern Willen Ausdruck geben dahin, daß der Belagerungszustand aufzuheben ist. Man soll uns nicht immer wie-

der drohen, wie es heute von der linken Seite wieder geschehen ist. Wenn hier die Frage erwogen wird, was uns jetzt trennt von dem früheren Zustande, so ist dies sehr klar. Es trifft durchaus nicht zu, wenn man etwa sagt, unser Verhältnis zur Regierung hätte sich geändert. Fest steht, daß unsere Partei zur Regierung steht, aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Regierung aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist und wir uns deshalb verpflichtet halten, diese Regierung zu stützen. Wenn nun eine Partei einverstanden ist mit der Regierung, so hat sie ohne weiteres das Recht, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Wenn sie glaubt, diese Regierung durch eine andere ersetzen zu können, so darf sie das aber nur auf gesetzlichem Wege vollziehen. Wenn nun die Linke versucht, mit Gewalt die Regierung zu stürzen, so werden wir hinter dieser Regierung stehen. Ich kann versichern, daß unsere Fraktion sehr wenig Sitzungen gehabt hat, in denen man sich nicht mit der Frage beschäftigt hat, ob der Belagerungszustand aufgehoben werden könne. Aber der Zustand, der das gerechtfertigt hätte, war noch nicht gekommen. Wir sind gewillt, praktische Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft zu leisten. Und da ist der Zeitpunkt gekommen, an die Regierung heranzutreten, damit dieselbe an die Reichsregierung herantritt, um eine Aufhebung des Belagerungszustandes zu erwirken. Ich bin also der Ansicht, daß unser Antrag von dem ehrlichen Willen getragen ist, das Beste für die Arbeiterschaft zu leisten, selbst wenn die U. S. versuchen, diese Absicht zu durchkreuzen. Ich möchte deshalb alle dringend bitten, im Interesse der Arbeiterschaft für den Antrag einzutreten.

H. S. Meyer (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es scheint mir fast profan, in diese idyllische Familienzene störend einzugreifen. (Präsident: Herr Meyer, ich möchte Sie bitten, derartige Ausdrücke zu unterlassen; Sie schädigen damit das Ansehen der Nationalversammlung!) Seit fast drei Stunden ist ziemlich erschöpfend über den Belagerungszustand gesprochen, und wir haben dabei die einander entgegenstehenden Ansichten der beiden sozialdemokratischen Parteien zu hören bekommen. Herr Faust hat dabei über uns das Urteil gefällt, wir verhielten uns nationalliberal. Diese Folgerung erscheint mir nicht ganz richtig. Denn über die Frage, ob die Aufhebung des Belagerungszustandes am Platze ist oder nicht, darüber bestehen eben verschiedene Ansichten, und diese zu vertreten, muß jedem Einzelnen überlassen werden. Ich glaube, die Herren, die heute schon die Entscheidung, den Belagerungszustand aufzuheben, als erfreulich und als endlich erreicht bezeichnen, können unter Umständen schon in kurzer Zeit ganz anderer Ansicht sein. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß man solche Dinge immer erst aus einer gewissen Distanz beurteilen kann. Genau so ist es auch mit der Frage, ob die Revolution wirklich schon so Großes geleistet hat. Auch diese Frage so kurzzerhand zu entscheiden, scheint mir etwas vorschnell. Ich

möchte auch da sagen: Erst die Zeit wird es lehren. Jedenfalls, das, was sie bisher uns im Wirtschaftsleben gebracht hat, kann nicht als besonderer Fortschritt bezeichnet werden. Herr Dr. Künzler, der Jurist ist, und der hier im Senat vor und während des Krieges in einem Bureau gesessen hat, das nicht gerade als sehr fortschrittlich bezeichnet werden kann, hat ein sehr absprechendes Urteil über die Zeit der 40 Jahre vor dem Kriege gesprochen. Diese 40 Jahre haben aber jedenfalls unserer wirtschaftlichen Entwicklung und unserer Technik ungeheure Erfolge gebracht. Die Herren von links werden mir nicht vorwerfen können, daß ich mich politisch vor dem Kriege und während des Krieges irgendwie ausgezeichnet hätte; vor dem Kriege hatte ich keine Zeit für die Politik und während des Krieges war ich im Felde. Wenn nun Herr Faust sagt, sie hätten noch keinen Direktor in ihrer Partei, so möchte ich sagen, daß, wenn der Grundsatz: „Sozialismus ist Arbeit!“ Geltung hätte, ich eigentlich zur sozialistischen Partei gehörte, denn gearbeitet habe ich mein ganzes Leben, und zwar mehr als acht Stunden pro Tag. Ich glaube behaupten zu können, daß ich vielen der Parteifreunde des Herrn Faust länger und besser bekannt bin als Herr Faust selbst. Wenn man wie ich seit zwei Jahrzehnten mitten in der Arbeiterbewegung steht, so kann man beurteilen, was z. B. Leute wie Herr Fauth, der jetzt von den Herren von links hier so stark angefeindet wird, für die Interessen der Arbeiterschaft geleistet haben. Durch ihn und andere, die heute sich zu den Parteifreunden des Herrn Faust zählen, habe ich gelernt, die Empfindungen der Arbeiterschaft zu schätzen. — Leider muß ich feststellen, daß ich von dem jetzigen Verhalten eines großen Teiles der Arbeiterschaft sehr enttäuscht bin, und damit komme ich wieder auf den Belagerungszustand zu sprechen. Bei uns in der Fabrik besteht kein Belagerungszustand. Er hat zwar einmal bestanden, aber nur während der Regierung des Rates der Volksbeauftragten; da ist man zu mir mit Handgranaten und Gewehren gekommen und hat so mit mir verhandelt. Aber jetzt sollte trotz des Belagerungszustandes in Bremen alles seinen friedlichen Gang gehen. Selbst der Arbeiterrat ist in keiner Form in seinen Rechten beschränkt worden, die er sich seinerzeit während der Revolution errungen hat. Trotzdem nun der Arbeiterrat erklärt hatte, daß irgendwelche Tumulte nicht vorkommen würden, ereigneten sich dieselben doch und zwar gegen den Wunsch und Willen — wie mir wenigstens versichert wurde — der Führer. Nun, meine Damen und Herren, so steht es auch mit dem Belagerungszustand in Bremen. Ich glaube wohl, daß die Mehrzahl auf der Linken fest überzeugt ist, daß der Belagerungszustand aufgehoben werden kann, und daß auch alles in Ordnung bleiben wird. Aber, ob es so kommen wird, das wissen nur die Götter, und für meine Fraktion stelle ich fest, daß, wenn es gegen den Willen der Herren Faust und Dr. Künzler zu Blutvergießen kommt, dann werden diese Herren die Verantwortung zu tragen haben. Wir haben gar kein

Interesse am Belagerungszustand, wir haben nur Interesse an Ruhe und Ordnung.

Zum Schluß noch einige Worte über die Unternehmer. Diese sind schließlich doch auch Angestellte, nur arbeiten sie meist nicht 8 Stunden, sondern 16 Stunden. Und wenn die Gefolgschaft der Herren Faust und Dr. Künzler das Unternehmertum glaubt ausschalten zu können, so möchte ich doch darauf verweisen, daß sie alle Ursache hätten, ihm dankbar zu sein. Denn sie sollten bedenken, daß, wo früher Sandwüste war, jetzt 4000 Arbeiter ihren lohnenden Verdienst finden. Daß viel Arbeit, Sorge und Verstand dazu gehört, um große Werke ins Leben zu rufen, sollte auch den Herren von links begreiflich sein, aber ich habe noch nie Anerkennung von dieser Seite darüber gehört, daß die Unternehmer diejenigen gewesen sind, die den Arbeitnehmern diese Arbeitsmöglichkeiten verschafft haben. Herrn Dr. Künzler, der die Leistungen dieser letzten 40 Jahre so gering schätzt, möchte ich daran erinnern, daß noch im Jahre 1870 mehrere hunderttausend Menschen aus Deutschland auswandern mußten, um sich in der Fremde ihr Brot zu suchen. Nur dank der Initiative und dem Fleiß der Unternehmer ist es möglich gewesen, dem abzuweichen. (Dr. Künzler: Nur materieller Fortschritt!) Nicht nur die materielle, sondern auch die ideelle Existenz wurde gehoben. Es muß anerkannt werden, daß dadurch erst die Möglichkeit gegeben war, das Proletariat im Lande zu halten und zu verhindern, daß eine Abwanderung ins Ausland notwendig war. Ferner möchte ich Herrn Dr. Künzler noch entgegenhalten: Er behauptet, der Militarismus sei durch die Revolution zertrümmert worden. Der Militarismus ist durch den verlorenen Krieg erledigt worden, nicht durch die Revolution. Als die Revolution ausbrach, war der Militarismus bereits in seinen Grundfesten erschüttert. Was Sie heute als Militarismus bezeichnen, sind nur noch Auswüchse. Sie regen sich auf, wenn vor dem Bismarck-Denkmal „Sei dir im Siegerkranz“ gesungen wird. Das ist genau dasselbe, wie wenn früher am 1. Mai, als das alte Regime noch am Ruder war, jemand die Arbeitermarzillaise sang. Da hat kein Mensch sich aufgeregt. (Zuruf: Ausgesperrt!) An Aussperrung deswegen dachte kein Mensch.

Zum Schluß möchte ich nochmals erklären, daß meine Fraktion die Abstimmung über die Aufhebung des Belagerungszustandes deswegen freigegeben hat, weil sie nicht die Verantwortung für die Folgen tragen will, falls es trotz der Versicherung der U. S. schief gehen sollte.

Dr. Gildemeister (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin in dieser hochpolitischen Debatte auf den Plan gerufen worden, weil man sich mehr auf meinen Namen als auf meine Ausführungen bezogen hat. In einem Punkte bin ich direkt apostrophiert worden, in bezug auf meine Ausführungen über die Entwicklung Deutschlands in den

letzten 40 Jahren. Die Debatte entstand dadurch, daß Herr Wenhold sagte, daß wir durch die Revolution von dem Regime dieser 40 Jahre befreit worden wären und ich erwiderte, daß man doch nicht vergessen solle, daß diese 40 Jahre die Jahre unseres wirtschaftlichen Aufschwungs gewesen wären, und ich habe aus den Worten, die heute von verschiedenen Seiten gesprochen worden sind, eigentlich nur eine Bestätigung dieser meiner Auffassung herausgehört. Jedoch hat Herr Dr. Künzler diese Epoche, die hinter uns liegt, von einer anderen Seite beleuchtet und hat gesagt, daß in dieser Epoche der Materialismus in Deutschland aufgekrochen sei und die Geisteswissenschaften einen Niedergang erlebt hätten. Nun möchte ich dazu zunächst bemerken, daß wir, glaube ich, das aus einer etwas falschen Perspektive sehen, denn wir dürfen nicht verkennen, daß diese 40 Jahre auch die große Entwicklung Deutschlands auf allen Gebieten der Technik, die auch eine Geisteswissenschaft ist, gesehen haben. Daß auf der anderen Seite die Höhe der deutschen Kultur sich nicht in dem Maße verbreiten und weiterentwickeln konnte in einem mehr maschinell und praktisch gewordenen Zeitalter, das ist sicher. Und diese Entwicklung, die ich auch nicht begrüße, hat sich besonders in der Politik gezeigt. (Sehr gut! rechts.) Die liberale Entwicklung Deutschlands ist durch die materialistische Richtung des Sozialismus unterbunden worden. Sie alle, die Sie jetzt zum Angriff geblasen haben auf unsere Entwicklung, die Sie gekniet haben, auf unseren früheren Staat, den Sie zerstört haben, Sie haben sich auch abgewandt von dieser Richtung und das Materielle auf Ihr Programm geschrieben. Das ist etwas, was wir aus tiefstem Grunde bedauern, und die Ablehnung, die Sie von unserer Seite nicht in praktischen Bestrebungen, sondern in Ihrer Ideenwelt erleben werden, die geht auf diese Wurzel zurück. Ich spreche nicht vom parteipolitischen Standpunkt unserer Gruppe aus, wenn ich es aufs tiefste bedaure, wenn ein Mitglied der demokratischen Fraktion hier heute erklärt hat: ich bin eigentlich „auch Sozialist“. Wir halten allerdings diese Unbestimmtheit der Zwischengruppe, die einer solchen Erscheinung wie dem Sozialismus gegenüber keinen Standpunkt gewinnen kann, für das allergefährlichste, denn dieses Schwanken und diese Zwitterstellung ist in jeder politischen Entwicklung das Verderblichste. Nur dadurch, daß man klare Ideen und Gedanken entwickelt und zum Austrag bringt, kann man den Fortschritt fördern. Wir sind in dieser Zeit berufen, wenn auch in die Minderheit gedrängt, gegen die rein materialistische Auffassung der Politik, die das Ziel der Politik allein in einer Verbesserung der materiellen Lage sieht, die alten Güter hochzuhalten, die in der deutschen Politik vertreten werden müssen, die Entwicklung der bürgerlichen Freiheit, die in den letzten 40 Jahren, wie ich zugeben will, ihre Fortentwicklung nicht in gleichem Maße finden konnte, weil das Bürgertum sich praktischen Aufgaben zugewandt hat. Wenn wir nun heute vor einem Niederbruch der deutschen Geschichte stehen in

einem solchen Maße, wie er schwerlich jemals so trag eingetreten ist, so ist es natürlich nicht möglich, auf irgend einen Punkt, eine Person, eine Partei zu weisen und zu sagen: da liegt die Schuld. Die Ursachen und die Verknüpfungen dieser Geschehnisse, des Krieges und der Revolution, werden die Geschichtsschreiber noch Jahrzehnte lang beschäftigen. Darüber werden große Bücher geschrieben werden, darüber wird der Streit der Geister nicht ruhen. Was wir aber mit Bestimmtheit glauben sagen zu können, das ist das, daß die Revolution so, wie sie ausbrach, für unsere außenpolitische Lage in dem Augenblick das Verderben war. (Sehr richtig!) Diese Revolution lieferte uns waffenlos, ich hätte beinahe gesagt, der Gnade, richtiger der Ungnade, unserer Feinde aus. (Dr. Künzler: Und gab uns die Freiheit!) Ich spreche im Augenblick davon, daß sie uns waffenlos unseren Feinden auslieferte. (Dr. Künzler: Das wollen wir lieber, als geknechtet sein! — Unruhe rechts. Zuruf: Deutsche Bedientenseele!) Diese Revolution beruhte darin, daß man glaubte, wenn man in gewissen Staatsformen und Einrichtungen sich dem Ausland anpasse, dann würde man auf Veröhnung zu rechnen haben. Dieser Irrtum hat sich grausam gerächt. In diesem Sinne stehen wir schon heute vor einem völligen Niederbruch unserer Revolution. Daß sich aus diesem Trümmerfeld ein neues Leben entwickeln möge, dazu wollen wir in allererster Linie helfen, aber wir glauben nicht, daß, wenn wir auf eine Wiedererweckung der Gesinnung glauben setzen zu müssen, daß es dann wohlgeht, daß man sich so entscheidet, daß man alles, was an Gesinnungsmomenten noch vorhanden wäre, plötzlich glaubt bekämpfen und in ihr Gegenteil verkehren zu müssen. Ich kann es persönlich, aus den republikanischen Verhältnissen in Bremen heraus erwachsen, nicht verstehen, wie weite Kreise der Bevölkerung, die früher sich als erklärteste Monarchisten hinstellten, die monarchistisch bis auf die Knochen sein wollten, heute alle Leute verfehlen wollen, die diesen alten Idealen treu geblieben sind. Ich kann auch nicht diesen Leuten (Waid: g a n d: Die etwas gelernt haben.) auch nicht Ihnen, Herr Waigand, zugeben, daß Sie berufen wären, über die Geschichte unserer Tage ein abschließendes Urteil zu fällen. Ich sehe als den eigentlichen Gewinner des Krieges England mit seiner tief monarchischen Konstitution. (Zuruf links: Scheinmonarch!) England mit seiner repräsentativen Monarchie, die wir in Deutschland auf dem Wege waren anzustreben. Wir sehen allgemein, daß die germanischen Länder sich dieser Staatsform zugewandt haben, und ich sehe die Bedeutung dieser Staatsform darin, daß in den Staat durch die monarchische Spitze eine Stabilität, eine Ruhe kommt, daß nicht immer die äußere Leitung der Politik hin und her gezerrt wird durch die Parteien. Und wenn wir jetzt in das republikanische Regime eingetreten sind, so sollten wir dafür sorgen, daß das bei unserer neuen Verfassung nicht der Fall ist, daß die äußere politische Spitze nicht immer durch die Parteien hin und her gezerrt wird.

Nun sind hier Bedenken aufgetaucht, daß unser innerpolitisches Leben gestört werden könne durch eine Gegenrevolution. Diese Gegenrevolution würde im Augenblick wie überhaupt als Erscheinung höchst unerwünscht sein. Aber wenn etwas die Gegenrevolution hervorzurufen geeignet ist, dann ist es die Politik, die insbesondere von der äußersten Linken heute getrieben wird. Betrachten Sie doch einmal die Lage Deutschlands, wie Sie sie heute vorfinden. Da dürfen Sie nicht verkennen, daß es nicht alle Teile Deutschlands sind, wo die sozialistischen Parteien das Übergewicht haben. Denken Sie an den deutschen Osten, der furchtbar, bis ins Mark, getroffen ist, in seiner Bevölkerung, in den Territorien, die abgetreten werden müssen, in den Gefühlen und Gesinnungen ihrer Bevölkerung. Und wenn Sie jetzt mit dieser Verhegung, die Sie geglaubt haben immer in die Agitation tragen zu müssen, diese Gruppen und Parteien bekämpfen, dann können Sie sich nicht wundern, wenn der Ruf zurückschallt und wenn sich in Deutschland, wo wir Ruhe und Verständigung brauchen, die Gegensätze wieder verschärfen. Sie rufen dann durch diese Art der Begünstigung eine Gegenrevolution möglicherweise auf den Plan, die uns, da sie zu neuem Bürgerkriege führen würde, erspart bleiben möge. Die Frage, in die es schließlich ausmündet, ist die Frage des Belagerungszustandes; ob die äußerlichen Verhältnisse sicher genug sind, daß man dieses Zustandes eines verschärften Schutzes entraten kann. Die Lösung der Frage ist, äußerlich genommen, eine rein technische. Ist die äußerliche Sicherheit gewährleistet? Sind die Verhältnisse in Bremen derartige, daß man in dieser Beziehung nicht zweifelhaft sein müßte? Wir wissen, daß hier Bürgerblut geflossen ist. Wir sind einer der kritischsten Punkte Deutschlands gewesen. Wir haben den Umsturz zweimal erlebt und wissen, daß die Aufbruchschäden, die noch unerledigt sind, sich in die Millionen belaufen. Da ist es eine Frage, die rein technisch und sachlich mit Ueberlegung entschieden werden soll, deren Entscheidung nicht davon abhängig sein darf, ob man sich aus irgendwelchen politischen Gründen zu vertragen wünscht unter irgend welchen Parteien, die auch nicht von irgendwelchen Stimmungsmomenten abhängig sein kann, wir müssen vielmehr von uns aus an die Regierung die Forderung stellen, daß sie rein sachlich entscheidet, ob die Aufhebung des Belagerungszustandes verantwortet werden kann. In diesem Sinne möchte ich von uns aus an die Regierung appellieren, daß sie, unbeirrt durch parteipolitische Rücksichten, diese Frage mit allem Ernst und aller Sorgfalt erwägt und danach ihre Stellung gegenüber der Reichsregierung einnimmt. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Klamitter und Professor Dr. Diep. Wird der Antrag auf Schluß unterstützt? (Geschlecht.) Wünscht jemand das Wort zum Schluß? Das wird nicht gewünscht.

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die für den Schluß sind, sich zu erheben. (Geschlecht.) Der Schluß ist angenommen.

Lunkewitz (M.-S.): Ich verzichte auf das Schlußwort mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit.

Präsident: Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag sind, sich zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag Lunkewitz ist angenommen.

Ich möchte nun vorschlagen, daß wir zunächst wieder zum

Jugendheim

zurückgehen. Inzwischen ist Herr Senator Rhein erschienen. Ich bitte Sie, Herr Senator, Platz zu nehmen.

Herr Senator! Ich möchte zu Ihrer Orientierung Ihnen mitteilen, daß folgende zwei Anträge zur Vorlage eingegangen sind:

1. ein Antrag Schulze:
die vier Zellen abzulehnen,
2. ein Antrag Karrenberg:

Die Nationalversammlung stimmt der Vorlage zu, wünscht aber, daß die Zellen für die Schutzhäftlinge vergrößert werden.

Karrenberg (D.): Meine Damen und Herren! Herr Dr. Kunkler hat vorhin Ausführungen gemacht, denen ich widersprechen möchte. Er hat die Worte gebraucht, daß in diesem Jugendheim sich eine Gefängnis-einrichtung befinde, insofern, als besondere Zellen für die Schutzhäftlinge vorgesehen seien. Das ist nicht richtig. Es sind kleine Zimmer vorgesehen, die auch in der Vorlage als Zimmer bezeichnet sind, auf den Zeichnungen aber den Namen „Zellen“ bekommen haben. In der Tat können sie auch als Zellen bezeichnet werden, sofern es sich um kleine Räume handelt, die sehr einfach eingerichtet werden sollen. Diese Zimmer sollen zur Unterbringung solcher Jungen dienen, die eigentlich als Sträflinge anzusehen sind, und die früher in einem Gefängnis untergebracht wurden. Die Jungen sollen während der Nacht hier untergebracht werden unter der Obhut eines Wärters, und das soll geschehen, um ein Durchbrennen zu verhindern. Es ist vielleicht wünschenswert, daß diese Zimmer ein wenig vergrößert werden. Die Räume sind tatsächlich — nach meinem Gefühl — zu klein, es sind Räume von 14,6 cbm. (Zuruf: Viel zu wenig!) Es ist vielleicht möglich, die Zahl der Zellen etwas zu vermindern, vielleicht auf drei, dadurch wäre ein größerer Luftraum für die einzelne Zelle zu gewinnen.

Herr Dr. Kunkler hat weiter gesagt, er müsse in Frage stellen, ob die richtige Methode in der Erziehung angewandt wurde, und er exemplifizierte dabei auf frühere Vorkommnisse.

Präsident: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß inzwischen auch Herr Klüsing als Leiter des Jugendheims erschienen ist. (Zuruf von links: Sehr erfreulich!)

Karrenberg: Ich begrüße es, daß Herr Klüsing anwesend ist. Er wird als leitender Beamter eingehend Rede und Antwort geben können. Herr Dr. Klinker hat die Methode der Erziehung besprochen und gemeint, daß in dem Jugendheim möglicherweise ein Erziehungssystem zur Anwendung komme, das entschieden bekämpft werden müsse, und hat in schärfster Weise das System früherer Zeiten bekämpft (mit Recht! Ich erinnere an die Behandlung der Mädchen in der Blomeschen Wildnis!). Er hat weiter an Vorkommnisse im Untersuchungsgefängnis hingewiesen, wo von der Polizei Mißhandlungen an Inhaftierten vorgekommen seien. Es bestehen ja Schwierigkeiten, mit solchen Kindern umzugehen, und es muß deshalb für geeignete Kräfte gesorgt werden, die in dem Jugendheim, wie es hier ins Leben gerufen ist, wirken. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß bei uns in den Erziehungsheimen, wie wir sie haben, im Ellenerhof und Hartmannshof, von jeher nicht der finstere Geist geherrscht hat, von dem Herr Schulze berichtet, wobei er die Mutmaßung ausgesprochen hat, daß vielleicht die Jungen, die schwer erziehbar sind, unter Mißhandlungen zu leiden hätten. Daß solche Kinder nicht so in Freiheit erzogen werden können wie sittlich gesunde Kinder, das bedarf nicht näherer Ausführungen. Sie müssen streng behandelt werden, was nicht ausschließt, daß diese Strenge mit warmem Herzen und mit Liebe ausgeübt wird. Ich glaube in der Tat, daß der Leiter des Heims ein Mann ist, der in diesem Geist das Haus zu leiten versteht.

Ich weiß nicht, ob die Räume für die Schutzhäftlinge genügend groß sind, und ob mein Antrag große Berechtigung hat. Es kann ja aber weiter geprüft werden, ob es am Platze ist, daß der verfügbare Raum statt in fünf Teile anders aufgeteilt wird, ob statt der vier Zellen vielleicht nur drei eingerichtet werden können, möchte aber bitten, dem Antrage Schulze nicht zuzustimmen, der die Beseitigung der Räume verlangt. Ich enthalte mich weiterer Ausführungen und könnte vielleicht meinen Antrag zurückziehen. (Zurufe.) Nun, ich kann ihn auch bestehen lassen.

Becker (M.-S.): Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe infolge meiner 18 Dienstjahre bei der Polizei ein Urteil in dieser Sache, zumal ich eine harte Lebensschule als Kind durchgemacht habe. Ich habe in meinem Dienst in vielen derartigen Fällen als Beamter mein Herz besiegen lassen müssen. In den meisten Fällen, wo ich mit derartigen Sachen zu tun hatte, hat es sich um Kinder gehandelt, die aus Ehen stammten, wo Vater oder Mutter gestorben waren und der Ueberlebende sich wieder verheiratet hatte. Ich

muß auch sagen, daß ärztlicherseits festgestellt worden ist, daß es sich speziell bei diesen Kindern, die sich in der Pubertätsentwicklung befinden, plötzlich Sachen vorfinden, bei denen die Erziehung keine Rolle mehr spielen kann, daß solche Kinder zu Brandstiftern, Mördern usw. werden. Mit diesen Ausführungen will ich namentlich bezwecken, daß durch die Erziehung vermieden werden muß, daß solche Sachen auftreten. Man muß doch irgend einen Raum haben, eine Einrichtung schaffen, wo man diese Kinder oder Jünglinge zu ihrem eigenen Schutz unterbringt, sie wenigstens in Schutzhaft nimmt. Man muß das auch tun, um die anderen gegen eine geistige Vergiftung durch die Jugendlichen zu schützen, die Gefahren von ihnen abzuwenden. (Unruhe. Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Solche Kinder im Alter von 16 bis 17 Jahren müssen Zwangserziehung haben. Da es aber bisher in Bremen ein Jugendheim noch nicht gegeben hat, wurden solche vom Jugendamt oder durch Ermittlungsbeamte bei privaten Leuten untergebracht. Da ist aber doch nicht immer genügend darauf gesehen, daß das auch geeignete Leute sind, und es sind Fälle vorgekommen, woran nicht der Zwangszögling die Schuld trug, sondern der Erzieher. Es ist daher besser, daß die Kinder in einer Anstalt untergebracht werden, wo sie vom Morgen bis zum Abend beaufsichtigt werden und auch tüchtig arbeiten müssen. Nebenbei möchte ich noch sagen, daß Leute solche Kinder vielleicht bei einem Schmied oder in einer Fahrradfabrik arbeiten lassen, die Kinder werden dafür bezahlt, das Geld wird ihnen aber abgenommen und im Haushalt verbraucht. Sie nutzen die Kinder vollständig aus bis zum äußersten. Daß dann die Kinder schließlich zu Sachen greifen, die gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, ist erklärlich. Meist wird zuerst eine Kleinigkeit genommen, es kommt zum Diebstahl, Diebstahl im Rückfall, Unterschlagung. Durch Unterbringung in einem Jugendheim wird es aber tatsächlich erst gelingen, die Kinder auf einen besseren Weg zu bringen.

Zur Sache selbst möchte ich sagen, daß es, wie ich vorhin schon erwähnte, Fälle gibt, wo das Vaterherz vom Beamtenherz besiegt wird und wo schließlich eingegriffen werden muß. Es gibt auch Fälle, wo die Eltern keine Schuld trifft. Man muß jedenfalls Einrichtungen treffen, wo solche Kinder erzogen werden, und dafür ist das Beste eine solche Anstalt. Es gibt auch Fälle, wo die Kinder zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutz anderer eine zeitlang eingesperrt werden müssen. Da geht einmal kein Weg vorbei. Zellen müssen eingerichtet werden. Es dürfen nicht Räume sein, wo sieben oder acht Mann einziehen, dagegen müßten Bedenken erhoben werden. Es können selbstverständlich auch Zellen eingerichtet werden, die ähnlich sind wie eine Stube, wenn auch von großen Bequemlichkeiten für die Kinder nicht die Rede sein kann. Es gibt ja auch bei der Polizei Eingesperrte, aber Zwangserziehung ist nur für Kinder. Wenn junge Leute von der Polizei eingesperrt werden, so ist das für sie zwar abschreckend, aber sie

werden dadurch nicht gebessert. Das ist nichts, das muß man vermeiden. Man muß auf sie einzuwirken versuchen, Einfluß auf sie ausüben. Herr Senator Feuß hat sich, als er noch Lehrer, Vorsteher der Schule an der Schleswiger Straße war, viel um solche Kinder bekümmert und gezeigt, wie ihm die Sache ans Herz gewachsen war. Er hat sich mit uns lange darüber unterhalten und der Meinung Ausdruck gegeben, wie schädlich es sei, da bürokratisch vorzugehen, daß man solche Kinder dem Gericht entziehen müsse. Man muß sagen, daß er sich in jeder Weise dafür interessiert hat. Nun, die Zeiten haben sich geändert, es ist da ein vollständiger Wandel eingetreten. Von ihm ist es ausgegangen, daß die Sache durch Polizeiinspektoren gemacht wird. Wer, wie ich, eine harte Schule durchgemacht hat und lange Jahre im Dienst steht, weiß das zu beurteilen. — Ich bin der Meinung, daß diese Zellen bestehen bleiben müssen.

Schulze (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Allen denjenigen, die für den Bau dieser Zellen eintreten, kann ich nur empfehlen, daß sie sich einmal die Anstalt in Zehlendorf bei Berlin ansehen, wo bedeutend mehr Kinder untergebracht sind, wo aber keine Gitter vor den Fenstern vorhanden sind, wo keine Türe verschlossen ist. Es handelt sich da um Großstadtkinder aus Berlin, also jedenfalls um Material, das aus der Großstadt ausgespielt wird. Da habe ich einmal den Direktor dieser Anstalt gefragt: Entstehen keine Unannehmlichkeiten durch das Zusammenschlafen dieser Kinder? Da erklärte mir der Direktor: Indem wir die Kinder durch Arbeit und Geselligkeit den ganzen Tag beschäftigen, kommen sie gar nicht in die Lage, während der Nacht ihre Kameraden auf Abwege zu bringen. Ich stehe auf dem Standpunkt: Kinder, die sittlich gefährdet sind, sollen nicht allein in einen Raum eingesperrt werden, auch nicht nachts, denn ihre Phantasie erwacht durch das Alleinsein. Man soll ihnen gar keine Möglichkeit geben, allein in einem Räume zu sein. Nur durch das ständige Zusammensein mit den andern ist es möglich, daß diese Kinder in ihrer Phantasie nicht auf Abwege geraten. Und aus dem Grunde verurteile ich dieses Einsperren der Kinder. Ich fragte den Direktor dieser Anstalt: Laufen die Kinder nicht manchmal weg? Er sagte: Es kommt vor in den ersten Tagen, aber wenn sie erst eingewöhnt sind, dann läuft uns keiner mehr weg, im Gegenteil, nachdem wir sie entlassen haben, besuchen sie uns des Sonntags noch wieder. Also Sie sehen, es ist da ein wesentlicher Unterschied zwischen Erziehungsanstalt und Erziehungsanstalt. Das, wovon die Herren Waigand und de Beel gesprochen haben, das sind die alten Erziehungsanstalten, in denen die Kinder durch eiserne Strenge wieder zu besseren Menschen gemacht werden sollen. Aber in Erziehungsanstalten, die auf moderner Grundlage beruhen, und wo die Arbeitsschule gepflegt wird, wo die Erziehung durch Arbeit und Selbstbetätigung geschieht,

dort braucht man diese eiserne Strenge nicht, da braucht man diese Gitter und diese Mauern nicht. Wir haben ja keinen Einblick in die Methoden, die in dem Heim für Jugendliche angewendet werden, wir sind nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß man für solche Kinder nicht vier Käfige bauen soll, und aus diesem Grunde müssen wir diese Vorlage ablehnen. Wir werden unser Augenmerk streng darauf richten, wie die Zustände dort sind; darauf kommt es einzig und allein an, ob man die Kinder in Freiheit zu besseren Menschen machen kann, oder ob man sie in Käfige einsperrt.

Senator Rhein (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, daß man nach den Erfahrungen, die früher vielfach gemacht worden sind, der Fürsorgeerziehung skeptisch gegenüberstehen kann. Aber ich will gleichzeitig betonen, daß die Fürsorgeerziehung richtig angewendet, zum Segen der davon Betroffenen werden muß. Und ich muß sagen: wenn vielfach der Gedanke zum Ausdruck gekommen ist, daß mit der Aenderung der politischen Verhältnisse ein neuer Geist einziehen solle in die einzelnen Ämter und Behörden, so brauche ich kaum besonders zu betonen, daß in unser Jugendamt dieser neue Geist nicht erst einzuziehen brauchte, sondern er herrschte dort bereits, jedenfalls soweit die Fürsorgeerziehung in Frage kam. Das Jugendamt ist weit davon entfernt, nun das Heil darin zu sehen, wie der Herr Vorredner es hier hinzustellen versuchte, daß gegen die Kinder mit eiserner Strenge vorgegangen wird, daß die Kinder in Käfige eingesperrt werden, daß ihnen die Freiheit auf das äußerste beschränkt wird, daß sonstige Zwangsmaßnahmen getroffen werden. Die Erziehung forscht heute nach den Ursachen der Verfehlungen, — vielfach liegen sie ja bei den Eltern, — und es werden eben auch die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Jedenfalls muß ich sagen, daß das, was hier über die „Zellen“, wie die Zimmer in diesem Jugendheim in der Zeichnung irrtümlich bezeichnet sind, gesagt worden ist, von falschen Voraussetzungen ausgeht. Diese Zellen oder Zimmer haben keineswegs als Strafzellen zu gelten, sondern sie haben lediglich den Zweck, den gesetzlichen Bestimmungen zu genügen nach § 7 des Fürsorgegesetzes, wonach, wenn das Vormundschaftsgericht einen Beschluß faßt, daß ein Jugendlicher in Schutzhaft zu nehmen ist, dieser Jugendliche in Verwahrung zu halten ist. Gerade aus der Kritik, die die Ausführung dieser Schutzhaft hier gefunden hat, ist ja das Jugendheim entstanden und es ist notwendig gewesen, diese Zimmer zu schaffen. Bei der Budgetberatung im Jahre 1914 hat das Jugendamt den Antrag auf Gründung des Jugendheims gestellt, und es war einer der wichtigsten Gründe mit, die die Notwendigkeit der Errichtung dieses Heims erwiesen, die Schutzhaft an diesen Jugendlichen eben in diesem Jugendheim zu vollziehen. In einer Reihe von Fällen war es früher leider vorgekommen, daß Jugendliche mit Erwachsenen gemeinsam ins Untersuchungsgefängnis gebracht wer-

den mußten. Es war mit Recht damals gegen diese Erscheinung Sturm gelaufen worden. Neben dem Zwecke der Schutzhaft soll dieses Heim auch als Beobachtungsstation dienen, in dem die Kinder auf ihren Charakter hin untersucht werden, um zu entscheiden, ob die Jugendlichen dann in einer Erziehungsanstalt untergebracht werden sollen, oder ob es angebracht ist, sie in Familienpflege zu geben. Diese Einrichtung des Jugendheims als Beobachtungsstation hat sich als außerordentlich segensreich erwiesen. Ich will nur verweisen auf die Zahlen, auf die der Bericht selbst hinweist. Die Unterbringung in Anstalten ist ja keineswegs immer das Beste, zumal wir selbst ja Anstalten nicht im Lande haben, sondern auf außerhalb bestehende Anstalten angewiesen sind. Dieses Jugendheim geht also auch darauf hinaus, überhaupt möglichst die Anstalts-erziehung zu vermeiden und die Familienerziehung an ihre Stelle zu setzen. Ich glaube deshalb, daß man der Sache ruhig und mit Vertrauen entgegensehen sollte, wie das Jugendheim seine Tätigkeit ausübt. Diese Zimmer sollen lediglich dazu dienen, die Schutzbefohlenen vorläufig und vorübergehend unterzubringen. Es ist nun keineswegs die Meinung, daß sie den ganzen Tag über dort gehalten werden, sondern nur nachts. Sie werden in den Tagesstunden genau so beschäftigt wie die übrigen Fürsorgezöglinge. Es liegt aber die Notwendigkeit vor, sie zunächst für sich allein unterzubringen, einmal, weil sie zunächst eine Gefahr bedeuten für die übrigen, und auch aus sanitären Gründen. Ich meine also, wenn wir die Sache so auffassen, dann haben wir keinen Grund zu Mißtrauen. Was die Größe der Zimmer betrifft, so besteht vielleicht die Möglichkeit, doch noch etwas weiter zu gehen. Bedenken sind jedenfalls von der Baupolizei und vom Bauamt in Bezug auf die Raumverhältnisse nicht zutage getreten. Jedenfalls genügt die Anzahl der Kubikmeter den Ansprüchen. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, nach mir noch dem Leiter des Heims, Herrn Klüsing, das Wort zu erteilen, um ihm Gelegenheit zu geben, über seine Erziehungsmethode, die ich in der kurzen Zeit meiner Amtstätigkeit als durchaus gut kennen gelernt habe, Aufklärung zu geben. Von welchem Geiste er dabei getragen wird, das ergibt sich aus einer Bemerkung des Jahresberichts des Jugendheims, der in der nächsten Zeit in Ihre Hände gelangen wird, und aus dem ich einen Passus verlesen möchte. Es heißt da:

„Das Heim schließt sich keiner konfessionellen Richtung an; es bemüht sich eben, in wahrhaft humanem Sinne zu arbeiten und jederzeit das Interesse der Kinder voranzustellen. Es schwebt dem Leiter vor, daß er noch von dieser Stelle berufen sein kann, in größerem Maßstabe sozialpädagogisch zu wirken; denn das Beobachtungsheim ist eine Erfahrungsstätte ersten Ranges. Schon bald nach der Einrichtung des Heims war es mein Bestreben, so frei wie möglich zu arbeiten, da mir so ein Erfolg am sichersten er-

scheint. Es war trotz meines Dagegenhaltens ein Arrestzimmer eingerichtet, das ganz gewiß mehr Schaden als Nutzen gebracht hat und Anfang November wieder verschwand. Vermißt habe ich es nie wieder. Durch das innige und vertrauensvolle Zusammenleben werden Strafen in sehr geringem Maße erforderlich und lassen sich dann noch in pädagogisch feinerer Art bewirken.“

Ich möchte also bitten, daß auch Sie Herrn Klüsing das Vertrauen schenken. Ich bitte, ihm Gelegenheit zu geben, nun noch einiges über seine Methode zu sagen.

Klüsing, Leiter des Jugendheims: Meine Damen und Herren! Ich bin etwas mehr als verwundert gewesen, als mir entgegengerufen wurde, daß etwas im Heim sein müsse, was nicht richtig ist. Da liegt ein Grundfehler, daß Sie das Heim nicht sehen als Beobachtungshaus, sondern als fertige Anstalt. So ist es gar nicht. In das Heim kommt jeder Zögling, der beim Jugendamt eingeliefert wird. Er wird ganz vom Standpunkte der Psychologie studiert, die ich studiert, nicht bloß auf dem Seminar gehört habe. Dann muß er längere Zeit im Heim verbleiben zur Beobachtung. Nach Verlauf einiger Wochen wird weiter über ihn entschieden. So ist z. B. seit einigen Monaten die psychiatrische Beobachtungsstation in Ellen eingerichtet worden. Wie einer der Herren schon sagte, daß im Pubertätsalter die Kinder gefährlich werden können, so kann ich das vielleicht eher schon sehen. Deshalb bringe ich solche Kinder zur psychiatrischen Beobachtungsstation nach Ellen. Dort ist ein wunderschönes Gartenhaus. Die Kinder fühlen sich wie im Himmel. (Zurufe der U. S.: Na, na!) Das tun sie wahrhaftig. Gehen Sie hin und besuchen Sie sie. Genau so fühlen sich unsere Schulkinder. Sie gehen vom Heim zur Schule, die laufen nicht weg, sie kommen mittags unter Gesang wieder unter Liedern, die Sie vielleicht nicht gerne hören möchten. (U. S.: Was denn?) Dann werden sie im Heim nachmittags mit Schularbeiten in erster Linie, vielleicht abends mit Unterhaltungsspielen beschäftigt. Von Weglaufen keine Spur. Die Großen sind gerne im Heim; sie werden nur beschäftigt, sie müssen tags arbeiten, abends legen wir Geselligkeit auf. Während der Arbeitszeit sind Pausen. Es ist heute der hundertdreißigste Zögling aufgenommen worden. Zur Zeit befinden sich nur 35 im Heim. Alle übrigen sind entweder zur Anstalt gebracht, — nur 27, während früher 75 hingingen — die anderen kommen in Pflege, Dienst oder Lehre. Diese besuchen fast alle ausnahmslos das Heim während ihrer freien Zeit, und mehrere sind da, die wollen ihr Vaterhaus nicht wieder besuchen, sondern im Heim ihren Sonntag verleben, dort essen und trinken, ihre Unterhaltung finden und von hieraus abends an die Dienststelle zurückkehren. Es ist kein Zwang da. Es sollte aber jemand hinauskommen. Zur Zeit des Rates der Volksbeauftragten ist sofort jemand hinaus-

gekommen und hat gemeint, da könnten die Kinder es wohl aushalten. Es war Herr Kullrich, der in den ersten Tagen seiner Amtsführung da war und sich alles angesehen hat. Zunächst befindet sich das ganze Beobachtungshaus in einem Bauernhause, ohne die Türen zu verschließen. Es ist ein einfaches Bauernhaus.

Ich bin hingegangen, als ich ausgetauscht wurde aus der Gefangenschaft, mit vollen Segeln und Begeisterung an der deutschen Jugend. Jetzt komme ich heute abend und staune, daß in dem Heim, wo ich mein ganzes eingesetzt habe, etwas nicht in Ordnung sein sollte. Das muß man gesehen haben. Die Zellen: ich finde überhaupt in dem Bericht des Jugendamts vom 25. Juni unter 3, daß es Zimmer sein sollten. Hier sind Jugendliche, die Straftaten begangen haben, für die sie vom Jugendgericht abgeurteilt werden sollen. Es schwebt ein Verfahren. Während der Schwebezeit werden Erhebungen gemacht. Das Jugendgericht muß sich der Person des Jugendlichen vergewissern. Das hat es früher in unvollkommener Weise tun müssen und hat sie an das Untersuchungsgefängnis gegeben, was nicht schädlich war. Heute will es das tun, indem es bei uns einen Anhang schafft, der nicht zum Beobachtungshaus gehört. Es soll ein Anhang geschaffen werden, in dem dem Jugendgericht größere Gewähr geboten wird, für die Zeit des Gerichtsverfahrens die Jugendlichen zur Verfügung zu haben. Sie werden nötigenfalls auf telefonische Anordnung zur Verhandlung gebracht. Das Urteil wird gesprochen und dann erst verhängt das Jugendgericht die wohlwollende Maßnahme der Fürsorgeerziehung. Von dem Augenblick rutscht das Kind hinein. Es ist nur nachts drin. (F a u s t: Wie ist es mit der Religion?)

Dr. K ü n k l e r (U. S.): Wir können uns auch nach allen Ausführungen, die wir gehört haben, nicht überzeugen, daß in einer Erziehungsanstalt zellenartige, also an Gefängnisse zum mindesten erinnernde Zimmer vorhanden sind. Wir sind der Meinung, daß sehr wohl auch den Interessen der Strafrechtspflege, wenn es sich um leider verurteilte oder zu verurteilende Minderjährige handelt, genügt werden kann, ohne daß man dem Kinde zum Bewußtsein bringt, daß es sich im Gefängnis befindet. Das ist es, was wir von seinem Gemüt fernhalten wollen. Herr Becker hat mit Recht ausgeführt, daß es von den unheilvollsten Folgen sein kann, wenn das Kind einmal den Eindruck bekommen hat, hinter Schloß und Riegel gefesselt zu haben. Sollte es nicht möglich sein, ein Kind in einem gewöhnlichen Zimmer, das natürlich unter Beobachtung, meinetwegen auch unter Verschuß gehalten wird, so zu halten, daß damit den Interessen der Strafrechtspflege genügt wird? Kann man nicht jenen Eindruck von ihm fernhalten? Wir können die Vorlage so nicht bewilligen. Wir müssen die Bedingung stellen, daß dieser Stein des Anstoßes weggeräumt wird.

Es hat weiter dieser Posten in der Vorlage bei uns das Bedenken hervorgerufen, daß, wie diese Zelle eine Zwangseinrichtung ist, so auch in der übrigen Methode der Erziehung der Geist waltet, der früher dort gewaltet hat, und das ist etwas, was uns mit allerernstester Sorge erfüllen muß. Es ist, wie gesagt, noch nicht lange her, ich kann aus eigener Erfahrung mitteilen, daß in diesen Erziehungsanstalten Ausschreitungen vorgekommen sind, die einen empören mußten. Die Gerichtsverhandlungen ergaben eine Auffassung bei den Stellen, denen diese Kinder übertragen wurden, die jedenfalls in unserer Zeit nicht mehr geduldet werden kann. Wir haben geglaubt, diese Gelegenheit ergreifen zu müssen auch einen Einblick in die gegenwärtige Methode der Erziehung zu tun. Es handelt sich für mich besonders um die Mißhandlungen, die ganz unzweifelhaft — es ist noch nicht lange her — in Erziehungsanstalten stattgefunden haben. Hier von muß eine staatliche Einrichtung freigehalten werden. Ich bin einverstanden, daß nach den Erklärungen, die von der Regierung abgegeben worden sind, in dieser Beziehung gegenwärtig keine Sorge begründet ist. Daß aber der Wunsch gerechtfertigt war, das wird man anerkennen. Zwangsmittel wie Zellen können wir aber in staatlichen Erziehungsanstalten nicht billigen. Wir müssen bei dem Antrag beharren.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Lindau und Mannier. Wird der Antrag auf Schluß der Debatte unterstützt? (Unterstützt!) Wünscht jemand das Wort zum Schluß?

Lindau (U. S.): Ich bitte, den Schluß nicht zu belieben. Es handelt sich um einen Fachmann, der vom Maurerwesen ein klein wenig Ahnung hat. Ich will richtig stellen, daß es sich nicht um Zimmer, sondern um Zellen handelt, wenn Zellen von solcher Kleinheit eingerichtet werden.

Präsident: Es ist der Antrag gestellt, die Zellen zu vergrößern.

Lindau: Die Fenster auch? (Auch das.)

Staatsbaurat Knop (zur tatsächlichen Aufklärung): Ich möchte Herrn Lindau antworten: die Fenster, die er sieht an der Zeichnung hinten, gehören zu einem anderen Anbau. Die Fenster für die Zimmer haben die normale Größe. Zimmer von dieser Größe haben Sie zu Hunderten und Tausenden in Bremen in den Ein- und Zweifamilienhäusern.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Schluß. Wer für den Antrag ist, bitte sich zu erheben. Der Antrag auf Schluß ist angenommen.

Die U. S. bezweifeln die Richtigkeit. Es wird abgezählt. Für den Schluß stimmen 42, dagegen 36 Anwesende.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wir haben zunächst über den Antrag Schulze abzustimmen, wonach die vier Zellen gänzlich fortfallen sollen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag sind, sich zu erheben. Das ist abgelehnt.

Wir haben dann über einen Antrag des Herrn Karrenberg abzustimmen, wonach die Nationalversammlung wünscht, daß die Zellen für die Schutzhäftlinge vergrößert werden. (U. S.: In Zimmer umwandeln.) Hier heißt es in dem Antrag Zellen. Wer für den Antrag ist, bitte sich zu erheben. Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag des Jugendamtes sind, sich zu erheben. Das ist angenommen.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Künzler (U. S.): Herr Präsident! Auf dem Verzeichnis der Anträge für die Sitzung am 25., 26. und 29. Juli 1919 befindet sich am Schlusse ein Antrag Stiegler, der von unserer Seite gestellt ist, der die Unterstützung an die rückkehrenden Kriegsgefangenen und ihre Familien betrifft. Ueber diesem Antrage steht, daß er auf Wunsch der Antragsteller in der 18. Sitzung noch nicht zur Verhandlung kommen werde. Der Antrag ist aber dringend geworden für den Fall, daß weder am Dienstag eine Verhandlung stattfindet noch die Nationalversammlung, wie es nach den Verhandlungen bei Eröffnung dieser Sitzung den Anschein hat, nach Abschluß dieser Sitzung weiter tagen wird. Ich erlaube mir daher zunächst die Anfrage, ob die Fortsetzung der Verhandlungen am Dienstag vorgesehen ist. Wenn das nicht der Fall sein sollte, würden wir genötigt sein, die Dringlichkeit für den Antrag zu beantragen.

Präsident: Angenommen, am Dienstag würde eine Verhandlung stattfinden, dann würde er ebenso wenig am Dienstag verhandelt werden, wenn nicht die Dringlichkeit beantragt würde. Aber ich hoffe, daß wir am Dienstag nicht mehr zu tagen brauchen. Es liegen nur noch zwei Anträge vor, die jedenfalls noch heute erledigt werden können.

Dr. Künzler: Dann darf ich für den Antrag Stiegler hiermit die Dringlichkeit beantragen.

Präsident: Sobald die beiden Anträge erledigt sind, werden wir über die Dringlichkeit beschließen.

Dr. Künzler: Wenn man nur die Gewißheit hätte, daß die Versammlung sich nicht verlaufen wird. Vielleicht könnte die Dringlichkeit erst beschlossen werden. Ich habe sie schon begründet. Die Kriegsgefangenen kehren jetzt zurück. Wenn ihnen eine Unterstützung zuteil werden soll, dann müßte das jetzt geschehen, wenn

sie in die früheren Verhältnisse zurückkehren. Die Nationalversammlung . . .

Präsident: Wir wollen eben konstatieren, ob überhaupt noch 101 Mitglieder hier sind. Wenn die nicht hier sind, hat es keinen Zweck, über die Dringlichkeit zu verhandeln. (Zählung.) Es sind nicht mehr 101 Mitglieder anwesend. Unter diesen Umständen hat es wohl keinen Zweck, über die Frage der Dringlichkeit weiter zu reden.

Wir kommen nunmehr zu dem nächsten Antrag:

11. Gegenstand der Tagesordnung:

Antrag, betreffend die Kommunalisierung des Altmöbelhandels.

Die Nationalversammlung ersucht die Sozialisierungskommission um einen schleunigen Bericht, ob es sich empfiehlt, den Altmöbelhandel zu kommunalisieren.

Frau Jensen hat ihren Antrag abgeändert und ihm folgende Fassung gegeben:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht zu beauftragen, wie sich im Altmöbelhandel geordnete Verhältnisse schaffen lassen.

Frau Jensen (M. S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bitte, trotz der vorgerückten Zeit mir etwas Aufmerksamkeit zu schenken. Ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Ich bedaure, daß der Antrag erst heute zur Verhandlung kommen kann. Daß Sie, meine Herren und Damen von der rechten Seite, dem Antrage auf Kommunalisierung des Altmöbelhandels so wenig Verständnis entgegengebracht haben, trotz der Dringlichkeit des Antrages, wundert mich nicht. Sie sind jedenfalls nicht in der Lage, auf Auktionen gehen und stundenlang dort warten zu müssen, um etwas zu kaufen, wie es bei Arbeiterfrauen der Fall ist. Leider haben unsere Parteigenossen von der Linken geglaubt, die Dringlichkeit ablehnen zu müssen. Das stellt ihrem Wohlwollen gegenüber der ärmeren Bevölkerung allerdings ein eigenartiges Zeugnis aus. Meine Herren und Damen! Ich hätte allerdings gewünscht, daß der Antrag in folgender Form angenommen würde:

Die Nationalversammlung ersucht die Sozialisierungskommission zu einem schleunigen Bericht darüber, wie sich im Altmöbelhandel geordnete Verhältnisse schaffen lassen.

Ich habe mich aber nach einer Unterredung mit dem Herrn Präsidenten damit einverstanden erklärt, daß zunächst die Polizeidirektion mit diesem Antrage beauftragt werden sollte. Doch muß ich bemerken, daß in dieser Sache schleunigst gearbeitet werden müßte im Interesse der minder bemittelten Bevölkerung.

Präsident: Frau Jensen! Sie haben ursprünglich Ihren Antrag so gefaßt:

Die Nationalversammlung ersucht die Sozialisierungskommission um einen schleunigen Bericht, ob es sich empfiehlt, den Altmöbelhandel zu kommunalisieren.

Wir haben uns dann im Geschäftsvorstande dahin entschieden, daß es unmöglich sei, der Sozialisierungskommission eine derartige Aufgabe zuzumuten. Ich habe darauf Herrn Lüdeling gebeten, mit Ihnen zu sprechen, und darauf ist der Antrag in dieser Fassung gekommen.

Frau Jensen: Ja. Aber ich bin persönlich der Meinung, daß zwar die Polizeidirektion für die Verhältnisse in Bremen zuständig ist und sich darum mit der Sache befassen mußte, weil aber der Antrag für das ganze bremische Staatsgebiet unbedingt geboten ist, so möchte ich den Antrag der Sozialisierungskommission überweisen.

Präsident: Wir können dann auch so sagen:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständige Behörde — das gilt dann für Bremen, Vegesack, Bremerhaven und das Landgebiet, also für das gesamte Staatsgebiet —

mit einem Bericht zu beauftragen, wie sich im Altmöbelhandel geordnete Verhältnisse für das bremische Staatsgebiet schaffen lassen.

Frau Jensen: Damit bin ich einverstanden. Meine Damen und Herren! Ich habe den Antrag gestellt im Interesse der vielen tausend heute aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Kriegsgefangenen, von denen ein großer Teil kriegsgetraut ins Feld gezogen ist und ein anderer Teil ebenfalls den dringenden Wunsch hegt, eine eigene Häuslichkeit zu gründen. Bisher ist bei den Kriegstraumungen fast durchweg von der Gründung eines eigenen Heims Abstand genommen, und in Erwartung des baldigen Friedens und der Rückkehr der Kriegsgefangenen haben die jungen Frauen in größerer Anzahl bei ihren Eltern Unterschlupf gefunden oder möblierte Zimmer gemietet. Ihnen muß die Möglichkeit gegeben werden, sich eine eigene Häuslichkeit zu schaffen. Es ist natürlich ihr lebhafter Wunsch, bald eine eigene Häuslichkeit zu haben. Es ist nun die Frage aufzuwerfen: Ist den zahlreichen Kriegsgefangenen die Möglichkeit gegeben, sich unter den heutigen Verhältnissen eine eigene Häuslichkeit zu schaffen? Diese Frage muß glatt verneint werden. Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung während des Krieges haben eine ungeheure Preissteigerung für neue Möbel gebracht, und diese Preissteigerung für neue Möbel hatte eine lebhaftere Nachfrage für alte Möbel im Gefolge. Auf dem Gebiet des Altmöbelhandels sind aber Elemente tätig, die sich nicht schämen, während des Krieges die minderbemittelte, die ärmere Bevölkerung auszubeuten. Wer jemals an einer Auktion während des Krieges

teilgenommen hat, kann sich ein Bild davon machen, in welcher schamlosen Weise die arbeitende Bevölkerung ausgebeutet wird. Den Arbeiterfrauen ist es meist nicht möglich, für ihre kriegsgetrauten Söhne oder Töchter den nötigen Hausstand zusammenzulaufen, da die Preise zu hoch sind und von den Unterhändlern systematisch immer weiter in die Höhe getrieben werden. Ich meine, meine Herren und Damen, daß es auch reelle Altmöbelhändler gibt, die vor dem Kriege und auch während des Krieges mit diesem Wucher wenig oder gar nichts zu tun gehabt haben. Es müssen aber Wege gefunden werden, daß den anderen Elementen, die auf Kosten der ärmeren Bevölkerung sich während der Kriegsjahre bereichert haben, Einhalt geboten wird. Ich bitte Sie deshalb dringend, meinem Antrage zuzustimmen. Es mag sein, daß die Kommunalisierung des Altmöbelhandels auf ungeheure Schwierigkeiten stößt, vielleicht aber läßt sich doch ein Weg finden in der Form, daß die maßgebenden Behörden die Konzessionen auf diejenigen Geschäfte beschränken, die schon vor dem Kriege Handel mit alten Möbeln betrieben haben. Ich nehme an, daß diese Geschäfte reeller sind als jene, die erst während des Krieges hinzugekommen sind. Ich bitte Sie dringend, schaffen Sie auf diesem Gebiet Ordnung. Es sollte der minderbemittelten Bevölkerung, die in unabsehbarer Zeit die hohen Preise für neue Möbel nicht zahlen kann, wenigstens Gelegenheit gegeben werden, ihren Haushalt notdürftig mit alten Möbeln zusammenzustellen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Lindau.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt, aber abgelehnt.

Lindau (U. S.): Meine Damen und Herren! Die Antragstellerin hat ihren Antrag ungeändert. Wenn sie den Antrag gleich so gestellt hätte, Sie können versichert sein: wir hätten dann auch der Dringlichkeit zugestimmt. Wir sind der Meinung, für unsere Kriegsgefangenen muß auch in dieser Beziehung gesorgt werden, aber nicht in der Weise, daß man ihnen die Möglichkeit schafft, sich alte Möbel zu kaufen, sondern sie haben ein Anrecht auf neue Möbel. Sie wissen, daß wir hier in Bremen eine Verteilungsstelle haben, um es den Kriegern zu ermöglichen, Möbel preiswert anzukaufen. Wir sind der Meinung, unter den heutigen Umständen sollte man einigen Althändlern Liebesgaben in dieser Form nicht geben. Daß etliche von diesen ihre alten Sachen loswerden möchten auf Staatswegen, billigen wir nicht. Man sollte dafür sorgen, daß die Krieger neue Möbel kaufen können. Dem Antrage stimmen wir zu. Man darf sich aber nicht darüber verlegen, daß wir nicht für Dringlichkeit des vorigen Antrages gewesen sind, wir möchten nicht, daß das Wort „Sozialisierung“ zu einer Farce herabgewürdigt werde, wie es geschieht, wenn man Anträge stellt wie: „Den Altmöbelhandel zu sozialisieren“.

Bußmann (M. S.): Herr Präsident! Frau Jensen hat recht, wenn sie die Zustände auf dem Altmöbelmarkt einer Kritik unterzieht. Es handelt sich darum, daß es bisher nicht möglich gewesen ist, durch die Organisation der Altmöbelhändler in Verbindung mit der Polizeidirektion und der Kriegsdeputation Ordnung zu schaffen. Seit 1½ Jahren haben wir uns bemüht, im Sinne des Antrages Remedur zu schaffen. Die Sache liegt so, daß neben 70 bis 80 Existenzen, die offene, reelle Ladengeschäfte betreiben, noch 200 bis 300 Existenzen in Etagen als Geheimhändler vorhanden sind. Diese Leute tragen dazu bei, die realen Geschäfte in unserer Handelsstadt in Mißkredit zu bringen. Auch der Altkleiderhandel müßte in gewisser Beziehung reformiert werden. Frau Jensen, unsere Parteigenossin, hat es unterlassen, einen Abänderungsantrag in dieser Richtung zu stellen, sie hat nur eine Änderung im Altmöbelhandel beantragt. Der Antrag ist in meiner Fraktion gestellt, als ich nicht anwesend war. Was Herr Lindau will, hat mit dem Antrage nichts zu tun. Die Polizeidirektion, die Kammer für Kleinhandel und sämtliche Behörden, die für diese Frage in Betracht kommen, haben versucht, durch Maßnahmen, für die aber eine gesetzliche Grundlage leider nicht vorhanden ist, die Konsumenten zu schützen! Auf den Auktionen tun sich 30 bis 40 Händler zu einem Ringe zusammen, das sind solche Geheimhändler, sie bieten und bieten und wirken so verteuern auf die Preise ein. Bedauerlich ist es, daß es nicht gelungen ist, eine Genossenschaft unter den Althändlern herzustellen. Als Subvention seitens der Kriegsdeputation sind 75 000 M. zur Verfügung gestellt. Es ist unbedingt notwendig, daß die Kriegsdeputation sich noch einmal mit der Frage beschäftigt und Hand in Hand mit der Polizeidirektion Remedur schafft im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Frau Jensen, wünschen Sie das Schlusswort?

Frau Jensen: Nach den Ausführungen meines Genossen Bußmann verzichte ich auf weitere Ausführungen.

Der Antrag Jensen wird angenommen.

12. Gegenstand der Tagesordnung:

Antrag Amelung, betreffend Fürsorge für Erwerbslose.

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Verheirateten und ledigen Erwerbslosen (letzteren nur mit eigenem Haushalt), sofern sie drei Monate und länger die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch nehmen mußten, wird am 1. August d. J. eine Beihilfe zur Beschaffung von Wintervorräten gewährt, und zwar den ersteren in Höhe des fünffachen, letzteren in Höhe des vierfachen des wöchentlichen Unterstützungsbetrages einschl. evtl. Familienzuschläge.

Genannte Erwerbslose, welche die Voraussetzung der dreimonatlichen Unterstützungsberichtigung erst am 1. September cr. erfüllen, erhalten die Beihilfe an diesem Tage ausbezahlt.

2. Einreihung der Erwerbslosen in Gruppe I der Lebensmittelversorgung.
3. Die demnächst fälligen Steuerraten sind den Erwerbslosen bis zur Rückkehr geregelter Einkommenverhältnisse zu stunden.
4. Beabsichtigte Mietsteigerungen oder geforderte Wohnungsräumungen gegenüber Erwerbslosen sind nicht gestattet, falls solche bereits ausgesprochen wurden, sind sie ungültig.
5. Erwerbslose, welche bereits länger als sechs Monate die Erwerbslosenunterstützung beanspruchen mußten, sind unter allen Umständen bei der Vermittlung passender Arbeitsstellen zu bevorzugen. Bis zur Erlangung einer solchen ist ihnen die Unterstützung aus Mitteln des bremischen Staates weiter zu zahlen.

Sagedorn (M. S.): Es ist mir nicht möglich, den Antrag in der vorliegenden Form zu begründen, wie es notwendig wäre. Mein Parteifreund Ludwig, der den Antrag begründen sollte, ist abberufen, und ich habe für ihn die Begründung übernommen. Ich will Sie nicht lange aufhalten und kann auf eine lange Begründung verzichten, weil ich annehmen darf, daß Sie dem Antrage zustimmen werden. Wenn wir uns jetzt häufig über den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Volkes unterhalten, so kann dieser nur erfolgen, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen so geregelt werden, daß jeder Einzelne sein Leben einigermaßen fristen kann. Die Erwerbslosen haben unter den heutigen Verhältnissen zu leiden, die sie selbst nicht verschuldet haben. Der Satz, der am 18. November für die Erwerbslosen festgesetzt wurde, hat heute noch Gültigkeit, trotzdem seitdem die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel enorm gestiegen sind. Es wurden später kommunale Zuschläge gezahlt, aber die sind dann durch die Reichsverordnung illusorisch gemacht worden. Man hat sich hier in Bremen auf das Recht berufen, während in anderen Städten wie in Hamburg die höheren Zuschläge auch heute noch bestehen. Das war eine der Taten der damaligen Provisorischen Regierung. Es gibt eine Reihe von Angelegenheiten, die aus dem Felde zurückgekehrt sind, und die heute noch keine Arbeit haben. Man hat beliebt, diese Leute als Faulenzen und noch schlimmeres zu bezeichnen. Das widerspricht den tatsächlichen Verhältnissen, und man muß sich wundern, daß gerade jene Leute, die den Kriegsteilnehmern eine gute Zukunft versprochen haben, für sie so wenig übrig haben. Wir müssen auch damit rechnen, daß die Erwerbslosigkeit noch längere Zeit bestehen bleiben wird. Lassen wir uns von dem Gedanken leiten, daß die Erwerbslosenfrage niedrig sein

müssen, dann laufen wir Gefahr, daß die niedrigen Unterstützungssätze die Leute dazu zwingen, ihre Arbeitskraft billig zu verkaufen, anstatt daß sie anständig bezahlt werden. Das große Ueberangebot an Arbeitskräften wirkt natürlich auf die Entlohnung. Meines Erachtens könnte der Arbeitslosigkeit gesteuert werden durch Verkürzung der Arbeitszeit. Denn es ist viel besser und viel zweckmäßiger, diejenigen, die draußen im Felde der Arbeit entwöhnt sind, allmählich wieder an die Arbeit zu gewöhnen. Ich will hier weiter keine Fälle anführen, aber doch darauf hinweisen, daß Unternehmer, so z. B. die Geschäftsstelle für Siedlung und Landarbeit, die etwa 50 Angestellte eingestellt hat, nicht durch den Arbeitsnachweis die Stellen besetzt hat, sondern hinten herum. Und das spielt sich nicht nur bei dieser Geschäftsstelle ab, sondern auch bei einer ganzen Reihe anderer Betriebe. Auch werden heute noch in den Betrieben eine ganze Reihe von Angestellten beschäftigt, die infolge ihrer sozialen Stellung, Geschäftsleute usw., entlassen werden können, sowie auch Frauen, deren soziale Lage sie nicht zwingt, arbeiten zu müssen, die nicht auf Arbeit angewiesen sind. Die müssen ohne weiteres entlassen werden. Beweisen Sie heute durch die Tat, daß sie das wahr machen wollen, was Sie immer gesagt haben, daß den Kriegsteilnehmern der Dank des Vaterlandes sicher sei. Was wir nun an Sätzen fordern, ist wirklich minimal. Wir gehen aber weiter und sagen, daß nicht allgemein die einmaligen Teuerungszulagen zur Auszahlung kommen sollen, sondern daß mindestens drei Monate Erwerbslosenunterstützung bezogen sein müssen. Bei so niedrigen Sätzen ist es unmöglich, neben den teuren Lebensmitteln noch Winterbedarf einzukaufen. Aber wir müssen es ermöglichen, daß wenigstens ein kleiner Zuschuß für Kohlen und Kartoffeln gezahlt wird. Dergleichen müssen wir fordern, daß die Steuern gestundet werden. Dann noch ein weiteres; wir haben gewünscht, daß die Mietsteigerungen unterbleiben. Es darf nicht sein, daß die Vermieter hohe Aufschläge auf die Mieten vornehmen und dadurch die Mieter, die diese Preise nicht

zahlen können, zwingen, in die Baracken zu ziehen. Die Unterstützung soll am 1. August zum ersten Mal bezahlt werden und dann zum 1. September.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stellen gegenüber dem Antrag Hagedorn folgenden Antrag:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Kriegsdeputation mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, inwieweit den Erwerbslosen gemäß dem Antrage Amelung geholfen werden kann.

Zu diesem Antrage kommen wir deshalb, weil die finanziellen Folgen des Antrages Amelung nicht übersehen werden können, und dann deshalb, weil durch die Fassung dieses Antrages rechtswidrige Härten entstehen, genau so, wie es kürzlich bei der Beamtenvorlage der Fall gewesen ist.

Präsident: Der Schluß der Debatte wird beantragt. Zum Wort angeschrieben sind die Herren Dünneemann und de Beek.

Der Schluß wird angenommen.

Hagedorn (U. S.): Es wäre mir lieb gewesen, wenn der Antrag Fauth wenigstens eine Zeit vorgeesehen hätte, in der man von der Regierung verlangt hätte, daß sie Bericht erstatten soll. Es drängt heute, es muß unterstützt werden.

Der Antrag Fauth wird angenommen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Unsere Tagesordnung ist damit erledigt. Die Dienstagsitzung fällt aus. Ich wünsche Ihnen allen vergnügte Ferien! Gute Erholung! Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 9,13 Uhr.

